

Rezensionen

Rezensionsschwerpunkt | Russländisches Reich im 19. Jahrhundert

MATTHIAS STADELMANN: Großfürst Konstantin Nikolaevič. Der persönliche Faktor und die Kultur des Wandels in der russischen Autokratie. Wiesbaden: Harrassowitz, 2012. XIII, 470 S., 52 Abb. = Forschungen zur osteuropäischen Geschichte, 79. ISBN: 978-3-447-06706-5.

Die Kulturgeschichte des Politischen hat in den letzten Jahren viel dazu beigetragen, unser Verständnis von politischen Entscheidungsprozessen um ihre symbolische und kommunikative Dimension zu erweitern. Das klassische Genre der Biographie ist von diesen Impulsen bislang jedoch noch wenig beeinflusst worden. Zwar gibt es methodische Debatten um eine neue Biographik, doch haben diese Überlegungen noch kaum zu neuen Biographien mit einer dezidiert kulturgeschichtlichen Perspektive geführt. Matthias Stadelmann legt mit seiner Erlanger Habilitationsschrift nun eine solche Studie vor. Er hat den Großfürsten Konstantin Nikolaevič zum zentralen Gegenstand seiner Untersuchung gemacht, jedoch keine Biographie klassischen Typs geschrieben. Vielmehr fragt er nach den Bedingungen von Reformpolitik in der russischen Autokratie und lotet den Anteil Konstantin Nikolaevičs an den politischen Entscheidungsprozessen der zarischen Regierung aus.

Der jüngere Bruder Alexanders II. eignet sich in idealer Weise für einen biographischen Zugang zur Zeit der „Großen Reformen“. Schon früh galt Konstantin als der Begabteste von den vier Söhnen Nikolaus' I. Anders als die Großfürsten vor und nach ihm mischte sich Konstantin Nikolaevič aktiv in die Politik ein. Eine institutionalisierte „Stelle“ des jüngeren Kaiserbruders war in der politischen Struktur des Zarenreiches zwar nicht vorgesehen, doch Konstantin nutzte das familiäre Vertrauensverhältnis zu Alexander und profitierte vom weitreichenden Respekt gegenüber der Kaiserfamilie, um seinen politischen Ämtern stets mehr Bedeutung zu verleihen als diese eigentlich hatten. Bei den Zeitgenossen hinterließ

Konstantin denn auch einen widersprüchlichen Eindruck: Den einen galt er als „ungestümer Liberaler“, der beherzt die Erneuerung Russlands vorantreibe, den anderen als ein verwöhnter Bengel, der sich anmaße, in die Regierungsgeschäfte einzugreifen.

Stadelmann wählt zwei Perspektiven, um den politischen Einfluss Konstantin Nikolaevičs zu bestimmen: Er geht zum einen dem „persönlichen Faktor“ und damit der Relevanz der historischen Persönlichkeit Konstantins nach, zum anderen sieht er in einer „Kultur des Wandels“ jener Jahre die Rahmenbedingungen, innerhalb derer sich Konstantin bewegte und die er zugleich mitgestaltete. Stadelmann wertet insbesondere die Zeugnisse zeitgenössischer Beobachter aus, vom Briefwechsel der Zarenfamilie bis hin zu Memoiren ranghoher Beamter. Anders als die traditionelle Politikgeschichte rekonstruiert Stadelmann aus diesen Zeugnissen jedoch nicht die historischen Charaktere selbst, sondern liest sie vielmehr als Zuschreibungen von Charaktereigenschaften durch die Zeitgenossen. Nicht der Mensch Konstantin Nikolaevič steht im Zentrum des Erkenntnisinteresses, sondern vielmehr die Vorstellungen, die sich einflussreiche Kreise von seiner Person machten und die auf seine Handlungsmöglichkeiten zurückwirkten.

Stadelmann wählt drei politische Stationen, um die Bedeutung von Konstantin Nikolaevič für die politische Kultur des Zarenreiches zu bestimmen: Die Ausarbeitung eines neuen Marinestatuts als erste politische Herausforderung des jungen Großfürsten, das Mitwirken im Hauptkomitee zur Abschaffung der Leibeigenschaft als dessen Beitrag zum zentralen Reformprojekt der Herrschaft Alexanders II. und die Statthalterschaft im Königreich Polen als ambitionierten Versuch, das polnische Volk mit der Petersburger Herrschaft zu versöhnen. Das erste und zweite Projekt waren erfolgreich, beim dritten scheiterte Konstantin auf ganzer Linie.

Als General-Admiral der russischen Flotte

wurde Konstantin Nikolaevič mit der Ausarbeitung eines neuen Marinestatuts beauftragt. Hierbei beschritt der Großfürst gänzlich neue Wege. Er verschickte einen ersten Entwurf an die Offiziere der Marine und bat diese um ihre Stellungnahmen, die anschließend im zuständigen Komitee diskutiert wurden und in das endgültige Statut eingingen. Die Einbeziehung einer begrenzten Öffentlichkeit war zwar nicht als Meinungspluralismus gedacht, sondern als symphonische Mitwirkung der unmittelbar Betroffenen in der guten Absicht, zu einer adäquaten Gesetzgebung beizutragen. Nichtsdestotrotz waren Transparenz und Offenheit (schon damals: *glasnost*) eine gänzlich neue Art, die Regierungsgeschäfte zu führen.

Konstantin brachte seinen neuen politischen Stil auch in die Debatte um die Bauernbefreiung ein. Seine mitunter aufbrausenden Diskussionsbeiträge machten aus dem Hauptkomitee zur Abschaffung der Leibeigenschaft einen Ort heftiger politischer Auseinandersetzungen, was nicht wenige verstörte, die Regierungskomitees bis dahin als einen aristokratischen Konversationskreis kennengelernt hatten. Und auch in der Bauernfrage band Konstantin eine begrenzte Öffentlichkeit mit ein, indem er den Provinzadel in die Ausgestaltung der Reform miteinbezog. Stadelmann rekonstruiert den langwierigen Entscheidungsprozess zur Bauernbefreiung, im Zuge dessen widerstreitende Interessen zu einem Ausgleich gebracht werden mussten. Konstantin Nikolaevič war die treibende Kraft bei der Initiierung und schließlich bei der politischen Durchsetzung der Bauernbefreiung. Die konkrete Ausgestaltung der Reform bestimmten jedoch andere Akteure.

Stadelmann erzählt hier nicht nur die spannende Geschichte einer komplizierten Kompromissfindung, sondern er zeigt vielmehr, auf welche Weise politische Entscheidungen in der zarischen Regierung getroffen wurden. Die russische Autokratie war in ihrer Legitimation und in ihrem Selbstverständnis personalistisch angelegt, Politik war stets eine Angelegenheit, die zwischen dem Kaiser und seinen Vertrauten geregelt wurde. In einer solchen Konstellation konnte ein Einzelner großen Einfluss ge-

winnen. Stadelmann zeigt aber auch die Grenzen von Konstantin Nikolaevičs Möglichkeiten auf, der stets durch gute Argumente, konkurrierende Netzwerke oder politische Intrigen ausgebremst werden konnte.

Stadelmanns kulturgeschichtlich-biographischer Zugang ist nicht nur methodisch innovativ, er führt auch zu neuen Einsichten auf einem gut beachteten Forschungsfeld. So relativiert er die etablierte Sichtweise, dass der verlorene Krimkrieg und die Inthronisierung Alexanders II. den entscheidenden Anstoß zu den „Großen Reformen“ gegeben hätten, und betont stattdessen den Diskurs der Erneuerung der fünfziger Jahre als entscheidende Bedingung. Aufgeklärte Bürokraten hatten das Feld für einen neuen Politikstil bereitet, und es bedurfte nur noch einer starken Persönlichkeit, welche die neuen Ideen aufgriff und genügend Autorität besaß, diese in politische Reformen umzumünzen. Dies war nicht etwa der Zar. Alexander II. wird vielmehr als zögerlicher Herrscher charakterisiert, der sich der „Kultur des Wandels“ zwar nicht entziehen konnte, doch ohne die treibende Kraft seines Bruders wohl kaum zu einer grundlegenden Reform der Sozialverfassung des Reiches imstande gewesen wäre.

Die Grenzen des „persönlichen Faktors“ zeigen sich in Konstantin Nikolaevičs Wirken als Statthalter in Warschau im Jahr 1862, wo er eine dauerhafte Beruhigung der konfliktreichen Beziehung zwischen polnischer Gesellschaft und zarischer Herrschaft anstrebte. Der Januaraufstand von 1863/64 desavouierte seinen Ausgleichsversuch jedoch als „Schwäche“, und in der aufgeheizten Stimmung in St. Petersburg erlebte nun ausgerechnet sein verhasster Konkurrent Michail Murav’ëv mit seiner Politik der „harten Hand“ eine politische Wiederauferstehung.

Matthias Stadelmanns biographische Studie hat den großen Vorzug, die Frage nach der Bedeutung einzelner Akteure für die russische Reformepoche des 19. Jahrhunderts neu zu diskutieren, ohne in die Erklärungsmuster der traditionellen Politikgeschichte zurückzufallen. Vielmehr schildert er ein stetes Wechselspiel aus einer „Kultur des Wandels“ und dem Agie-

ren Konstantin Nikolaevičs. Beide Faktoren bedingten und befeuerten sich gegenseitig: Der Großfürst trug ganz wesentlich zum Wandel der Autokratie bei, und gleichzeitig eröffnete die „Kultur des Wandels“ überhaupt erst sein politisches Handlungsfeld.

Insgesamt bereitet dieses hervorragend geschriebene Buch nicht nur ein großes Lesever-

gnügen, es leistet vielmehr einen grundsätzlichen Beitrag zu einer Kulturgeschichte des Politischen und regt zum weiteren Nachdenken über das Verhältnis von historischen Persönlichkeiten und ihren kulturellen Voraussetzungen an.

Jörg Ganzenmüller, Weimar/Jena

TRUDE MAURER: Diskriminierte Bürger und emanzipierte „Fremdstämmige“. Juden an deutschen und russischen Universitäten. Graz: Leykam, 2013. 117 S., 9 Abb. = Vorlesungen des Centrums für Jüdische Studien, 5. ISBN: 978-3-7011-0264-8.

Dass der Antisemitismus aus der Mitte, auch aus der Elite der Gesellschaft kommt und sich dann über die Straße bis an die Ränder verbreitert, gilt heute als gesichertes Wissen. Trude Maurers kleine, aber bemerkenswerte Schrift, ursprünglich wohl ein Vortrag, fragt, ob und inwiefern einer kleinen, zumeist von Ausgrenzung bedrohten Gruppe in den deutschen Ländern und im Russischen Reich die Teilhabe und Etablierung in der Institution Universität gelingt. Ein Blick etwa in die Liste der Nobelpreisträger genügt, um festzustellen, dass jüdische Gelehrte einen eminenten Platz in der Wissenschaftslandschaft einnehmen. Die Autorin beleuchtet die systemische, formale Integration und die soziale, also emotionale (Nicht-) Integration von jüdischen Studierenden und Lehrenden im Kontext von staatlichen und inneruniversitären Vorgaben sowie zwischenmenschlichen Ressentiments. Der Untersuchungsgegenstand – zwei Gruppen: Studenten und Professoren; zwei Länder: deutsche Länder und Russisches Reich – ist für den beschränkten Umfang der vorliegenden Publikation eine beträchtliche Herausforderung. Besonders der Blick auf Juden an russischen Universitäten stellt ein Desiderat dar, da Juden in der Sowjetunion nicht als separate Gruppe in den Fokus genommen wurden. Auch jüdische Autoren thematisieren in ihren Studien über russische Universitäten im weitesten Sinn diese Gruppe nicht (siehe SAMUEL D. KASSOW: Stu-

dents, Professors, and the State in Tsarist Russia. Berkeley [usw.] 1989; REBECCA FRIEDMAN: Masculinity, Autocracy, and the Russian University, 1804–1863. New York 2005). Der Terminus „Fremdstämmige“ (*inorodcy*) bezeichnet bis zum Ersten Weltkrieg alle Nichtrussen, wobei Juden als einziges europäisches Volk als *inorodcy* klassifiziert wurden (S. 42).

Maurer konstatiert für den deutschen Raum eine „staatsbürgerliche Gleichheit ohne volle akademische Gleichstellung“ (S. 11) und umgekehrt für den russischen eine „akademische Gleichberechtigung ohne Emanzipation“ (S. 41). Die Geschichte der Juden an deutschen Universitäten ist wechselhaft, inkonsistent und interpretatorisch nicht immer eindeutig fassbar. Zwar dürfen Juden seit 1678 an vereinzelt deutschen Universitäten studieren, nie aber alle Fächer; eine freie Berufswahl ist nahezu ausgeschlossen, als Abschluss war nur die Promotion möglich, die Immatrikulation konnte zu Privilegien (in der Niederlassungswahl) führen. Juden wurden in Corps aufgenommen, in die Burschenschaften nur in den ersten Jahren nach ihrer Gründung. Als Juden ab ca. 1880 die Aufnahme in beide Vereinigungen verweigert und ihnen die Satisfaktionsfähigkeit abgesprochen wird, gründen jüdische Studenten eigene Studentenverbindungen, die entsprechend den vorhandenen Strömungen im deutschen Judentum ausdifferenziert sind: es gibt nationaljüdische und deutsch-vaterländische Vereinigungen (S. 17). Maurer betont, dass jüdische Studentenverbindungen nicht „allein als Reaktion auf diese antisemitische Ausgrenzung verstanden“ (S. 15) werden dürften, sondern dass sie auch „der Geselligkeit und der Identitätsbildung“ dienen, „nachdem die Generation ihrer Eltern es [das Judentum] zuvor jahrzehntelang

in den privaten Raum zurückgedrängt hatte“ (S. 16). Die Kehrseite des Ausschlusses aus den regulären Verbindungen waren Nachteile im Laufe einer akademischen Karriere, wenn bspw. in Berufungsverfahren die Kommission oder informelle Netzwerke ihre alten Verbindungsbrüder zu befördern suchten. Maurer zitiert u.a. vertrauliche Korrespondenz von Mitgliedern von Berufungsverfahren und Ministerialbeamten; dort tauchen amorphe, handfest antijüdische Vorurteile auf, von „Atavismus“ ist die Rede, man konstatiert „exquisit jüdisches Äußeres“, „jüdische Denkart“ oder „zersetzenden jüdischen Intellekt“ (S. 32–33, 85–86). Andererseits war aber auch folgendes zu sehen: Nicht alle nicht-berufenen jüdischen Akademiker sind es in Folge von Diskriminierung geblieben (S. 35). Die Autorin zeigt – überraschenderweise? –, dass das Judentum für eine akademische Karriere hinderlich sein konnte, aber nicht sein musste. Obwohl bei Karriereambitionen ein Konversionsdruck bestand, war die Taufe kein Garantieschein. Ein klar konturiertes Bild der jüdischen Akademiker in Deutschland oder eine generelle strukturelle Diskriminierung kann Maurer nicht erkennen.

Für Russland sieht die Autorin eine „weitgehende *soziale* Anerkennung ohne *rechtliche* Gleichheit“ (S. 70), obwohl sie an anderer Stelle feststellt, dass „etwa 30 % der Befragten [= jüdische Studenten in Odessa] überhaupt keine nichtjüdischen Freunde [hatten]“ und „sich 35 % in nichtjüdischer Gesellschaft nicht wohl[fühlten]“ (S. 57). Der Text selber und die Geschichte der Juden in Russland lässt diese erste Schlussfolgerung auch nicht zu. 1835 gab es elf jüdische Studenten im Russischen Reich (S. 42–43), ab 1882 wurde ein Numerus clausus in Teilen, ab 1887 generell eingeführt (S. 48–49). Juden durften zwar alle akademischen Grade erwerben, aber da sie keine Niederlassungsfreiheit hatten, bis 1861 nur partiell zum Staatsdienst zugelassen waren und als Lehrende und Professoren an der Universität infolge von informeller Diskriminierung in der akademischen Lehre faktisch nicht aufzufinden waren, konnten sie ihre Bildungsprädikate selten in eine berufliche Karriere umsetzen. Aus-

nahme war die (Militär-)Arztlaufbahn (S. 46 ff.). Unerwähnt bleiben die studentischen Zirkel, *krus'ki*, die für den russischen Kontext größere Relevanz besaßen als Corps und Burschenschaften und von der Autokratie stets mit Argusaugen beobachtet wurden. Interessant wäre zu erfahren, ob jüdische Wissenschaftler aus dem In- und Ausland an den russischen Wissenschaftsakademien vertreten waren und ob unter den zahlreichen deutschen Wissenschaftlern an den russischen Universitäten auch jüdische gewesen sind (dazu finden sich keine Angaben in der ansonsten exzellenten Übersicht von MICHAEL SCHIPPAN: *Aufklärung in Russland im 18. Jahrhundert*. Wiesbaden 2012). Unklar und ohne Erklärung bleibt nach der Lektüre, wie Maurer zu der Einschätzung kommt, dass es eine „weitgehende Integration der Juden in die Gesamtstudentenschaft“ (S. 53) gegeben habe und dass „unter der Jugend des Zarenreichs [...] die Diskriminierten Unterstützung“ fanden (S. 52). Entsprechend gewagt scheint mir die Konklusion: „Während die gleichberechtigten Bürger des Deutschen Reichs gesellschaftlich meist Außenseiter blieben, wurden die ‚Fremdstämmigen‘ in der Studentenschaft des Russischen Reichs Insider“ (S. 64). Auf den Seiten 70, 95–96 und 109–110 kann man es anders lesen. Russische Intellektuelle hielten es sogar für angebracht, Verteidigungen der Juden zu publizieren (vgl. Ščit. *Literaturnyj sbornik pod red. L. Andreeva, M. Gor'kogo i F. Sologuba*. Moskva 1915). Einige Aussagen Maurers sind sprachlich uneindeutig oder nicht ganz korrekt. Darf man etwa Heinrich von Treitschke einen „liberalen Historiker“ nennen (S. 7–8)?

Der Vergleich von deutschen und russischen Universitäten bietet sich aus Sicht der Autorin an aufgrund zahlreicher russischer Studierender an deutschen Universitäten und „weil die russischen Universitäten des 19. Jahrhunderts nach dem Vorbild der deutschen Reformuniversitäten des 17. und 18. errichtet wurden“ (S. 10). Aus Sicht der Rezensentin liegt das Erkenntnispotential weniger in den Gemeinsamkeiten als in der Möglichkeit der differenzierenden Gegenüberstellung. Groß sind die Unterschiede sowohl hinsichtlich der

Länder, ihrer Universitäten als auch der untersuchten Gruppen: hier ein Flickenteppich von Fürstentümern im Prozess der Nationalisierung und des *nation building*, dort ein Vielvölkerimperium; hier wurden die ersten Universitäten im 14. Jahrhundert gegründet (Prag, Wien, Heidelberg, Köln), dort die erste 1755 (Moskau); die soziale und rechtliche Lage der Juden im Zarenreich war um ein Vielfaches prekärer als die der Juden in den deutschsprachigen Ländern; von hier kommen die wesentlichen Impulse für die bürgerliche Emanzipation und die Haskala, eine „kulturelle Revolution“ des Judentums (Shmu'el Feiner); in Osteuropa dagegen dominieren Chassidismus und die litauische Orthodoxie, die beide gegen das maskilische Prinzip *Tora im derech erez* opponieren; im Kaiserreich leben 512.000 (1871) bzw. 615.000 (1912) Juden, die erste vollständige Volkszählung 1897 hingegen ergibt für Polen, die Ansiedlungsrajons und Restrußland 5.179.401 Juden. Dass Juden aus dem Zarenreich an deutschen (aber auch niederländischen, Schweizer, französischen und englischen) Universitäten studierten, ist weniger eine jüdische, als eine russische Besonderheit. Die „Ost-Juden“ lernten erst spät russisch, das Deutsche war ihnen als Jiddisch-Muttersprachler näher als das Russische, womit sie für ein Studium im deutschsprachigen Raum prädestiniert waren.

Der russische Kontext hätte stärker beachtet werden können (mangelhaftes Schulwesen, grassierender Analphabetismus, stark eingeschränkter Zugang zu höheren Schulen für Juden, geringer Grad der Akademisierung der Gesellschaft, schwache Systematisierung der politisch-administrativen Zentralgewalt, der im Vergleich zu Deutschland spätere Anschluss der osteuropäischen Juden an weltliche Bildung u.a.m.). Weder finden historische Fakten wie

die zahlreichen Judenpogrome (z.B. 1881, 1900, 1903, 1904, 1905) genügend Beachtung noch (pseudo-)intellektuelle Diskurse wie die späten *vyrözdenie*- und frühen Häresievorwürfe (*židovomudrstvujuščie*, *židovstvujuščie*). Auch die ubiquitären antijüdischen Reflexe in der schönen Literatur, gerade auch bei den Klassikern, hätten zumindest erwähnt werden können, ebenso die Wortdoppelung *žid – evrej* (siehe u.a. FELIX PHILIPP INGOLD: Dostojewskij und das Judentum. Frankfurt am Main 1981). Selbst der hochgebildete Ivan Turgenev, der in St. Petersburg und Berlin studiert hatte, schrieb eine klischeegesättigte Erzählung mit dem Herabsetzungstitel *Žid* (erschienen 1847). Über den methodischen Verzicht auf Vorurteils- und Alteritätsforschung, Imagologie und Rassentheorien kann man angesichts des Umfangs hinwegsehen, doch hätte eine theoretische Fundierung für eine bessere Hinführung zum Thema gesorgt.

Die Sozialgeschichte der Juden in der Institution Universität ist v.a. für den deutschsprachigen Raum ein Scharnier in der Dialektik von Emanzipation, Haskala und Integrationswunsch auf der einen Seite und dem Assimilationsdruck und Traditionsverlust auf der anderen Seite, und man möchte mehr darüber erfahren. Im Rahmen der vorliegenden schmalen Publikation kann die Autorin dieses Desiderat nur, wenn auch durchaus auf Appetit anregende Weise, anreißen. Die umfangreichen Anmerkungen und die bisherigen Publikationen der Verfasserin zeugen von profundem Wissen zu diesem Thema. Insgesamt jedoch fügen sich die Einzelteile, so es denn überhaupt möglich wäre, nicht immer zu einem festen Gesamtbild zusammen.

Angelina Jedig, Bamberg

OL'GA JU. MALINOVA-TZIAFETA: Iz goroda na daču. Sociokul'turnye faktory osvoenija dačnogo prostranstva vokrug Peterburga (1860–1914) [Aus der Stadt auf die Dača. Soziokulturelle Faktoren der Herausbildung des Dača-Gürtels um St. Petersburg]. S.-Peterburg: Izdat. Evropejskogo Universiteta, 2013. 335 S., Abb.,

Tab., Graph., 1 Kte. = Territorii istorii, 5. ISBN: 978-5-94380-137-2.

„Die ‚große Völkerwanderung‘ aus der staubigen und stickigen Hauptstadt ins Dorf, dichter an die Natur, setzt ein. Die gesamte Umgebung St. Petersburgs, 50 bis 100 Werst [eine *versta* =

1,067 km; Anm. LHJ] rundherum, ist mit Sommergästen besiedelt. Jede Lichtung, jeder Sumpf, jeder Bach, jeder Hügel ist besetzt: Hier sitzt bestimmt irgendein Sommerfrischler.“ Mit diesen Worten beschrieb der bekannte russische Schriftsteller und Journalist Anatolij Aleksandrovič Bachtiarov in einem kurzen Feuilleton, das in der populärwissenschaftlichen Zeitschrift *Naša Pišča* zu Beginn der neunziger Jahre des 19. Jahrhunderts erschien, ein alljährliches Kultur-Phänomen. Diesen Exodus zehntausender Menschen, die nach der Kündigung ihrer Wohnung mit einem guten Teil ihres Hausstands die Hauptstadt verließen (S. 72), um die warme Jahreszeit in bukolischer Idylle zu erleben, bevor sie im Herbst zumeist in ein neues städtisches Domizil zurückkehrten, hat Malinova-Tziafeta zum Gegenstand ihrer nun in überarbeiteter Fassung vorgelegten Dissertation aus dem Jahre 2006 gewählt.

Im Unterschied zu Stephen Lovells vor einem guten Jahrzehnt erschienener, fast dreihundert Jahre umfassender Kulturgeschichte über die Sommerfrische verfolgt die Verfasserin einen zeitlich und räumlich weniger umfassenden Ansatz. Zum einen beschränkt sie sich auf St. Petersburg und seine Umgebung – von Oranienbaum im Westen über Vyborg im Norden, von Šlisselburg und Sablino im Osten bis hin nach Luga im Süden – in dem halben Jahrhundert vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs. Zum anderen rückt sie mit dem Wechselspiel von Stadt, Hygiene, Krankheit, Umwelt und Sommerfrische – letztere wurde massenhaft erst durch den Eisenbahnbau ermöglicht (S. 15) – andere Aspekte in den Mittelpunkt ihrer Studie. In diesem Kontext betont sie, dass sich der Staat unter der Ägide Zar Alexanders II. weitgehend aus der Gestaltung sowohl des städtischen Weichbildes als auch ihres Umlandes herausgehalten habe. Daher haben hier Stadtväter, städtische Öffentlichkeit und wohl auch die Zemstva, die die Verfasserin allerdings nicht erwähnt, ihr Betätigungsfeld gefunden. Die Darstellung verfolgt das ambitionierte Ziel, nicht nur die Aneignung der hauptstädtischen Umgebung durch den „kleinen Mann“, sondern zugleich auch die medizin- und hygiene-wissenschaftlichen Diskurse zur Gesundung

St. Petersburgs aufzuzeigen. Vor diesem Hintergrund vertritt die Verfasserin die These, die *dača* sei die Panazee für die vordringlichsten (Hygiene-)Probleme der Hauptstadt des Zarenreichs gewesen (S. 14).

Das Werk ist systematisch in vier Kapitel gegliedert. Der erste Abschnitt thematisiert sowohl den juristischen Bedeutungswandel des Wortes *dača* als auch ihre gesellschaftlichen Implikationen: von einem Eliten- zu einem Massenphänomen, dessen erster Boom in den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts stattfand, also mit der ersten Choleraepidemie 1832 zusammenfiel (S. 47 ff.). Da diese Epidemie im folgenden Dreivierteljahrhundert die Menschen, ihre Verhaltensweisen und ihre Hygienemuster prägte, hat die Verfasserin ihre Darstellung entsprechend strukturiert. Das zweite Kapitel behandelt nämlich im weitesten Sinne die „Wohnraumfrage“: Die unzureichende Hygiene bzw. Wohlfahrtspflege (*blagoustrojstvo*) kann gleichsam als Achillesferse städtischen Lebens der russländischen wie auch der außereuropäischen Moderne bezeichnet werden. In diesem Kontext sei vor allem auf unzureichende Trinkwasserversorgung, fehlende Kanalisation und jeglicher Beschreibung spottende sanitäre Verhältnisse verwiesen, die den zeitgenössischen, von Bachtiarov oben beschriebenen jahreszeitlichen Wechsel der Bevölkerung umso verständlicher erscheinen lassen. Der dritte Teil behandelt mit Rekurs u.a. auf Jochen Radkau 1994 erschienene Studie das *Nervöse Zeitalter* das pathogene Potential der Städte: den Lärm, den Staub, die Schnellebigkeit und die daraus partiell resultierende Neurasthenie ihrer Bewohner, die immer wieder von Ärzten diagnostizierte „Mode“-Krankheit des ausgehenden 19. Jahrhunderts. Darüber hinaus geht es um den Gegenpol dieser Entwicklungen: die Repräsentationen der *dača* als einen (H)Ort der reinen, sauberen und unverfälschten Natur, in welcher der von Stress und Umwelt heimgesuchte Städter entspannen, sich regenerieren, im wahren Wortsinne reine Luft schöpfen konnte, um, durch die Sommerfrische gestärkt, für die seelischen und körperlichen Anfeindungen des städtischen Lebens gestählt zu sein. Das abschließende Kapitel untersucht einer-

seits den kausalen Nexus von verkehrsinfrastruktureller Entwicklung St. Petersburg und seiner räumlichen Umgebung durch die Eisenbahn sowie andererseits den Alltag der Passagiere. Das Motto: Wenn einer eine Reise tut, dann kann er etwas erzählen, hat keineswegs nur Gültigkeit für den Fahrgast der DB. Es galt bereits mit weitaus extremeren Vorfällen, wie die Verfasserin eindringlich schildert, für die Pendler zwischen St. Petersburg und ihrer Sommerfrische.

Die Studie basiert nicht auf einer Vielzahl von Archivalien. Im Gegenteil: Wer die Anmerkungen aufmerksam durchsieht, wird hier nur wenige Angaben finden, vor allem, und dies überrascht, keine aus den umfangreichen Beständen des Petersburger Zentralen Staatlichen Historischen Archivs (*Central'nyj Gosudarstvennyj Istoričeskij Archiv SPb*). Das Rückgrat der Studie bilden zwei Periodika: Das Petersburger Massenblatt *Peterburgskij Listok* und die Fragen der Hygiene und Medizin thematisierende, populärwissenschaftliche Zeitschrift *Zdorov'e*, die zwischen 1874 und 1885 erschien. Methodisch ist erstens einzuwenden, dass sich die Verfasserin eng an diese Quellen anlehnt und ihr somit das Korrektiv durch eine zweite ‚seriosere‘ Tageszeitung, bzw. durch ein weiteres Journal, die beide über einen längeren Zeitraum hätten ausgewertet werden müssen, fehlt. Der zweite Einwand gilt dem Zeitrahmen; denn die Autorin hat beide Periodika vor allem für die siebziger, z.T. die achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts ausgewertet. Lässt sich so ein halbes Jahrhundert abdecken? Um allen Missverständnissen vorzubeugen: Ihr Kenntnisreichtum der Forschungsliteratur ist stupend,

die Darstellung beeindruckend und gut zu lesen. Und doch nähren sie den Zweifel, den Ingeborg Bachmann, mit dem geflügelten Wort „gut gesagt, ist halb gelogen“ pointiert zum Ausdruck gebracht hat. So wirft die Verfasserin mit Blick auf die permanenten Auseinandersetzungen zwischen Eisenbahnen, Personal und Fahrgästen den Aspekt des Verbraucherschutzes auf und vertritt die Auffassung, die Öffentlichkeit habe diese Funktion ausgeübt (S. 247, 300). Spricht nicht aber die Tatsache, dass die Presse über einen Zeitraum vieler Jahre nahezu identisch berichtete und sich die Beschwerdebücher schnell füllten, für das Gegenteil? Auch widerspricht die Autorin der Behauptung, dass es keine Indizien einer Aufhebung des asymmetrischen Verhältnisses zwischen den Eisenbahngesellschaften und ihren Kunden, keine Anzeichen einer Verrechtlichung durch die Veröffentlichung der Transportbedingungen oder Schritte einer Institutionalisierung – beispielsweise durch eine Schiedskommission, von Gesetzen ganz zu schweigen, gegeben habe (vgl. S. 244–247, 257). Befund und Darstellung klaffen auseinander. Aber vielleicht ist das nur ein weiteres Beispiel für die bereits klassisch zu nennende Kluft zwischen den Optimisten und Pessimisten. Dem Gesamturteil tun diese Einwände keinen Abbruch: Es handelt sich nicht nur wegen der zahlreichen abgedruckten Photographien um ein schönes Buch, sondern auch, weil die Darstellung fesselt und: zum Nachdenken anregt. Wer sich mit der Geschichte der Stadt, der Hygiene, der Kommunikation bzw. des Verkehrs beschäftigt, dem sei dieses Werk nachdrücklich ans Herz gelegt.

Lutz Häfner, Göttingen

CATHERINE EVTUHOV: Portrait of a Russian Province. Economy, Society, and Civilization in Nineteenth-Century Nizhnii Novgorod. Pittsburgh, PA: University of Pittsburgh Press, 2011. XV, 320 S., 6 Taf., 19 Abb., 7 Tab. ISBN: 978-0-8229-6171-0.

„Wer zur Quelle will, muss gegen den Strom schwimmen“. In gewisser Weise hat Catherine

Evtuhov, durch zahlreiche Veröffentlichungen ausgewiesene Osteuropahistorikerin an der renommierten Georgetown University, Washington, DC, sich diese chinesische Weisheit zu eigen gemacht, als sie an ihrem Porträt des Gouvernements Nižnij Novgorod im 19. Jahrhundert arbeitete. Ihr Anliegen war, gegen herrschende Lehrmeinungen der Zunft anzuschreiben und manch liebgewordene Positionen zu

hinterfragen. Dies erklärte sie in einem Interview, nachdem ihr im November 2012 die *Association for Slavic, East European and Eurasian Studies* (ASEEES) den Wayne-S.-Vucinich-Preis für die beste Studie des Jahres zur osteuropäischen Geschichte verliehen hatte (<http://www.georgetown.edu/news/catherine-evtuhov-wins-book-prize.html>; 13.08.2015).

Wissenschaftlicher Fortschritt lebt von der Kontroverse, aber die Kontrastfolien, an denen sich der Historiker ‚arbeitet‘, sollten einen Gegenwartsbezug haben und nicht ‚ollen Kamellen‘ gleichen. Die Verfasserin arbeitet sich jedenfalls an überwiegend bereits überholten Konzepten ab. Dazu zählen unter anderem die Frage nach einheitlichen Entwicklungswegen in die Moderne, nach der Rückständigkeit, ihren Vorzügen und Nachteilen. Diese Modelle gelten seit dem *cultural turn* oder Shmuel Eisenstadts zur Jahrtausendwende publizierten *Multiple Modernities* in der Geschichtswissenschaft als überholt (S. 81).

Die Monographie ist einer induktiven Methode verpflichtet (S. 5). Im Mittelpunkt des Erkenntnisinteresses steht der *„provincial'nyj detal'“*. Auch wenn die Autorin es versäumt darauf hinzuweisen, dass es sich um einen Quellenbegriff handelt, liegt der Fokus auf den lokalen Protagonisten, deren Ziel es war, „Provinz“ zu konzeptualisieren, zu beschreiben, zu befördern und damit Gemeinschaft zu stiften, ein Zusammengehörigkeitsgefühl hervorzurufen (S. 15). Evtuhov formuliert die These, dass die historische Forschung Gouvernements weitgehend vernachlässigt und damit das Potential eines „provinziellen“ Zugriffs auf Strukturdimensionen wie Wirtschaft, Gesellschaft, Herrschaft und Kultur nicht genutzt habe (S. 248).

Die dem 19. Jahrhundert gewidmete Studie – Zäsuren werden nicht benannt – ist zweigeteilt. Die ersten sechs Kapitel tragen Evtuhovs konzeptionellem Zugriff einer „organischen Provinz“ Rechnung. Sie versucht dabei stets, ihre Region eingebettet in einen permanenten Austausch mit anderen Gebieten oder dem Zentrum zu behandeln. Nach hinführenden Worten über die Vorstellungen von russischen Provinzen im Allgemeinen und von Nižnij

Novgorod als einem der bedeutendsten Zentren russischen Handels im Besonderen, erörtert das ebenso faszinierende wie gelungene zweite Kapitel ökologische Aspekte des provinziellen Lebens. Hier thematisiert die Verfasserin am Beispiel eines großen Wissenschaftlers, des Geologen V. V. Dokučev, das Zusammenspiel von Bodenbeschaffenheit, Landwirtschaft, Forsten, Klima und Bodenerosion. Das dritte Kapitel ist der städtischen Topographie gewidmet. Fragen und Probleme der Bevölkerungsentwicklung, der Urbanisierung, der Hygiene werden ebenso erörtert wie die städtische Architektur und Kultur. Die Präsentation erfolgt allerdings nicht systematisch und umfasst nicht alle Städte des Gouvernements, sondern bleibt eklektisch und ‚zufällig‘. Die beiden folgenden Kapitel behandeln die lokale Ökonomie: Das erste steckt den Rahmen ab, hebt auf die enge Verbindung von Stadt und umgebendem Land ab und behandelt Aspekte wie den Facettenreichtum der städtischen Wirtschaftsstruktur einschließlich der Proto- und der *kuštar'*-Industrie, aber auch der Arbeitsmigration. Das zweite hingegen ist eine vertiefende Fallstudie des Handwerks im Südosten des Gouvernements. Statistiken und eine Vergleiche erlaubende Aufbereitung des Materials gewährt Evtuhovs Darstellung allerdings nicht. Die Detailfülle ist stupend, doch diese Mosaiksteine ergeben kein kohärentes Bild. Die bäuerliche Sozialstruktur bleibt opak. Und dort, wo Evtuhov Preisangaben macht, werden sie nicht historisiert, so dass auch keine Rückschlüsse auf eine etwaige Entwicklung möglich sind (S. 86 ff.). Das sechste Kapitel versucht, den sozialen Raum zu erfassen. Evtuhov greift ihre einleitend geäußerte Kritik an der Forschung auf und moniert die Gewohnheit, „Gesellschaft“ sogleich als ein Ensemble soziologischer Kategorien wie Bourgeoisie, Arbeiterklasse etc. zu verstehen. Sie plädiert dafür, das Soziale („the social“, S. 100) als „fluider“ und viel weniger strukturiert zu begreifen, als eine Vielzahl von Kreisen, Netzwerken und auch zufälligen Berührungspunkten, die sich für die Individuen ergaben. Die Überlegungen klingen plausibel, sieht man einmal davon ab, dass die zeitgenössische Gesellschaft nicht egalitär, son-

dern eben durch Traditionen, Devotionsformen, Courtoisie und auch Verkehrskreise doch ‚vorstrukturiert‘ war. Die Existenz der feinen Unterschiede, man denke an Studien Jurij Lotmans und Pierre Bourdieus, lässt sich auch für die Provinz nicht negieren. Schon die Anrede, wie beispielsweise „Euer Wohlgeboren“, sagte etwas über die ständische Hierarchie aus. Und diese gesellschaftlichen Gradationen galten selbst für den alltäglichen Einkauf. Der zweite Einwand gilt der Operationalisierbarkeit. Evtuhov setzt ihren Vorschlag nicht um. Sie präsentiert Sozialstrukturdaten der einzelnen Städte, ergänzt durch detaillierte Angaben über die Handwerkerschaft in der Gouvernementskapitale sowie der Kreisstadt Arzamas im Jahre 1865 (S. 108–111). Hierbei handelt es sich jedoch um eine Momentaufnahme. Wir erfahren nichts über die weitere Entwicklung der Gesellschaft in den kommenden Jahrzehnten. Auch die von Evtuhov präsentierten Photographien und vier Kurzbiographien bieten zwar weitere Facetten, runden aber das Bild nicht ab. Mit den biographischen Exkursen über das Leben dreier Männer und einer Frau, die eine Karriere als Journalistin machte, will Evtuhov verdeutlichen, dass die Aussagekraft ständischer Kriterien in der Reformära immer geringer wurde, weil sie nicht mit Status, Beruf und Intellekt korrespondierten. Städtische Gesellschaft sei multipel bzw. polyvalent geworden. Die Erkenntnis beträchtlicher sozialer Mobilität im späten Zarenreich dürfte aber niemanden mehr überraschen. Aber in welchem Maße galt diese für Kreisstädte oder Dörfer? Diese werden von Evtuhov in ihren Beispielen jedoch ausgespart. Ihrem Anspruch, ein Provinzgemälde zu präsentieren, werden diese Ausführungen nicht gerecht.

Der zweite Teil umfasst die ‚strukturellen‘ Kapitel sieben bis elf. Das siebte Kapitel setzt sich mit der Verwaltung des Gouvernements auseinander. Die Autorin vertritt hier die These, dass der zwischen Staat und Gesellschaft bestehende Konsens in den 1890er Jahren erodiert sei, weil Zemstvo-Einrichtungen immer mehr Funktionen des Staats ‚usurpiert‘ hätten (S. 163). Das achte Kapitel erörtert die Landvermessung durch die Zemstvo-Organen. Das

neunte ist Kirche und Religion gewidmet, wobei der alte Glaube im Gouvernement Nižnij Novgorod fest und breitenwirksam verwurzelt war. Das zehnte Kapitel beschreibt „kulturelle Nester“ in der Provinz: Hier kontrastiert die Verfasserin einerseits die auch aus der großen russischen Literatur des 19. Jahrhunderts bekannten beredten Klagen über die Ödnis des Lebens in der russischen Provinz mit dem sich aus unterschiedlichen Quellen speisenden Lokalpatriotismus. Dieser kam etwa bei P. I. Mel’nikov, dem Redakteur der *Nižgorodskaja Gubernskaja Vedomosti* zum Ausdruck. Evtuhov untersucht Foren, in denen sich der lokale Stolz ausbilden, entwickeln und manifestieren konnte, also Institutionen der Bildung, der Unterhaltung und der Kommunikation wie Theater, Archiv, Museum, gelehrte Gesellschaften oder Zeitung. Das letzte Kapitel setzt sich mit der Idee von Provinz als einer Synthese lokaler Umwelt und der Konstruktion der regionalen Vergangenheit auseinander. Evtuhov vertritt die Auffassung, dass sich in der Ära der Großen Reformen, partiell schon seit den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts, ein überaus produktiver Synergieeffekt ergeben habe, weil zentralstaatliche Initiativen in der Provinz auf einen fruchtbaren Boden gefallen seien. Als Paradigma, so Evtuhov, könne die konzertierte Aktion, das Gouvernement zu katastrieren, gelten (S. 249).

Die Monographie ist überaus facettenreich. Es gibt kaum einen Bereich, den die Verfasserin nicht thematisiert hat. Aber gerade diese thematische Vielfalt ist auch ein Nachteil. Viele Bereiche werden erwähnt, aber nicht weiter entwickelt und mit der gebührenden Tiefenschärfe analysiert, so dass die Studie einen impressionistischen Charakter statt eines systematischen erhält. Für manche Formulierung, Aussage oder Feststellung fehlt der empirische Beleg. War es wirklich so, dass zahlreiche Vereine und Assoziationen die Adelsversammlung ersetzten (*replaced*) (S. 235)? Verschwand die Adelsversammlung als gesellschaftliches Forum tatsächlich von der lokalen Bühne oder diversifizierte sich nur das gesellige bzw. gesellschaftliche Leben? Gab es die Adelsversammlung nur in der Gouvernementshauptstadt?

Der Befund, dass die Kaufleute in einer vom Handel geprägten Stadt eine nicht unwichtige wirtschaftliche und gesellschaftliche Rolle spielten, klingt nach einer Binsenweisheit (S. 235). Hätte die Verfasserin vermittels des Vergleichs den Königsweg geisteswissenschaftlicher Erkenntnis beschritten, hätte sie eine Einordnung vornehmen und abstrahierende Aussagen treffen können. Diese fehlen jedoch oft, so dass wir über den Kenntnisstand des bruchstückhaften Partikularwissens nicht hinauskommen – *sit venia verbo*: Provinzidioten bleiben.

In mancher Hinsicht reproduziert die Studie Perspektiven, die Evtuhov auf Reichsebene kritisiert, weil auch sie überwiegend eine *top-down*-Perspektive einnimmt: Im Mittelpunkt ihrer Ausführungen steht die Gouvernementshauptstadt, nicht die Kreisstädte oder die Bevölkerung des flachen Landes. Die individuellen Protagonisten, deren Biographien dieser Darstellung ein Gutteil Struktur verleihen, sind *intelligenty*, die das geistige Lebens Nižnij Novgorods prägten. Allerdings webt Evtuhov im Rahmen ihrer Ausführungen zum sozialen Raum auch Einzelschicksale Angehöriger aus dem Bauernstand bzw. dem *meščanstvo* ein, die ihr Leben in die Hand genommen hätten (gilt dies im Übrigen nicht für die breite Masse der Menschen?) – doch bleibt dies die große Ausnahme.

Überraschend ist eine gewisse sprachliche Indifferenz: Evtuhov verwendet eine *contradictio in adjecto* und spricht ohne Not von „*gentry*“ *classes*. Um das Maß der Irritation voll zu machen, zieht die Autorin die in La Coruña geborene Adlige Emilia Pardo Bazán, die nie einen Fuß nach Russland gesetzt hat und deren Landeskenntnis auf Hörensagen beruhte, als Refe-

renzrahmen heran. Evtuhov zitiert aus deren Werk eine Binsenwahrheit über die Zemstva. Abgesehen von dem paternalistischen Standpunkt Bazáns, den die Autorin nicht interpretiert, bleibt die Frage, warum sie sie überhaupt zitierte (S. 145–146). Weniger wäre hier mehr gewesen und es erstaunt angesichts Evtuhovs einleitender Kritik, mit wie wenig Bedacht sie ihre sozialstratigraphischen Kategorien gewählt hat (S. 121, 145 ff.): Kein Zweifel kann daran bestehen, dass der Militär- auch Staatsdienst war. Dennoch mutet die Formulierung, dass ein Offizier den Staatsdienst verließ, wenn er seinen Abschied nahm, irritierend an (S. 126–127).

Zu würdigen ist neben dem beeindruckenden Kenntnisreichtum der Verfasserin die umfangreiche Materialbasis der Darstellung. Ihr zweites Kapitel zur Ökologie der Provinz ist ein wissenschaftliches Kleinod. Auch die Ausstattung der Monographie mit zahlreichen Karten, sogar farbigen Abbildungen und einem sehr detaillierten Register sind zu loben.

Insgesamt hat Evtuhov aber ein impressionistisches Werk eigenen Stils verfertigt: Es ist pointillistisch. Ob die Vielzahl der zum Teil ohne Interpretation bleibenden Punkte über das *l'art pour l'art* hinausreicht (vgl. z.B. die Aussagen zur ständischen Zugehörigkeit der Schüler S. 209) und das große Ganze, gleichsam ein Provinzgemälde, ergeben, hängt nicht nur von individuellen Sehgewohnheiten, sondern auch von dem Standpunkt des Betrachters ab. Aus der Distanz mag sich eine Gesamtperspektive bieten, aus der Nähe des Lesenden hingegen nicht: Für ihn bleiben die einzelnen Punkte allzu oft unvermittelt.

Lutz Häfner, Göttingen

ALEXANDRA OBERLÄNDER: Unerhörte Subjekte. Die Wahrnehmung sexueller Gewalt in Russland 1880–1910. Frankfurt a.M., New York: Campus, 2013. 359 S., Abb. = Geschichte und Geschlechter, 63. ISBN: 978-3-593-39957-7.

Ausgangspunkt der Untersuchung ist der Be-

fund, dass sich ab 1907 in den Zeitungen des Zarenreichs Meldungen über sexuelle Gewalt auffällig häuften. In ihrer Dissertation geht Alexandra Oberländer der Frage nach, aus welchen Gründen solche Gewalttaten gegen Ende des 19. Jahrhunderts öffentliches Interesse weckten. Sie untersucht, was als sexuelle Gewalt angesehen wurde, wer sich dafür interes-

sierte und welche Vorstellungen von Opfern und Tätern existierten. Ihre These ist, dass sich zwischen 1880 und 1910 die Wahrnehmung sexueller Gewalt grundlegend veränderte.

Als sexuelle Gewalt betrachtet die Autorin „alle denkbaren sexuellen Praktiken von Männern gegen Frauen oder Mädchen“ (S. 25). Gegen eine Einschränkung auf die weiblichen Opfer ist grundsätzlich nichts einzuwenden, allerdings hätte man sich eine ausführlichere Begründung gewünscht als den einen Satz in einer Fußnote („Getragen ist diese Entscheidung von der Prämisse, dass sexuelle Gewalt gegen Jungen und Männer in dieser Zeit deutlich anders interpretiert wurde.“ S. 31, Anm. 68).

Die Autorin legt ihrer Untersuchung eine breite Quellenbasis zugrunde. Da es um die Wahrnehmung geht, stehen Zeitungen im Vordergrund, in erster Linie Petersburger Blätter. Daneben werden aber auch Akten, Bilder, forensische Protokolle, psychiatrische Gutachten und nicht zuletzt Romane beigezogen. Das Buch ist in fünf Kapitel gegliedert. Vier davon widmen sich in chronologischer Reihenfolge exemplarisch Fällen von sexueller Gewalt, um anhand dieser Beispiele den veränderten Umgang mit solchen Gewalttaten aufzuzeigen. Im fünften Kapitel geht es um die Wahrnehmung der Täter nach 1907.

Die detaillierte Untersuchung der Fälle anhand unterschiedlicher Quellen zeigt zum einen die zunehmende Bedeutung des neuen Feldes der psychischen Krankheiten, von denen sich die Öffentlichkeit fasziniert zeigte. Oberländer betont die herausragende Bedeutung der Zeitungen, insbesondere der Boulevardblätter, welche diese Neugier weckten und bedienten und Konzepte aus den neu entstehenden Wissenschaften wie Psychologie, Soziologie und Kriminalistik popularisierten. Besondere Aufmerksamkeit erregten Fälle, in denen soziale Grenzen überschritten wurden.

Eine zentrale Rolle spielten von Anfang an Gerichtsmediziner, welche die Hoheit über die Körper der Opfer einforderten und deren Befunde bei der Wahrheitsfindung am schwersten wogen. Gegen Ende der untersuchten Periode kam dem Geisteszustand der Täter ein großes Gewicht zu, sodass psychiatrischen Experten-

gutachten einen hohen Stellenwert hatten.

In der Reihe der Fallbeispiele nimmt dasjenige der 21-jährigen Attentäterin Marija Spiridonova eine besondere Stellung ein. In einem aus dem Gefängnis geschmuggelten privaten Brief deutete sie an, im Gewahrsam vergewaltigt worden zu sein. In zahlreichen Leserbriefen, v.a. von Frauen, manifestierte sich große Empörung über dieses Verbrechen. Warum diese eine Gewalttat in den Brutalitäten der Revolutionsjahre 1905–1907 so viel Empörung auslöste, deutet Oberländer aus der Ikonographie zu diesem Fall. In einer überzeugenden Analyse von Text- und Bildquellen kann sie zeigen, dass das Schicksal Spiridonovas mit jenem Russlands in dieser gewalttätigen Zeit gleichgesetzt wurde: Die demokratische russische Nation sei vom autokratischen Staat in gleicher Weise geschunden worden wie die junge Frau durch die Polizisten. Konkret war es offensichtlich so, dass bei den staatlichen Strafaktionen viele Frauen und Mädchen jeden Alters vergewaltigt wurden. Da Spiridonova einen besonders brutalen Vollstrecker von Strafexpeditionen getötet hatte, wurde sie von vielen als Rächerin verehrt. Die Revolution von 1905 wurde, wie Oberländer betont, von der von ihr untersuchten städtischen Gesellschaft als eine große moralische Krise gedeutet. Im Empfinden vieler Zeitgenossen ging die Epidemie der Gewalt auch nach 1907 weiter in Form von sexueller Gewalt, Rowdytum, Selbstmorden.

Wie Oberländer darlegt, häuften sich nach der Revolution in der Presse die Meldungen über Gewalt von in der Regel wohl situierten Männern gegen arme Mädchen. Im vierten Kapitel, dessen Ausgangspunkt ein Kinderschänderprozess aus dem Jahr 1908 ist, zeigt die Verfasserin, wie sich die Perspektive jedoch wandelt und Opfer zu Täterinnen gemacht werden: Wenn die Mädchen durch die erlittene Vergewaltigung erst einmal verdorben waren, fanden sie Gefallen am lasterhaften Leben und betätigten sich als Kinderprostituierte. Als solche wurden sie zu einer ersten Gefahr für die Gesellschaft, indem sie Männer in Versuchung führten und zu abscheulichem Tun animierten.

Das fünfte Kapitel widmet sich der Wahr-

nehmung der Täter nach 1907. Oberländer kann zeigen, wie nun, anders als 1880, Sex mit Kindern als pathologisch angesehen wurde. Die Degenerationstheorie erfuhr breite Rezeption, Begriffe wie Pathologie, Pädophilie und Degeneration selbst fanden über die Zeitungen ihren Weg in die Öffentlichkeit. Im Fokus standen dabei die höheren sozialen Schichten. Die typischen Pädophilen – und das gab Anlass zu großer Sorge – entstammten in der Darstellung der Medien diesen Klassen, hatten eine entsprechende Stellung, waren kultiviert und arbeiteten oft mit Kindern. Nur sie galten als pathologisch, als Opfer ihrer krankhaften Triebe. Täter aus den unteren Schichten wurden hingegen als „Bestien“ dargestellt (*звер*) und interessiert kaum; ihre Taten waren ein moralisches Problem, kein gesundheitliches. Sexuelle Gewalt der Oberschicht wurde als eine negative Begleiterscheinung der Modernisierung verstanden, bei den Unterschichten hingegen als Ausdruck von Rückständigkeit.

Etwas überraschend benennt die Autorin

im Schlusswort als die wichtigste Erkenntnis ihres Buches: „Der Subjektstatus ist es, der Frauen so angreifbar macht.“ (S. 326). Denn sexuelle Gewalt kann nur dann den Kern eines Menschen angreifen, wenn sich dieser – mit Foucault gesprochen – über den *sex* konstituiert; erst dann wird sexuelle Gewalt auch traumatisierend. Zwar wird die Sexualität als Kern des modernen Subjekts schon früh angesprochen (S. 36), aber im Hauptteil wird dieser Zusammenhang nicht systematisch verfolgt.

Insgesamt hat Alexandra Oberländer eine quellennahe und lebendige Darstellung vorgelegt, welche die Änderungen in der Wahrnehmung sexueller Gewalt gegen Frauen und Mädchen im *Fin de siècle* Russlands schlüssig aufzeigt und in der gesellschaftlichen Entwicklung verortet. Was dem Buch gut getan hätte, wäre ein rigoroseres Lektorat gewesen, um Wiederholungen zu eliminieren, die Erzählung zuweilen zu straffen sowie kleinere sprachliche und stilistische Mängel zu beheben.

Nada Boškonska, Zürich

E. A. VIŠLENKOVA / R. CH. GALIULLINA / K. A. IL'INA: Russkie professora. Universitetskaja korporativnost' ili professional'naja solidar-nost'. Moskva: NLO, 2012. 649 S. = Istorija nauki. ISBN: 978-5-86793-945-8.

The early to middle nineteenth century was a critical era in the history of both the Russian Empire and its universities. These were formative years in the growth of Russia's bureaucratic state and the opening of post-secondary educational opportunities to staff that bureaucracy in order to expand autocratic power. In the process of educating Russia's bureaucrats, the tsarist administration also unintentionally fostered the birth of Russia's intelligentsia. The discussions of these processes have occupied scholars for many years. This collaborative monograph is another effort to understand this process, albeit focused specifically on the changing nature of the universities, their faculties and staffs, and the mission of the faculty. The writers attempt to analyze the development of a corporate solidarity among the fac-

ulty and the creation of an identity as Russian professors.

This book is the product of a collaborative project from 2008–2010, in which the authors posed a series of questions about the changing nature of Russia's universities in the first half of the nineteenth century. The primary question they asked was “Where is the university, there and in Europe: the transfer and adaptation of the university idea in the Russian Empire of the second half of the eighteenth century through the first half of the nineteenth century?” (p. 9) In order to facilitate the analysis of this overarching question, they worked in Russian archives in order to publish primary sources germane to their question in addition to composing a research narrative based on the smaller questions and what they gleaned from the repositories. They additionally sought to publish the primary sources in order to deconstruct these texts and offer their audience not only their interpretations, but to present the readers the opportunity to read the documents for their own analysis of the sources. They

conducted their research in the archives of the universities of Moscow, Kazan, and Kharkov, in addition to working in the archives of the Ministry of Public Enlightenment.

The primary goal of the authors was to address a number of questions relating to the changing nature of university faculty from the early nineteenth century to the middle of the century. They posed several questions in the introduction about what they wanted to discern. The first and most important question was why did university intellectuals develop their renowned political opposition to the authorities, when, at the beginning of the century, they worked as bureaucrats without opposition to the state? The authors additionally asked if it is accurate to consider, when comparing the faculty of the early nineteenth century, who suffered from internal conflicts, to their counterparts in the middle of the century, who enjoyed a much greater community, a cultural-psychological precipice?

The authors intentionally set themselves the task of approaching their analyses differently from what they perceived was the typical methodology of Russian social sciences, that is the assumption that the history of Russian universities and their staffs in these years was depersonalized and static. Instead, they decided to address this question by seeking to explain and understand how groups, despite their diversity in age, lifestyles, etc., maintained unity.

The authors believe that the professorial corps only developed a strong corporate sense by the reign of Nicholas I. Previously under Alexander I, the creator of Russia's university system, they served largely as state bureaucrats more than as educators. They additionally preferred to minimize their involvement in students' lives, leaving such activities to the appointed officials, such as inspectors and sub-inspectors. The authors divide the developments of the main ethos of Russia's universities as: a

focus on scholarship and gentility in the 1810s and 1820s, a focus on devotion to the fatherland and science in the 1830s and 1840s, and finally supporters of the people and focusing on serving the people, not the state, in the 1850s. This first part of the book is useful for synthesis of the existing scholarship; it lays out clearly the changes of the 1830s and 1840s that facilitated a greater professionalization of the professoriate, closer connections with their students, and the increasing efforts at self-regulation as the professors gained confidence in their great knowledge and experience. The monograph here offers little new in interpretation.

The second part of the monograph is prefaced with a brief introductory essay on the history of the amassment of the universities' archival sources and consists, in the main part, of a lengthy collection of archival documents (more than 300 pages). Particularly useful for scholars of early to mid-nineteenth-century Russian universities are these voluminous printed archival materials that dominate the second part of the book. They represent a wealth of information to offer a more nuanced understanding of the dynamics of change and continuity in Russian universities. They additionally offer critical insight into the differences between Russia's universities, especially the divide between the capitals' universities and the provincial universities.

In sum, this monograph is a welcome addition to the literature on Russian universities in the nineteenth century in addition to a useful study of the changing role of the bureaucracy in Nicholas I's Russia. It is particularly valuable as a resource for scholars of Russian universities in large part because of the excellent, extensive bibliography, replete with published sources in English, German, and Russian.

Curtis Richardson, Maryville, MO

ORTRUN RIHA, THOMAS SCHMUCK: „Das allgemeinste Gesetz“. Karl Ernst von Baer (1792–1876) und die großen Diskurse des 19. Jahrhunderts. Aachen: Shaker, 2011. II,

299 S. = Relationes, 5. ISBN: 978-3-8440-0384-0.

Naturwissenschaft als Kommunikationsraum.

Internationale Tagung, Leipzig, 29.9.–1.10. 2010. Hrsg. von Ortrun Riha und Marta Fischer. Aachen: Shaker, 2011. 572. S., Abb., Tab. = *Relationes*, 6. ISBN: 978-3-8440-0565-3.

REGINE PFREPPER: Lebendige Stoffe: Deutsch-russischer Wissensaustausch in der Physiologischen Chemie im 19. Jahrhundert. Aachen: Shaker, 2011. V, 262 S., Graph., Tab. = *Relationes*, 7. ISBN: 978-3-8440-0625-4.

REGINE PFREPPER: Wirksubstanzen: Deutsch-russische Beziehungen in der Pharmakologie des 19. Jahrhunderts. Aachen: Shaker, 2012. V, 245 S., Abb., Graph., Tab. = *Relationes*, 8. ISBN: 978-3-88440-1084-8.

MARTA FISCHER: Lebensmuster: Biobibliographisches Lexikon der Physiologen zwischen Deutschland und Russland im 19. Jahrhundert. Aachen: Shaker, 2012. V, 378 S., Abb. = *Relationes*, 9. ISBN: 978-3-8440-1253-8.

Botanik und Leidenschaft: Der Briefwechsel zwischen Christian Gottfried Nees von Esenbeck, Elisabeth Nees von Esenbeck und Karl Ernst von Baer. Hrsg. und eingeleitet von Ortrun Riha, Bastian Röther und Günther Höpfner †. Aachen: Shaker, 2012. XVI, 325 S., Abb. = *Relationes*, 10. ISBN: 978-3-8440-1454-9.

Wissensspuren: Reisen russischer Mediziner nach Westeuropa im 19. Jahrhundert. Hrsg. und eingeleitet von Regine Pfrepper und Gerd Pfrepper. Aachen: Shaker, 2012. XVI, 376 S. = *Relationes*, 11. ISBN: 978-3-8440-1472-3.

Die wissenschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Russland setzten im 17. Jahrhundert ein und sind bei allem Wechsel, allen Krisen und allen Stagnationsphasen bis in die Gegenwart lebendig geblieben. Im 19. Jahrhundert wurden Deutschland und Russland zu wichtigen Akteuren auf der europäischen wissenschaftlichen Bühne. Die Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig hat eine lange Tradition in der Erforschung der Wissenschaftsgeschichte beider Länder. Sie betreibt zurzeit 26 Forschungsprojekte, viele davon in

enger Kooperation mit Universitäten, Hochschulen und anderen Forschungseinrichtungen, darunter auch mit der Russländischen Akademie der Wissenschaften.

Eines der frühesten und größten Projekte der Sächsischen Akademie der Wissenschaften war J. C. Poggendorffs biographisch-literarisches Handwörterbuch der exakten Naturwissenschaften. Das Projekt *Deutsch-russische Beziehungen in Medizin und Naturwissenschaften* lief von 1999 bis 2006 am Karl-Sudhoff-Institut für die Geschichte der Medizin und der Naturwissenschaften der Medizinischen Fakultät der Universität Leipzig. Die Forschungsergebnisse wurden in der von Dietrich von Engelhardt und Ingrid Kästner herausgegebenen Schriftenreihe im Shaker-Verlag, Aachen, publiziert. Weiterhin fanden am Karl-Sudhoff-Institut internationale wissenschaftshistorische Tagungen statt und es bestanden wissenschaftliche Kontakte zu einigen Institutionen in der damaligen UdSSR, später in Russland. Die Zusammenarbeit und die enge Kooperation der Sächsischen Akademie der Wissenschaften mit der Universität Leipzig und mit dem Karl-Sudhoff-Institut mündete in dem erfolgreichen Projektvorhaben *Wissenschaftsbeziehungen im 19. Jahrhundert zwischen Deutschland und Russland auf den Gebieten Chemie, Pharmazie und Medizin*. Es ist seit Mai 2007 bei der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig angesiedelt und steht unter der Leitung der Medizinhistorikerin Prof. Dr. med. Dr. phil. Ortrun Riha.

Für die laufende Veröffentlichung der Projektarbeit wurde die Schriftenreihe *Relationes* gegründet. 2008 erschien der erste Band mit einer Edition von Quellen zu dem in St. Petersburg tätigen deutschen Chemiker und Pharmazeuten Carl Julius Fritzsche (1808–1871) und einer diskursanalytischen Untersuchung der populärphilosophischen Schriften des russischen Medizin-Nobelpreisträgers Il'ja Il'ič Mečnikov (1845–1916). Im Jahr 2009 entstanden die beiden Monographien *Baltische Genesis. Die Grundlegung der Embryologie im 19. Jahrhundert und Lebensvorgänge* (Band 2) und *Deutsch-russische Wechselbeziehungen in der Physiologie des 19. Jahrhunderts* (Band 3). 2010 wurden unter dem Titel *Russische Karrieren* die Biobibliographien der

deutschen und russischen Leibärzte im Zarenreich vorgelegt (Band 4).

Im 5. Band der *Relationes* (Das allgemeinste Gesetz. Karl Ernst von Baer [1792–1876] und die großen Diskurse des 19. Jahrhunderts. Hrsg. von Ortrun Riha und Thomas Schmuck. Aachen 2011) wird Karl Ernst von Baer (1792–1876) als „der Größte unter den Naturforschern unserer Zeit, welche jemals gelebt haben“, sowie als „Humboldt des Nordens“ dargestellt. Seine Beiträge zu praktisch allen großen Themen wie Embryologie, Ökologie, Geographie, Geschichte und Anthropologie, die im 19. Jahrhundert in Wissenschaft und Öffentlichkeit diskutiert wurden, werden in diesem Band nicht nur eingehend untersucht, sondern auch im Zusammenhang mit ihrer Aufnahme in der deutschen, russischen englischen und französischen Gelehrtenwelt dargestellt. Karl Ernst von Baer ist auch in der Medizingeschichte bekannt als Entdecker der Eizelle bei Säugetier und Mensch. Die embryologischen Überlegungen Baers wurden von den deutschen und ausländischen Wissenschaftlern unterschiedlich rezipiert. Ortrun Riha und Thomas Schmuck versuchen, den Deutschbalten und russischen Staatsbürger von Baer als zentrale Person des Ideenaustauschs darzustellen. Ausgehend von seiner entwickelten teleologischen Grundkonzeption sowie von seiner Tendenz zu Typisierungen, werden von Baers Schriften vorgestellt. Schwerpunkte liegen auf Baers Beitrag im Streit über Materialismus und auf seiner Positionierung in den Auseinandersetzungen um den Darwinismus. Karl Ernst von Baer lebte lange Zeit in Russland und tat viel für die russische Wissenschaft. Er ging 1834 als Nachfolger seines Studienfreundes, des Embryologen Christian Heinrich Pander (1794–1865), an die St. Petersburger Kaiserliche Akademie der Wissenschaften und an die Universität St. Petersburg, wo er von 1834 bis 1846 als Zoologe und von 1846 bis 1862 als Anatom und Physiologe arbeitete. Hier galt er lange Zeit als „Seele der Akademie“. 1862 wurde er Berater des Erziehungsministeriums. Als Geograf ist von Baer wesentlich präsenter denn als Embryologe oder Zoologe, gerade in der russischen Wissenschaftsgeschichte. Ge-

meinsam mit seinem Freund und Entdeckungsreisenden Friedrich Benjamin Graf Lütke (1797–1882) gründete Karl Ernst von Baer im Jahre 1845 die Russische Geografische Gesellschaft. Die St. Petersburger Akademie veranlasste in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts rund fünfzig Expeditionen und erwartete von ihren Mitgliedern entsprechendes Engagement. Baer widmete sich diesem ihm bisher unbekanntem Aufgabefeld. Aber er blieb sich treu und suchte in der Geografie hinter dem Speziellen stets das Allgemeine, wobei ihm bemerkenswerte Entdeckungen gelangen. 1837 sammelte er Tiere und Pflanzen auf Novaja Zemlja, einer Inselgruppe im arktischen Eismeer. Auf weiteren Expeditionen erforschte er Spuren der Eiszeit an der Südküste Finnlands (1838/1839). In St. Petersburg wandte sich Baer der Anthropologie, Geographie, Ökologie und Fischereikunde zu. An den Nordmeerküsten, am Kaspischen Meer und im Kaukasus untersuchte er 1851 bis 1856 die Fischerei und die Fischbestände. Diese Untersuchungen führten 1856 zum ersten Gesetz zum Schutz der Fischbestände in Russland. Gemeinsam mit Georg von Helmersen (bzw. russ. Grigorij Petrovič Gel'mersen, 1803–1885) gründete er 1839 die erste naturwissenschaftliche Bucherei Russlands, die deutschsprachigen *Beiträge zur Kenntnis des Russischen Reiches und der angrenzenden Länder Asiens* (St. Petersburg 1839–1900, insgesamt 45 Bände). Das Verdienst von Ortrun Riha und Thomas Schmuck besteht darin, dass sie die Mehrzahl der gedruckten und ungedruckten Texte Karl Ernst von Baers vorstellen und in einen diskursiven Kontext rücken. Damit können wir Baers Gedanken über Jahrzehnte hinweg verfolgen und seine jeweiligen Positionen im zeitgenössischen Zusammenhang verstehen. Interessant und wichtig für die Forscher sind auch Literaturverzeichnis und Personenregister.

Im 6. Band der *Relationes* (Naturwissenschaft als Kommunikationsraum. Internationale Tagung, Leipzig, 29.9.–1.10.2010. Hrsg. von Ortrun Riha und Marta Fischer. Aachen 2011) sind die Dokumente und die Vorträge der Teilnehmer an der internationalen Tagung veröffentlicht, die von 29.09. bis zum 1.10. 2010 in

Leipzig stattfand. Die Konferenz wurde im Rahmen des Langzeitvorhabens der Sächsischen Akademie der Wissenschaften *Wissenschaftsbeziehungen im 19. Jahrhundert zwischen Deutschland und Russland in Chemie, Pharmazie und Medizin* in Kooperation mit dem Karl-Sudhoff-Institut der Leipziger Universität organisiert. An der Tagung nahmen 30 Gelehrte aus verschiedenen Ländern der Welt sowie 20 Spezialisten aus Deutschland teil. Der Band besteht aus 6 Teilen. Teil 1 umfasst neben einer Einführung von Ortrun Riha und zahlreichen Grußworten einen Bericht von HEINER KADEN erzählt über die Vorgeschichte des Projektes und einen Beitrag von DIETRICH VON ENGELHARDT über die deutsch-russischen Wissenschaftsbeziehungen um 1800 im europäischen Kontext. MATTHIAS MIDDELL beleuchtet die deutsch-russisch-französischen Kulturbeziehungen im 18. und 19. Jahrhundert als Feld eines triangulären Kulturtransfers. Teil 2 widmet sich Chemie und Pharmazie. Die wichtigsten Beiträge betreffen Friedrich Konrad Beilstein (1838–1906), Gustav von Bunge (1844–1920), Ivan S. Plotnikov (1878–1955) und Vladimir I. Vernadsky (1863–1945). Teil 3 behandelt Medizin und Psychologie mit vier Artikeln zur Geschichte der Psychologie (zu V. Bechterev, 1857–1927 und W. Wundt, 1832–1927; zur Russischen Psychologischen Gesellschaft; zu A. Nečaev (1870–1948) und zur Psychiatrie (Emil Kraepelin in Dorpat). Vom letzteren Fach wird die Brücke zur klinischen Medizin (Karl Johann von Seidlitz, 1798–1885, und zur Physiologie geschlagen (zu den Char'kover Schülern von Emil Heinrich Du Bois-Reymond, 1818–1896). Teil 4 ist der Hygiene als einem neuen Wissenszweig im 19. Jahrhundert gewidmet. Dieses Thema fand bei den Teilnehmer das größte Interesse. Die Vorträge galten den Themen *Prävention und Behandlung von Infektionskrankheiten in der Marine Russlands*, Max von Pettenkofer (1818–1901) *Beziehungen zu russischen Hygienikern und Hygienediskurse und Sozialpolitik in der russländischen Provinz*, *Die Saratover Sanitätsgesellschaft*. Im Mittelpunkt von Teil 5 stehen Zoologie und Botanik: Hier werden die konzeptionellen Änderungen in der Biologie behandelt (die Rolle Otto Bütschlis,

1848–1920, in der Entwicklung der Zoologie in Russland; Christian Heinrich Pander, 1794–1865, und seine Gedanken über die Metamorphose; Karl Ernst von Baer's Nachdenken über die Evolution und Ökologie). Der abschließende 6. Teil enthält prosopographische Untersuchungen zur St. Petersburger Veterinärmedizinischen Gesellschaft sowie zu den Verbindungen zwischen Karl Ernst von Baer und dem Leipziger Verlagshaus Voss und stellt außerdem drei biobibliographische Lexikonprojekte zur Wissenschaftsgeschichte im Zarenreich vor. Die Weitergabe von Wissen und ein Austausch von Ideen ist eine wichtige Aufgabe der Forschung. Die Konferenz hat dafür auf viele Jahre die Grundlagen geschaffen.

Der 7. Band der „Relationes“ (REGINE PFREPPER: *Lebendige Stoffe. Deutsch-russischer Wissensaustausch in der Physiologischen Chemie im 19. Jahrhundert*. Aachen 2011) hat die Dokumentation und Darstellung der wissenschaftlichen Beziehungen zwischen den deutschsprachigen Ländern und dem Russländischen Reich auf dem Gebiet der Physiologischen Chemie im 19. Jahrhundert zum Ziel. Die erste Hälfte des Jahrhunderts war durch eine sehr rasche Entwicklung der experimentellen Wissenschaften, vor allem der organischen Chemie und der Physiologie, charakterisiert. Benachbarte Fächer wie Medizin, pathologische Anatomie, klinische und pathologische Chemie, physiologische und medizinische Chemie sowie die experimentelle Pharmakologie und die Ausbildung von Ärzten, darunter jetzt auch weiblichen, wurden zu selbstständigen Wissenschafts- und Forschungsgebieten. Die physiologische Chemie als „Chemie des Lebens“ nimmt einen wichtigen Platz in den wissenschaftlichen Neuerungen des 19. Jahrhunderts ein. Was ist das Leben? Das Leben ist der Zustand, den alle Lebewesen gemeinsam haben und der sie von unbelebter Materie unterscheidet. Leben kann nur aus Leben geboren werden. Lebewesen werden in der Biologie als organisierte Einheiten definiert, die unter anderem zu Stoffwechsel, Fortpflanzung, Reizbarkeit, Wachstum und Evolution fähig sind. Die Biologie und die Biochemie untersuchen die heute bekannten Lebewesen und ihre Evo-

lution sowie die Grenzformen des Lebens mit naturwissenschaftlichen Methoden. Diese Untersuchungen und Methoden waren im 19. Jahrhundert aktueller Gegenstand der Forschungen von deutschen und russischen Wissenschaftlern. Zu vielen Fragen der Wissenschaftsbeziehungen zwischen Westeuropa und Russland liegen bis heute keine ausreichenden Ergebnisse vor. Regine Pfreppers Werk „Lebendige Stoffe“ schließt eine wichtige Lücke in der Geschichte der deutsch-russischen Wissenschaftsbeziehungen. Folgende Themen werden in Band 7 der *Relationes* beleuchtet: die Durchsetzung des naturwissenschaftlichen Paradigmas in der Physiologie, der physiologischen Chemie und der experimentellen Pharmakologie. Spezielle Aufmerksamkeit gilt den Wechselbeziehungen zwischen dem deutschsprachigen Raum und dem Russländischen Reich. In dem Buch werden anhand der Entwicklung der physiologischen Chemie die Institutionalisierung des Faches im Russländischen Reich, die Geschichte der beiden russischen Akademien (der Kaiserlichen und der Militärmedizinischen Akademie in St. Petersburg), die im 19. Jahrhundert neu gegründeten acht Universitäten (in Moskau, Dorpat, Kazan, Char'kov, Kiev, Odessa, Warschau und Tomsk) beschrieben. Das Buch behandelt auch den Ideen- und Methodenaustausch zwischen den wissenschaftlichen Schulen der Physiologie beider Länder. Russland bot vielen deutschen Medizinern und Naturwissenschaftlern Arbeits-, Forschungs- und Karriereöglichkeiten, die sie in der Heimat nicht finden konnten. Umgekehrt besuchten russische Studenten, Akademiemitglieder und Wissenschaftler ausländische Universitäten, schrieben ihre Arbeiten dort und veröffentlichten sie auf Deutsch. In Band 7 der *Relationes* wird daher auch auf die Rolle der russischen biochemischen Zeitschriften und Fachgesellschaften eingegangen und auf die Übersetzungen deutschsprachiger Arbeiten ins Russische oder russischsprachiger Arbeiten ins Deutsche. Besonders dankenswert ist, dass Regine Pfrepper in ihrem Buch ein Verzeichnis der Biobibliographien und der Arbeiten derjenigen Chemiker, Pharmazeuten und Mediziner zur Verfügung stellt, die bei die-

sen Kontakten eine wichtige Rolle spielten.

Band 8 der *Relationes* (REGINE PFREPPER: Wirksubstanzen. Deutsch-russische Beziehungen in der Pharmakologie des 19. Jahrhunderts. Aachen 2012) stellt sowohl eine Ergänzung zum Themenkomplex Pharmakologie dar als auch ihren Abschluss. Die Autorin bietet einen Überblick über die Entwicklung der Pharmakologie in Russland als spezielle medizinische Disziplin. Die Entwicklung der experimentellen Pharmakologie und ihre Institutionalisierung an den Universitäten im Russischen Reich begann in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts mit dem Statut für die russischen Universitäten von 1863, das eine Reform der Ausbildung von Medizinern, darunter auch die Ausbildung von Frauen, einleitete. Als Wiege der experimentellen Pharmakologie im Russländischen Reich kann man Dorpat (heutige Tartu) bezeichnen. Dorpat gehörte damals zu Russland, doch war die Universität deutschsprachig. Im Jahre 1847 wurde der Baltendeutsche Rudolf Richard Buchheim (1820–1879) als Professor der Pharmakologie, Diätetik und Geschichte der Medizin an die Dorpater Universität berufen. Buchheims Dorpater Lehrstuhl war unter anderem der Arzneimittellehre gewidmet. Damit meinte man damals das gesamte Wissen über die Eigenschaften und die therapeutischen Anwendungsmöglichkeiten jeglicher Art von Stoffen. Buchheim richtete in Dorpat im Keller seines Wohnhauses und mit seinem eigenen Geld ein pharmakologisches Labor ein. 1860 ersetzte es die Fakultät durch ein geräumiges neues Pharmakologisches Institut. Sein Nachfolger in Dorpat Oswald Schmiedeberg (1838–1921) hat Buchheims Tätigkeit so charakterisiert: „So ist Buchheim der Gründer des ersten pharmakologischen Instituts, welches auch zwei Dezenen hindurch fast das einzige seiner Art geblieben ist, da es an anderen Universitäten im wesentlichen nur ‚pharmakognostische Sammlungen‘, nicht aber Institute für experimentell pharmakologische Arbeiten gab. [...] Auf diesem günstigen Boden entwickelte sich Buchheims Tätigkeit, die zu einer Arzneimittellehre auf experimenteller Grundlage führte.“ Seine Experimente führte Buchheim mit Doktoranden durch, 90 an der Zahl in seiner Dorpater

Zeit. Die Dissertationen waren zum Teil noch lateinisch abgefasst, und ihr Niveau war relativ hoch. Die Arbeit von Regine Pfrepper gibt eine ausreichende Information über die in Russland gegründeten Lehrstühle für Pharmakologie an den Universitäten Moskau, Dorpat, Kazan, Char'kov, Kiev, Odessa, Warschau, Tomsk und Saratov. Außerdem beschreibt es die Geschichte der Mediko-chirurgischen Militärmedizinischen Akademie in St. Petersburg. Sehr interessant sind sowohl die Bibliographien der russischen und deutschen Pharmakologen, Physiologen, physiologischen Chemiker, die vor ihrer Berufung zu Lehrstuhlleitern immer einen wissenschaftlichen Arbeitsaufenthalt in den deutschsprachigen Ländern absolvierten, bevor sie an den medizinischen Lehranstalten Russlands tätig wurden, wie auch die Verzeichnisse der Übersetzungen ihrer wissenschaftlichen Arbeiten, Fach- und Lehrbücher und sonstigen Veröffentlichungen. Das besondere Verdienst der Autorin besteht darin, dass sie vorwiegend deutsche und russische gedruckte und ungedruckte Primärquellen des 19. Jahrhunderts benutzt. Das Verzeichnis findet sich im Abschnitt „Literatur“.

Der 9. Band der *Relationes* (MARTA FISCHER: Lebensmuster. Bibliographisches Lexikon der Physiologen zwischen Deutschland und Russland im 19. Jahrhundert. Aachen 2012) stellt die wichtigen Forscher dar, die dazu beigetragen haben, die deutsch-russischen Beziehungen auf dem Gebiet der Physiologie im 19. Jahrhundert zu entwickeln und zu stärken. Das Lexikon stellt die Lebensläufe, Publikationen und wichtigsten Forschungsergebnisse von 100 Wissenschaftlern dar. Die hier aufgeführten Biobibliographien ergänzen die Informationen des 3. Bandes der *Relationes* von 2009 zu den deutschsprachigen Publikationen von 37 russischen Physiologen und deren biographischem und institutionellem Hintergrund. Eine der wichtigsten Figuren unter den berühmten deutschen Physiologen, zu denen russische Wissenschaftler auf ihren Bildungsreisen durch Europa häufig Kontakt suchten, war Karl Ludwig (1816–1895); auf russischer Seite stechen Ivan P. Pavlov (1849–1936) und Ivan M. Sečenov (1829–1905) hervor. Ivan P. Pavlov ist der

Begründer der größten modernen Physiologenschule, Schöpfer der materialistischen Theorie der höheren Nerventätigkeit, Entdecker des bedingten Reflexes (Pavlov-Reflex), Nobelpreisträger auf den Gebieten der Medizin und Physiologie. Man kann I. P. Pavlov als eine Wunderbegabung bezeichnen, was im Lexikon perfekt dargestellt ist. Ivan M. Sečenov ist ein berühmter Schüler des deutschen Forschers Karl Ludwig. Auf dem Umschlag des Buches ist er neben Karl Ludwig abgebildet. Die Struktur des Bandes ist gut durchdacht. Regelmäßig aufgeführt sind Ort und Datum von Geburt und Tod, Eltern, Ehe, Kinder, Ausbildung, Karriere, Arbeitsweise und Publikationen, was im Ergebnis die Konturen eines ‚typischen‘ russischen Physiologen des 19. Jahrhunderts ergibt und vor diesem Hintergrund die Einordnung individueller Leistungen herausragender Personen erst ermöglichen.

Band 10 (Botanik und Leidenschaft. Der Briefwechsel zwischen Christian Gottfried Nees von Esenbeck, Elisabeth Nees von Esenbeck und Karl Ernst von Baer. Hrsg. von Ortrun Riha, Bastian Röther, Günther Höpfner. Aachen 2012) entstand in Kooperation mit der Nees von Esenbeck-Arbeitsstelle der Leopoldina (heute Nationale Akademie der Wissenschaften, Halle). Christian Gottfried Daniel Nees von Esenbeck (1776–1858) war wie Karl Ernst von Baer ein große Name in der Wissenschaftsgeschichte. Er war Botaniker und langjähriger Präsident der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina. Im Band sind 51 Briefe versammelt. Es handelt sich um fünf Briefe von Baers an Nees (1776–1858), ebenso viele sind von Elisabeth Nees (1783–1857) an Baer gerichtet, aber die Mehrzahl der Dokumente (etwa 42 Briefe) hat Nees von Esenbeck an Baer geschrieben. Die Briefe geben einen Einblick in Nees' bewegtes Privatleben und illustrieren seine wissenschaftliche Arbeit an der Rhein-Universität in Bonn, die organisatorischen Abläufe in Nees' ersten Jahren als Präsident der Leopoldina sowie Probleme der wissenschaftlichen Veröffentlichungen. Eine Besonderheit des Bandes ist die Einbeziehung von Bildern zur Erläuterung von Textstellen.

In Band 11 der *Relationes* (Wissensspuren.

Reisen russischer Mediziner nach Westeuropa im 19. Jahrhundert. Hrsg. von Regine Pfrepper und Gerd Pfrepper. Aachen 2012) wird eine Auswahl von Reiseberichten von prominenten Vertretern der drei Disziplinen Physiologie, Physiologische Chemie und Pharmakologie vorgelegt. Begabte Absolventen russischer Universitäten, die für eine Lehrtätigkeit als Dozenten oder Professoren vorgesehen waren, wurden vor ihrer Berufung an eine Universität in Russland für zwei oder drei Jahre auf Staatskosten nach Westeuropa delegiert, um sich in ihrem Fach weiterzubilden. Sie waren verpflichtet, ans Ministerium für Volksaufklärung Reiseberichte zu senden. Diese Reiseberichte dienten der Kontrolle der Reisenden und lieferten außerdem Informationen über den Entwicklungsstand der betreffenden Disziplin. Die Reiseberichte der russischen Mediziner, die in diesem Band zusammengestellt sind, umfassen die Jahre 1833 bis 1913, umspannen also 80 Jahre. In diesem Zeitraum hat die russische Medizin eine beachtliche Entwicklung durchgemacht. Sie brachte zwei Nobelpreisträger hervor, Ivan Petrovič Pavlov (1849–1936) und Il'ja Il'ič Mečnikov (1845–1916). Beide haben in Deutschland eine Weiterbildung genossen, I. P. Pavlov bei den Physiologen Rudolf Heidenhain (1834–1897) in Breslau und Karl Ludwig (1816–1895) in Leipzig, I. I. Mečnikov bei dem Zoologen Rudolf Leuckart (1822–1898) in Gießen. Aber ihre Reiseberichte sind in diesem Band nicht aufgeführt. Die Instruktionen, Berichte ans Ministerium der Volksaufklärung Russlands, Verwaltungsschriftwechsel, Autobiographien sowie Erinnerungen von russischen Mediziner, die im 19. Jahrhundert zu ihrer Weiterbildung nach Westeuropa reisten, liegen teils in handschriftlicher, teils auch in gedruckter Form vor. Die ungedruckten Quellen werden in russischen und ukrainischen Archi-

ven aufbewahrt (Zentrales Historisches Archiv in Moskau, Russländisches Staatliches Historisches Archiv in St. Petersburg, Zentrales Staatliches Historisches Archiv der Ukraine in Kiev). Sie wurden von den Autoren aus dem Russischen übersetzt. Die gedruckten Quellen stammen aus dem 19. Jahrhundert und sind in deutschen Bibliotheken zugänglich. Die Reiseberichte, auch Briefe und autobiographische Dokumente, die die Reiseeindrücke von russischen Mediziner und Naturforschern wiedergeben, sind eine wichtige und wertvolle Quelle über den Stand der Wissenschaft, der Ausbildungs- und Forschungssituation, den Stand von Lehre und Forschung.

Die Publikationen der Reihe *Relationes* (Bände 5–11) zu den deutsch-russischen Wissenschaftsbeziehungen im 19. Jahrhundert auf den Gebieten Chemie, Pharmazie und Medizin sind als eine Gesamtheit zu betrachten. Sie sollen Forschungslücken sowohl zu den bilateralen Kontakten als auch zu strukturellen und inhaltlichen Gemeinsamkeiten und Unterschieden zwischen Deutschland und Russland bei der Entstehung der neuen Fächer schließen. Internationale Beziehungen sind substantiell für den Fortschritt der Naturwissenschaften und der Medizin. Das gilt für die Entwicklung während der Neuzeit und auch weiterhin für die Gegenwart und Zukunft. Die Erforschung historischer Erfahrungen bei wissenschaftlichen Beziehungen in Chemie, Pharmazie und Medizin zwischen Deutschland und Russland hilft, verschüttete und verlorene Seiten unserer gemeinsamen Geschichte wiederherzustellen und wird hoffentlich zur fruchtbringenden Entwicklung der deutsch-russischen wissenschaftlichen und kulturellen Beziehungen beitragen.

Galina I. Smagina, Sankt Petersburg

KATJA BRUISCH: Als das Dorf noch Zukunft war. Agrarismus und Expertise zwischen Zarenreich und Sowjetunion. Wien, Köln, Weimar: Böhlau, 2014. 394 S., 16 Abb. = Beiträge zur Geschichte Osteuropas, 47. ISBN: 978-3-412-22385-4.

Eine relevante und machbare Forschungsfrage zu einem Thema der russischen oder osteuropäischen Geschichte zu formulieren, ist weitaus schwieriger als manchem westlichen Historiker bewusst sein mag. Von einem Forschungsprojekt in diesem Feld wird erwartet,

das es sich zur oftmals wechselhaften und von beiden Seiten ideologisch überhöhten Forschungsliteratur verhält. Andererseits ist die *splendid isolation* der Regionalforschung längst aufgehoben und soll das Projekt auch eine Brücke zum allgemeinhistorischen Forschungsstand zum Thema schlagen. Die Zugänglichkeit und Ordnung des Quellenmaterials ist eine weitere Schwierigkeit, obwohl umgekehrt zahlreiche Quellensammlungen anders als im Westen noch nicht mit einem modernen Ansatz und moderner Fragestellung durchleuchtet wurden und somit Neues versprechen. Katja Bruisch vom Deutschen Historischen Institut in Moskau ist beides gelungen, ohne dass die Einleitung ein theoretischer oder historiographischer Kraftakt geworden wäre.

Sie erforschte den Agrarismus als wissenschaftliche und gesellschaftliche Bewegung in Russland zwischen der späten Zarenzeit und dem Stalinismus und schlussendlich bis zur Putin-Ära. Wie im ersten Kapitel überzeugend herausgearbeitet wird, hatte man in der Literatur bislang vor allem Augen entweder für die Rückständigkeit der russischen Landwirtschaft oder für die Narodniki und Sozialrevolutionäre als (gewalttätige) politische Exponenten des Agrarismus. Außerdem tat die Forschung sich oftmals schwer, eine Verbindung zwischen der von der Realität abstrahierenden Ideen- und Diskursgeschichte der Zarenzeit einerseits und den harten Begebenheiten der agrarpolitischen Maßnahmen der Bolschewiki andererseits herzustellen. Auch dies gelingt in dem Werk „Als das Dorf noch Zukunft war“ ohne großes theoretisches Brimborium. Im Mittelpunkt steht eine Art kollektive Biographie dieser russischen Agraristengeneration, die aber neben deren wissenschaftlichen Ambitionen auch den gesellschaftlichen und politischen Kontext und die daraus entstehenden Zwänge oder Versuche integriert. Wenn es eine Frage gibt, die dabei vernachlässigt wurde (oder sich anhand der verbleibenden Quellen nur bruchstückhaft erörtern ließ), ist es die nach dem kollektiven Selbstverständnis und der *corporate identity* dieser Generation.

Nach der Entstehungsgeschichte in den letzten Jahrzehnten der Romanovs im ersten

Kapitel befasst das zweite sich mit dem Ersten Weltkrieg, der Russischen Revolution und dem Bürgerkrieg als Phase der Politisierung der Agrarexpertise. Obwohl die politische Verbindung der Experten mit dem bolschewistischen Regime den dramaturgischen Höhepunkt des Buches und der Geschichte bildet, sind die ersten beiden Kapitel keineswegs Bausteine eines prädeterninierten, moralisch verwerflichen Auftakts zum Sündenfall der ‚Kollaboration‘. Die Darstellung macht die Zweifel und Entscheidungen der porträtierten Spezialisten nachvollziehbar, aber nicht alternativlos. Im (Bürger)krieg hatten sich viele ihrer Idealvorstellungen politisch erledigt, der ideologische Wille zum großen gesellschaftlichen Wurf war aber gegeben und reizte viele dieser Weltverbesserer ungemein. Bruisch idealisiert ihre Protagonisten aber auch nicht: Berufsperspektiven und andere ‚opportunistische‘ Motive gehören ebenso zum Gesamtbild. Konsequenter werden Aleksej Dojarenko oder Nikolaj Kondrat’ev und andere in jeder Phase wissenschaftlich, gesellschaftlich und politisch-ideologisch verortet. 1922 war die frühere Expertenautorität der Agraristen vom Staatsapparat eingekapselt und aus der Öffentlichkeit verschwunden.

Die Zäsur in der kollektiven Lebenserzählung der Agraristen war somit nicht die kommunistische Machtübernahme 1917, sondern ihre politische Eliminierung nach den NĖP-Jahren, die in mancher Hinsicht auf ihre ursprünglichen Ideen rekurriert hatten. Die Autorin hütet sich, trotz ihrer Faszination für diese Wissenschaftler im Wandel der Zeit, vor einer Überbewertung ihres Einflusses bei der Ausgestaltung der NĖP-Politik. Das vierte und letzte Großkapitel des Buches beschreibt die Erfahrungen der Protagonisten nach ihrem Abgang von der politischen Bühne: Manche zogen sich ins innere Exil zurück und andere verließen die Sowjetunion. Die, die nicht Stalins Säuberungen um 1930 zum Opfer fielen, wurden in den vierziger Jahren oder nach 1953 erratisch rehabilitiert. Das Kapitel endet mit der jüngeren Rezeption der Agraristen und ihrer intellektuellen Rehabilitierung seit Gorbachevs Perestrojka. Im Sinne einer kollektiven Biographie ist dieses Kapitel ein logisches

Schlussstück. Aus der Perspektive der Fragestellung nach dem Wechselverhältnis zwischen Agrarismus und Politik ist es eine Nachschrift, da die Agraristen hier im Wesentlichen nicht mehr handelnd auftreten, sondern ‚gelebt‘ (oder getötet) werden.

Etwas zu kurz kommt in der Studie vielleicht der Vergleich mit agraristischen Bewegung und mit einer ländlichen Moderne anderswo in Europa (oder sogar auf anderen Kontinenten). Folglich wird der russische Sonderweg hervorgehoben, da sich hier angeblich nur die Sozialrevolutionäre durchsetzen konnten und nicht die gemäßigten Vordenker einer modernen Landwirtschaft und Dorfgemeinschaft. Wissenstransfers und vergleichbare Entwicklungen in anderen Regionen werden meist nur kurz angerissen, weniger aber zur Vertiefung der russischen Fallstudie eingesetzt. Im Exil ließen die Agraristen sich in Prag und Berlin nieder und träumten anfänglich im eigenen Kreis von einer zweiten Chance in Russland nach dem Ende der bolschewistischen Herrschaft. Eine Verbindung zur *Grünen Internationale* jener Jahre in Prag wird im Buch nicht hergestellt. Umgekehrt haben die Moskauer Agraristen regelmäßig mit A.P. Smirnov zu tun,

einem wichtigen bolschewistischen Agrarpolitiker, ohne dass erwähnt wird, dass er der Gründer der *Krestintern* war, der Roten Bauerninternationalen. – einer Organisation, die überraschenderweise auch in der gesamten Darstellung fehlt.

Besondere Erwähnung verdient die Leserlichkeit. Diese in Böhlau's „Beiträge zur Geschichte Osteuropas“ schön herausgegebene und funktional bebilderte Dissertation basiert auf einer Vielzahl russischer Archive (u.a. GARF, RGAE und Historisches Archiv Moskau) und auf Literatur in vier Sprachen, aber trotzdem werden die Mühen der Ebene dem Leser nicht aufgedrängt: nicht mehr als vier oder fünf kurze Fußnoten pro Seite und kein eitles Bedürfnis, jedes mühsam erworbenes Detailwissen im Buch unterzubringen. Der Schreibstil der Autorin ist dabei präzise, aber nie gewollt akademisch, mit dem richtigen Tempo, wobei Details und Fallbeispiele die Analysen illustrieren, aber niemals überwuchern. In vieler Hinsicht eine reife Leistung für eine Dissertation und zudem ein wichtiger, eigenständiger Beitrag zur Forschungsdebatte.

Wim van Meurs, Nijmegen/Kleve

JÖRG GANZENMÜLLER: Russische Staatsgewalt und polnischer Adel. Elitenintegration und Staatsausbau im Westen des Zarenreiches (1772–1850). Köln, Weimar, Wien: Böhlau, 2013. 425 S. = Beiträge zur Geschichte Osteuropas, 47. ISBN: 978-3-412-20944-5.

Die Monografie von Jörg Ganzenmüller beschreibt eine umfassende Problematik, sowohl geographisch als auch chronologisch. Behandelt wird der ganze Teil des Territoriums der polnischen Adelsrepublik, der in der Jahren 1772, 1793 und 1795 an Russland angegliedert wurde. Es ist in der Tat sehr zu begrüßen, dass der Autor sein Thema nicht auf eine Teilregion begrenzt hat. Auch der chronologische Rahmen (1772–1850) steht außer Zweifel. Das erste Datum (1772) ist klar – die erste Teilung Polens. Die Auswahl des zweiten Datums (1850) wurde von dem Autor logisch begründet. In

der polnischen Historiographie gelten zwar ausschließlich die Daten der großen Aufstände gegen das Zarenreich (Novemberaufstand 1830/31 und Januaraufstand 1863/64) als die chronologischen Zäsuren für die Geschichte Polens im 19. Jahrhundert. Jörg Ganzenmüller kommt von den obigen Daten ab und argumentiert, dass der Prozess der Integration der polnischen Ostgebiete (*Kresy Wschodnie*) in das Russländische Reich nach der Niederschlagung des Novemberaufstandes bis ungefähr zum Jahr 1850 gedauert haben.

Das Buch besteht aus drei Kapiteln. Im ersten Kapitel *Zwischen Elitenkooptation und Staatsausbau: die Integration des polnischen Adels in die autokratische Ordnung des Zarenreiches* stellt der Autor die Etappen der Integration der ehemaligen polnischen Gebiete und des dortigen polnischen Adels chronologisch vor. Ganzenmüller interpretiert die Politik von Katharina II. ge-

gegenüber dem polnischen Adel, vor allem gegenüber dem unbegüterten Adel, im Westen des Staates nicht als polenfeindliche Nationalitätenpolitik, sondern als Sozialpolitik und als Element staatlicher Reformen. Er zeigt, dass in dieser Zeit in ganz Europa, auch in Polen während des Vierjährigen Reichstags (*Sejm Czteroletni*) in den Jahren 1788–1792, die Privilegien der besitzlosen Adligen beschnitten wurden. Ganzenmüller sichtet sodann die Wandlung der zarischen Politik gegenüber dem polnischen Adel in der Zeit der napoleonischen Kriege. Für Alexander I. hatte sich die Adelsfrage im Westen des Imperiums zum Problem der polnischen Nation verwandelt. Dieser Wechsel der Perspektive ist notwendig und begründet, weil nur der Adel in Polen am Anfang des 19. Jahrhunderts nationalbewusst war und nur er die Wiedererlangung der Unabhängigkeit des polnischen Staates anstrebte. Ganzenmüller schreibt richtig, dass Polen in den Jahren 1805–1815 die Hoffnung auf die Wiedererrichtung des eigenen Staates entweder mit Napoleon I. (durch die Vereinigung des Großherzogtums Warschau mit den russischen Teilungsgebieten) oder mit Alexander I. (beispielsweise die Pläne von Fürst Adam Jerzy Czartoryski) verband. Als nächsten Wendepunkt in der Politik Russlands gegenüber dem polnischen Adel identifiziert Ganzenmüller den Ausbruch des Novemberaufstandes. Zar Nikolaus I. hatte die Integrationspolitik im Westen verstärkt und den Prozess der Adelsrevision zum Abschluss gebracht.

Das zweite Kapitel *Von der ständischen Korporation zur „staatlichen Veranstaltung“? Die Transformation der polnischen Landtage in russische Adelsversammlungen* ist den Adelsversammlungen (*sejmiki*) gewidmet. Am Anfang steht eine chronologische Darstellung der Politik der zarischen Behörden und Gesetzgebung im Bereich der Repräsentationsorgane des Adels in den westlichen Provinzen im Zeitraum von Katharina II. bis Nikolaus I. Der Autor hebt die Änderung des Wahlrechtes und die Einführung eines Wahlzensus hervor. Sodann untersucht Ganzenmüller die Beteiligung des Adels an den Wahlen und die Wahlverfahren (Zeit, Ort und Zeremonien, die Rolle des Gouverneurs). Sei-

ner Meinung nach entwickelten sich die Adelsversammlungen von ständischen Vertretungen (der adelige Selbstverwaltung) zu staatlichen Veranstaltungen (unter Aufsicht der Behörden). Die staatlichen Behörden nahmen auf die Wahlen in den Kreisen und auf die von den Adelsversammlungen angesprochenen Fragen Einfluss und lehnten von den Adelsversammlungen vorgeschlagene Kandidaten für Beamtenstellen ab. Im zweiten Kapitel unternimmt der Autor auch eine prosopographische Untersuchung über die Wahlbeamten (z.B. die Adelsmarschälle). Er stellt in seinen Tabellen unter anderem das Alter, den Besitzstand, den Bildungsstand und den Militärdienst der Wahlbeamten dar.

Das dritte Kapitel *Staatsbau und Herrschaftspraxis in der Polnischen Provinz: die Etablierung der zaristischen Staatsgewalt in den Westgouvernements* besteht aus drei Teilen. Im ersten wird ein allgemeiner Überblick die russische Staatsgestalt in den westlichen Provinzen (Strukturen, Menschen, Pflichten) gegeben. Der zweite Teil ist den höchsten staatlichen Beamten – den Generalgouverneuren und den Gouverneuren – gewidmet. Der Autor skizziert ihre Kollektivbiographie wie auch Lebensläufe und Karrieren der einzelnen Personen in Militär und Zivilverwaltung. Auch die Tätigkeit der Gouverneure wird nicht ausgeklammert. Die Verwaltungsbäude (die Sitze der Gouverneure) sind die Symbole ihrer Herrschaft in der polnischen Provinz. Als aufschlussreich sieht der Autor die komplizierten Beziehungen zwischen der russischen Verwaltung und dem polnischen Adel an. Die Adelsgesellschaft und die Beamten arbeiteten beim Ausbau des Postwesens und von Straßen und Brücken zusammen. Einen zweiten Bereich von Konvergenz zwischen russischem Staat und polnischem Adel bildete der soziale Bereich: die Einrichtung und Unterhaltung von Schulen, Krankenhäusern, Armenhäusern, öffentlichen Parks. Auf der anderen Seite beteiligte sich der polnische Adel nur widerwillig an der Errichtung von Denkmälern, wenn die Initiative bei den Gouverneuren lag. Beispiele solcher Konflikte zwischen Gouverneuren und Adelsmarschällen werden eingehend analysiert.

In seiner Zusammenfassung vergleicht der Autor die Formen der Integration der anderen westlichen Provinzen (Ostseeprovinzen, Finnland, Bessarabien) ins russische Imperium und die Politik Preußens und Österreichs gegenüber dem polnischen Adel.

Die Monografie von Jörg Ganzenmüller beruht auf einer breiten Basis von Quellen und der Forschungsliteratur. Der Autor hat Quellen aus russischen, litauischen, weißrussischen und ukrainischen Archiven sowie Dokumentensammlungen, Tagebücher und Memoiren genutzt. Er kennt sich gut in der westeuropäischen, amerikanischen und russischen Forschung aus. Die Publikation ist voluminös (425 Seiten), aber Komposition und Darstellung sind sehr klar. Der Autor wendet dabei ein sehr anschauliches Verfahren an. Zunächst werden die einzelnen Probleme zusammenfassend dargestellt und anschließend durch Bei-

spiele erläutert. Jedes Kapitel hat eine kurze Zusammenfassung, was zu den unbestreitbaren Stärken dieser Arbeit gehört. Zu den Schwächen zählt zum Einen, dass der Autor die polnische bzw. polnischsprachige Forschungsliteratur nicht genügend rezipiert. Überwiegend verwendet er ins Deutsche übersetzte Artikel und Bücher. An dieser Stelle können leider nicht alle im Literaturverzeichnis fehlenden Publikationen aufgezählt werden. Zweitens hat der Autor keine Recherchen in polnischen Archiven angestellt. Beispielsweise befinden sich im Nationalarchiv in Krakau als wichtige Quellen zur Thematik des rezensierten Buches die Nachlässe von Familien aus den polnischen Ostgebieten, die das Zarenreich im 18. Jahrhundert annektierte (namentlich der Familien Sanguszko, Chodkiewicz, Sopoćko).

Tomasz Kargol, Krakau

ANATOLIJ V. REMNĚV: Samoderžavnoe pravitel'stvo. Komitet ministrov v sisteme vysšego upravlenija Rossijskoj imperii (vtoraja polovina XIX – načalo XX veka). Moskva: Rosspen, 2010. 511 S. ISBN: 978-5-8243-1392-5.

Ein Buch wie dieses wäre in der deutschsprachigen Russlandhistorie derzeit wohl unschreibbar. Es geht weder um „spaces“ noch um „turns“, weder um „maps“ noch um „mappings“, weder um Zu- noch um Einschreibungen, weder um Imaginationen noch um Repräsentationen, weder um Konstruktionen noch um Dekonstruktionen, weder um Imperium noch um Globalität. Es geht nur um – Geschichte, genauer: um Geschichte von Politik. Nicht um „Neue“ Politikgeschichte oder um Kulturgeschichte der Politik, nein, nur um Geschichte von Politik. Der Rezensent erschauert geradezu bei dem Gedanken, dass ihm vielleicht gerade deshalb, aufgrund der theoretisch-methodischen Bescheidenheit des Autors und seiner Konzentration auf die Abläufe der russischen Politik im Kaiserreich, die Lektüre dieses Buches besonderes Vergnügen bereitet hat. In jedem Fall ist die Studie, trotz nicht zu leugnender konzeptioneller Schwächen, über-

aus spannend und ertragreich zu lesen.

Anatolij Remněv, 2012 im Alter von 56 Jahren verstorbener Professor für vorrevolutionäre Geschichte an der Universität Omsk, Schüler von Boris Anan'ič und ausgewiesener Experte der Geschichte der russischen Regierung im langen 19. Jahrhundert, hat sich als erster Historiker der jüngeren Zeit einer wichtigen Institution der kaiserlichen russischen Politik angenommen, der schwer beizukommen ist und die in der westlichen Russlandhistorie eigentlich noch nie eine nennenswerte Rolle gespielt hat – des Ministerkomitees. Da es weder Kabinett noch gesamtstaatliche und verantwortliche Regierung war, geriet es in der Betrachtung der Historiker schnell und dauerhaft in die Schublade des rein Formalen, Irrelevanten. Für Remněv jedoch ist es der Zugang zur Bestimmung der „selbstherrschlichen Regierung“ in Russland, die, wie man weiß, nicht auf die Figur des Herrschers reduziert werden kann, sondern ein komplexes, oft schwer durchschaubares System mit einer Vielzahl eigener (Un-)Gesetzlichkeiten darstellte. So mag zwar der Befund, dass es im Russischen Reich aufgrund unklarer und beweglicher Kompetenzverteilungen zwischen den höchsten

Staatsorganen zu keiner verlässlichen und eindeutigen Funktionsweise der kaiserlichen Regierung gekommen ist, nicht überraschen; doch gebührt Remněv das Verdienst, diesen Befund detailliert, gewissenhaft, gut belegt und anschaulich herausgearbeitet zu haben.

Nicht nur entreißt der Autor eine Institution dem historischen Vergessen, die für Russlands Kaiser und Reich über lange Jahrzehnte hinweg in der Administration sehr präsent war, sondern das Ministerkomitee dient ihm zur Verfolgung der Frage, wie der Monarch und seine Regierung im politischen Sinne ‚funktioniert‘ haben. Auch wenn sich der Verfasser zitat-, fußnoten- und geistesblitzgespickte theoretische Einführungen erspart, ist sein Anliegen damit nicht nur berechtigt, sondern im historiographischen Sinne durchaus modern und zeitgemäß. Eine „Geschichte der Technologie der Macht im kaiserlichen Russland“ – das steht hoch oben auf der Agenda, mit der wir dem Petersburger Reich gegenüber treten. Remněvs Herangehensweise ist dabei – unbewusst – eine Art „dichter Beschreibung“ (Geertz) der alltäglichen politischen Praxis auf höchster Ebene, der „Wechselwirkungen auf den persönlichen und kollektiven sowie institutionellen Ebenen der regierenden Elite“ (S. 8). Damit verschiebt sich der Fokus von dem für das Kaiserreich klassischen Konfliktschema zwischen Regierung und Gesellschaft hin zu den – wie dem Rezensenten scheint – völlig unterschätzten Konflikten innerhalb der Sphären der Macht. Hier, in den Kämpfen der Mächtigen miteinander zu nicht festgelegten Spielregeln, liegen für Remněv letztlich die tieferen Gründe für die Unfähigkeit der selbstherrscherlichen Macht, „angemessene Maßnahmen und Antworten auf die Herausforderungen der Zeit zu finden und das Regierungshandeln effektiv zu organisieren“ (S. 9).

Seine Befunde erarbeitet der Verfasser in fünf großen Kapiteln: Das erste stellt das Ministerkomitee des „nachreformerischen Russland“ (*poreformennaja Rossija*), also nach den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts vor, beschreibt ausführlich seine Zusammensetzungen, die nicht zu unterschätzende Bedeutung der Kanzlei des Komitees mit ihrer spezifi-

schen „Kunst des Redigierens“ und unternimmt den ebenso verdienstvollen wie aufwändigen Versuch, die im Lauf der Jahre steigenden Kompetenzen des Komitees erstmals so klar und umfassend als möglich darzulegen – von den „laufenden Angelegenheiten“, dem sogenannten „Verwaltungskram“ (*administrativnyj chlam*, S. Ju. Vitte) über Themen, die einen einzelnen Minister überforderten, bis hin zur expandierenden Menge an spezifischen Komiteeangelegenheiten, die von der inneren Sicherheit über wirtschaftspolitische Fragen bis hin zu den Rechenschaftsberichten der Gouverneure reichten. Das zweite Kapitel geht der Positionierung des Ministerkomitees gegenüber den anderen beiden höchsten Gremien des Russischen Reiches nach, dem Staatsrat und dem Senat, die beide am Ende des Jahrhunderts in unterschiedlichen Ausmaßen ins Hintertreffen gerieten; das dritte Kapitel verfolgt dasselbe Anliegen gegenüber den berühmterbüchtigten Sonder-Komitees verschiedener Art. Kapitel vier und fünf schließlich wenden sich den Fragen, Problemen, Überlegungen, Vorhaben, Erwartungen und Ängsten zu, die man in der Sphäre der russischen Spitzenpolitik mit dem Konzept einer „einheitlichen“ bzw. „vereinigten“ Regierung verknüpfte, was das Ministerkomitee ja nie war, aber nach Ansicht reformerischer Kräfte hätte sein können und sollen.

Die Quellenbasis des Buches ist durchaus reich; schade jedoch, dass es auf ein Quellen- und Literaturverzeichnis verzichtet – und man als Leser neben einer knappen Einführung des Verfassers nur die Fußnoten konsultieren kann, die übrigens, was die Sekundärliteratur angeht, recht dünn gehalten sind. Immerhin geht aus der Befußnotung der Befund hervor, dass – trotz der Benutzung von Materialien etwa aus dem Russischen Staatsarchiv – der Autor seinem Ziel einer historischen Technologie der russischen Regierungspraxis über die Gattung der Erinnerungsquellen von Staatsmännern und Beamten am nächsten kommt – sie können die hinter den trockenen Buchstaben der erlassenen Gesetze verborgenen, oft kampfumtosten Vorgeschichten zum Leben erwecken und damit, auch wenn es hier nicht laut tönend

vorgetragen wird, den Fokus von einer Geschichte politischer Entscheidungen zu einer kulturell fundierten Geschichte politischer Aushandlungen verschieben.

Es ist unmöglich, die unterschiedlichen, vielseitigen Beobachtungen und Erkenntnisse Remnëvs hier auch nur annähernd zusammenzufassen – denn mit seiner Analyse des Ministerkomitees legt er gleichzeitig, quasi ‚im Vorbeigehen‘ eine detailgestützte, auswählende Einführung in die politische Entwicklung Russlands in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts vor, die Zwischenräume zwischen einigen bekannten Säulen mit vielen wenig bekannten konkreten Konstellationen füllt. Dass so als Nebenprodukt eine Vielzahl aufschlussreicher Details der russischen Politik zwischen den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts und 1905 zu Tage gefördert wird, ist freilich Stärke und Schwäche zugleich. Stärke, da die Beispiele allesamt sprechend und aussagekräftig sind, Schwäche, da sie immer wieder die konzeptionellen roten Fäden verwickeln, zu Abschweifungen verführen und den Pfad der Stringenz aufzugeben zwingen. Die roten Fäden zu erkennen, macht der Autor seinen Lesern, vor allem den nicht näher mit der Politik des russischen Kaiserreichs befassten, ohnehin schwer durch den Verzicht auf kleinräumige, übersichtliche Gliederung seines Werkes. Schier endlose Großkapitel und -abschnitte ohne zusammenfassende Bündelung machen, in Verbindung mit einer durchweg beispielgestützten Erzähldichte, jeden Versuch, in ein Kapitel nur ‚hineinzulesen‘, von vornherein zunichte. Wer in den Genuss des Ertrages des Buches kommen will, muss es konzentriert und ganz lesen, in einem Stück. Dies empfiehlt sich noch aus

einem anderen Grund: Als versierter Kenner der Regierungspolitik des 19. Jahrhunderts geht Remnëv mitunter recht virtuos mit seinem Untersuchungszeitraum um: Während er an einigen Stellen chronologisch sehr differenziert argumentiert, geht er über die historische Dynamik der Jahrzehnte an anderen Stellen hinweg, wenn es der Argumentation dienlich ist. Dabei wusste Remnëv selbst am Besten, dass auch im scheinbar monolithischen ‚Zarenreich‘ zwischen Jahrzehnten auch schon mal Welten liegen konnten.

Doch diese kritischen Bemerkungen sollen und können in keiner Weise die großen Leistungen dieses Werkes schmälern, das Anatolij Remnëv der Fachwelt als Vermächtnis hinterlassen hat. Es zeichnet uns, ausgehend vom unbemerkt immer wichtiger werdenden Ministerkomitee, ein detailgetreues, anschauliches, bestechend scharfes Bild der russischen Spitzenpolitik, ihrer Charakteristiken und Probleme zwischen Reformzeitalter und Revolution von 1905, die bekanntermaßen die Karten im russischen politischen Geschäft neu verteilte (und dabei dem Ministerkomitee das Ende brachte): Unklare Kompetenzen, schwankende Funktionsverteilung, institutionelle und persönliche Konkurrenzen, informelle Einflussstrukturen, kaiserliche Endentscheidungsrechte, eigene monarchische Vorstellungen, wie Politik zu geschehen habe, schließlich: der persönliche Faktor, dessen enormes Macht- und Gestaltungspotential in stets wechselnden Konstellationen eine der großen Konstanten in der russischen Politik des langen 19. Jahrhunderts blieb.

Matthias Stadelmann, Jena

STANISLAV V. TĬUTĬUKIN: Aleksandr Kerenskij. Stranicy političeskoj biografii (1905–1917gg.). Moskva: Rosspën, 2012. 309 S., 1. Abb. = Ljudi Rossii. ISBN: 978-5-8243-1688-9.

„Ritter der Revolution“, „Löwenherz“, „Sonne und Genius der russischen Freiheit“, „Retter des Vaterlandes“ – so lauteten einige Charakterisierungen und Epitheta, die die russische

Presse im Frühjahr 1917 für Aleksandr F. Kerenskij fand. Mit größerer räumlicher Distanz urteilte dagegen gut einen Monat vor dem Oktoberumsturz Heinrich Cunow, den der Parteivorstand der SPD anstelle des zur USPD gewechselten Karl Kautsky 1917 zum neuen Herausgeber des theoretischen Parteiorgans *Die Neue Zeit* berufen hatte: „Kerenski hat abgewirtschaftet.“

Dieser Zeitraum steht im Mittelpunkt der vorliegende Biographie. Der 1935 in Moskau geborene Historiker Tjutjukin verfolgt in seiner Biographie Kerenskij keinen bahnbrechenden Neuanfang. Theoretische Reflektionen über einen adäquaten biographischen Zugriff fehlen. Zwar hat der Verfasser bereits eine biographische Studie über den „Vater des russischen Marxismus“, Georgij Valentinovič Plechanov, vorgelegt. Gleichwohl beschreitet er Neuland, denn als die bisherigen Schwerpunkte Tjutjukins sind die Revolutionen von 1905 und 1917, die Russische Sozialdemokratie, insbesondere die Menševiki, zu nennen. Diesen thematischen Rahmen erweitert der Verfasser um das Spektrum des *neonarodničestvo*, zu dem die Gruppierungen der *trudoviki* bzw. die Partei der Sozialrevolutionäre zählten. Ihnen fühlte sich Kerenskij zugehörig, ohne aber in der Partei der Sozialrevolutionäre tief verwurzelt zu sein (vgl. S. 117, 175–176, 284–285). Allerdings beschleicht den Leser aufgrund mancher Fehler und Unstimmigkeiten immer wieder der Eindruck, dass das neopopulistische Terrain für den Verfasser eine *terra incognita* ist.

Neben Einleitung und Schluss besteht die Biographie aus neun chronologisch gegliederten Kapiteln. Nach einer detaillierten, kritischen und gelungenen Übersicht über die sowjetische und russische Forschung sowie einem Exkurs über Richard Abrahams 1986 publizierte Kerenskij-Studie erörtert das erste Kapitel Kindheit, Jugend und erste politische Erfahrungen des Protagonisten im Kontext der Revolution von 1905. Hierzu zählte auch sein Wirken als Rechtsanwalt seit Herbst 1904, vor allem als Strafverteidiger in einer Reihe politischer Prozesse. Während der zweite Abschnitt Kerenskij's Tätigkeit als Abgeordneter der *trudoviki* in der IV. Staatsduma vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs thematisiert, behandelt der dritte die Zeit von August 1914 bis zur Februarrevolution. Als glänzender Redner hatte Kerenskij in der Staatsduma ein Forum gefunden, sich zu inszenieren. Indem Tjutjukin ausführlich aus den stenographischen Protokollen der Staatsduma zitiert, gelingt es ihm eindrucksvoll, die parlamentarische Atmosphäre im ausgehenden Zarenreich zur Geltung zu

bringen, aber auch zu illustrieren, wie Kerenskij die Gegebenheiten politisch zu nutzen verstand. Dies galt u. a. für den sog. Aufstand 1916 in Turkestan. Kerenskij, der mehrere Jahre seiner Kindheit in Taškent verlebt hatte, und unmittelbar nach der Niederschlagung die Aufstandsgebiete besucht hatte, rechnet Anfang Dezember 1916 in einer mehrstündigen Duma-Debatte, die allerdings hinter verschlossenen Türen stattfand, eindrucksvoll mit dem *Ancien régime* ab. Einen Teil der von der Duma eingebrachten Gesetzesentwürfe, beispielsweise über die Einführung der *Zemstva* auf *volost*-Ebene, verwirklichte die Provisorische Regierung nach dem Sturz des Zarismus. Dies verweist auf Kontinuitätslinien auch über epochale Zäsuren hinweg. Der vierte Teil behandelt die Tage der Februarrevolution, der fünfte Kerenskij's Doppelrolle als Mitglied des Exekutivkomitees des Petrograder Sowjets und als sozialistischer Justizminister in der Provisorischen Regierung. Das sechste Kapitel beleuchtet seine Anstrengungen als Kriegsminister, als der er allerdings, wie Tjutjukin zeigt, an den Kabinettsitzungen so gut wie nie teilnahm (S. 190); das siebte thematisiert sein Wirken als Premierminister. Die beiden letzten Teile behandeln den „Kornilov-Putsch“ und die politische Agonie der Provisorischen Regierung in den letzten Tagen vor dem Oktoberumsturz.

Die Biographie ist konventionell. Tjutjukins Zielsetzung – etwa die Vertiefung und Erweiterung einer Reihe von Sujets (S. 19) – umfasst nicht einmal eine Seite. Statt die Zeit vor der Februarrevolution stärker zu akzentuieren, für die unser Wissen über Kerenskij's Denken und Handeln erweitert werden könnte, gilt das Interesse vor allem den bereits wiederholt erschöpfend erörterten Monaten Februar bis Oktober 1917. Dabei ist die Materialbasis überschaubar. Mit Ausnahme der grundlegenden Biographie von Richard Abraham findet westliche Literatur keine Berücksichtigung. Auf Archivalien verzichtete der Verfasser vollständig. Weder die Polizeiakten des Moskauer Staatsarchivs der Russländischen Föderation (GARF) noch der im St. Petersburger Russländischen Historischen Staatsarchivs (RGIA) befindliche Bestand der Staatsduma wurden aus-

gewertet. Dasselbe gilt auch für das Gebietsarchiv Saratov und seine Zweigstelle in Vol'sk. Tjutjukin verlegt übrigens Kerenskij's Wahlkreis in das benachbarte Wolgagouvernement Samara (S. 38). Hier hätten u.a. die Materialien der Gendarmerie, der Polizei, aber auch der Wahlbehörden Aufschluss über Kerenskij's Wahl in die IV. Staatsduma geben können. Selbst die Auswertung der Tagespresse der beiden Wolgastädte unterblieb. Dabei gewährt sie nicht nur Einblicke in Kerenskij's Wahlkampf, sondern auch – wie z.B. die *Volž'skaja Žizn'* – in seine Versuche, der Wählerschaft politische Rechenschaft über seine Parlamentsarbeit abzulegen. Dementsprechend ist der Neuwert der Studie gering.

Weitere Defizite kommen hinzu. Wenig überzeugend wirken die krampfhaft anmutenden Versuche Tjutjukins, Berührungspunkte Kerenskij's und Lenins aufzuzeigen, zumal er den tieferen Sinn dieses Ansatzes seinen Lesern vorenthält (S. 4, 6, 19). Wie andere Autoren zuvor verweist Tjutjukin wiederholt auf Kerenskij's Zugehörigkeit zu den Freimaurern, die seiner Vita und seinem Handeln eine geheimnisvoll und verschwörerisch wirkende Aura zuteil werden lassen (S. 41, 293 *et passim*). Einen kausalen Nexus zwischen beidem stellt Tjutjukin aber nicht her. Solange er nicht den Nachweis führen kann, dass freimaurerische Ideale handlungsleitend waren, ergeht sich Tjutjukin in bloßen Spekulationen, aus denen sich kein Erkenntnismehrwert ergibt. Auch verliert sich die Darstellung in Detailbetrachtungen. Aus welchen Gründen auch immer misst Tjutjukin dem Umstand, dass Kerenskij nicht reiten konnte, größere Bedeutung bei (S. 176, 191). Hinzu kommen unglückliche Formulierungen: Dass Stolypin 1911 einem Attentat zum Opfer fiel, ist unbestritten, ob der Mörder hingegen ein „Terrorist“ war, wäre noch zu klären (S. 39). Das nach der Februarrevolution erscheinende Zentralorgan der PSR *Delo Naroda* bezeichnet Tjutjukin als „linkssozialrevolutionär“ (S. 280, 284). Schon ein Blick auf das Redaktionskollegium hätte ihn eines Besseren belehren können. Im Übrigen unterschieden sich die dort abgedruckten Artikel in Inhalt und Wortlaut deutlich von denen zeitge-

nössischer linkssozialrevolutionärer Periodika wie des *Socialist-Revoljucioner* in Helsingfors, anfänglich des Petrograder Organs *Zemlja i Volja* oder später des *Znamja Truda*.

Kerenskij entfachte, und dies rühmten zahlreiche Zeitgenossen, rhetorische Feuerwerke. Was aber nach dem Oktoberumsturz 1917 von Kerenskij und der Provisorischen Regierung politisch blieb, war ein Häuflein Asche. Das Urteil über die vorliegende Biographie fällt weniger entschieden aus. Sie hat durchaus ihre verdienstvollen Seiten. Der Stil ist flüssig. Vor allem Kapitel 2 und 3 sind ansprechend. Allerdings hätte zum besseren Verständnis der Rahmenbedingungen des politischen Handelns in der Staatsduma die parlamentarische Geschäftsordnung stärker berücksichtigt werden müssen, um zu verdeutlichen, dass die Abgeordnetenimmunität insgesamt und der Handlungsspielraum vor allem sozialistischer Abgeordneter nach dem Staatsstreich Stolypins vom 3. Juni 1907 beträchtlich eingeschränkt waren. Seit dem Zusammentreten der III. Staatsduma stellten der Dumavorsitzende und die rechtsliberal-konservative Mehrheit die formale Gleichheit der Abgeordneten in Frage. Die gegen linksliberale und linke Abgeordnete verhängten Ausschlussstrafen für ungebührliches Verhalten waren häufiger und länger als für rechte Abgeordnete. Dies war eine Folge der Mehrheitsverhältnisse, weil das Plenum über einen Ausschluss abstimmen musste. Gleichwohl spricht manches dagegen, dass ideologische Differenzen einen Modus vivendi verhinderten. Konstruktive Dialoge und lagerübergreifende Abstimmungsergebnisse kamen auch in der Staatsduma vor und sind durchaus als ein wichtiges Indiz gegen die hier von Tjutjukin in Anlehnung an Haimsons vertretende These der sozialen Polarisierung zu werten (S. 43, 290).

Insgesamt lässt die Biographie viele Fragen offen. Mit dem Streben Kerenskij's, die Interessen von Proletariat und Bourgeoisie auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen, erklärt Tjutjukin dessen politisches Scheitern. Ein solches Ansinnen, so Tjutjukin, gleicht einer Quadratur des Kreises. Lenin habe dies schnell erkannt (S. 291). Allerdings zeigt die Geschichte der

Staaten, die in der Zeit des Ersten Weltkriegs keine revolutionäre Zäsur erfuhren, dass Kompromisse zwischen antagonistischen Gesellschaftsgruppen durchaus möglich waren. Wer aber von einer teleologischen und gesetzmäßi-

gen Entwicklung aller Geschichte ausgeht, wird dies nicht eingestehen können.

Lutz Häfner, Göttingen

DANIEL FURRER: Soldatenleben. Napoleons Russlandfeldzug 1812. Paderborn, München, Wien [usw.]: Schöningh, 2012. 328 S., zahlr. Abb. ISBN: 978-3-506-77408-8.

Vorweg ein ausdrückliches Bekenntnis zu populärwissenschaftlichen Geschichtsbüchern. Sie können ein historisch interessiertes Publikum an ein Thema heranführen und die weite Kluft zwischen televisionärem Histotainment und akademischen Werken überbrücken helfen. Sie eignen sich auch dazu, dem Studierenden und selbst dem versierten, aber noch nicht in die Thematik eingearbeiteten Historiker einen ersten Überblick zu verschaffen. Deshalb trägt der populärwissenschaftliche Autor besondere Verantwortung. Er muss im Detail zuverlässig informieren, braucht ein sicheres Gespür zur Unterscheidung von zentral und nebensächlich, darf sich weder in der akademischen Diskussion noch im Anekdotischen verlieren und muss sein Publikum durch einen gut lesbaren Stil und eine interessante Erzählung für das Thema gewinnen. Daniel Furrer führt uns in diesem Buch vor, wie man diese Zwecke gründlich verfehlen kann.

Sein Werk reiht sich in die große Zahl der aus Anlass des 200. Jahrestags von Napoleons gescheiterter Russlandinvasion verfassten Bücher ein. Mit solchen Publikationen folgen die Verlage einem ungeschriebenen Gesetz, dessen Sinnhaftigkeit hier nicht diskutiert werden soll. Sehr wohl aber stellt sich die Frage, wieso ein Thema einem Autor anvertraut wird, der bislang v.a. durch thematisch sinnig aufeinander bezogene „Kulturgeschichten“ des „Trinkens und Betrunkens“ (2010) sowie des „stillen Örtchens“ (2004) auf sich aufmerksam gemacht hat, nicht jedoch durch besondere Sachkenntnis im Bereich der napoleonischen Epoche. Wenn ein Buch zudem so offenkundig in großer Hast und ohne kundiges Lektorat ver-

fasst wird, dann ist die publizistische Katastrophe ebenso vorhersehbar wie das Scheitern der *Grande Armée* im russischen Winter.

Dabei sind Anliegen und Ansatz des Autors aller Ehren wert. Er möchte keine weitere politische oder militärische Geschichte des Russlandfeldzugs schreiben, sondern das subjektive Erlebnis aus der Perspektive von Zeitzeugen auf der Grundlage der von ihnen verfassten Egodokumente (Briefe, Tagebücher und Memoiren) rekonstruieren. Dazu hat er 28 solcher Quellen ausgewählt, die er in längeren Passagen wörtlich zitiert und mit eigenen Kommentaren versieht. Allein zehn von Furrers Gewährsleuten sind Schweizer Soldaten in napoleonischen Diensten. Dass Furrer diese eidgenössische Perspektive besonders betont und wiederholt auf die Tradition der schweizerischen Söldner und auf die daraus abgeleitete eidgenössische Geschichtspflege eingeht, ist an und für sich kein Problem des Buches, sondern mag als erfrischender Blickwinkel gelten.

Weitere sechs Dokumente stammen von „Deutschen“, acht von Franzosen, darunter so bekannten napoleonischen Zeitzeugen wie Bourgonne, Caulaincourt, Larrey, Marbot und Ségur; hier also keinerlei Überraschungen. Völlig unerfindlich ist hingegen die Kategorisierung von vier zusätzlichen Zeitzeugen als „Beobachter“. Christian Wilhelm Faber du Faur zum Beispiel, berühmt für seine zeichnerische Dokumentation des Russlandfeldzugs, war württembergischer Artillerieoffizier schweizerischer Abstammung, ein Bewunderer Bonapartes und als solcher alles andere als ein neutraler „Beobachter“. Selbiges gilt für Sir Robert Wilson, der sich als britischer Verbindungsoffizier im russischen Stab aufhielt und ein notorischer Intrigant war; seine Charakterisierung als „einer der objektivsten Augenzeugen dieses Feldzugs“ (S. 39) ist nur eine von zahlreichen haarsträubenden Fehleinschätzungen.

Ins Auge fällt, dass die russländische Seite gleich gar nicht repräsentiert ist bzw. diese Perspektive außer von Wilson von dem unter die „Deutschen“ eingereihten Carl von Clausewitz (1812 im Stab eines russischen Korps) vertreten werden muss. Ein mit „Leiden der Zivilbevölkerung“ überschriebenes Kapitel (S. 265–276) wirkt wie ein nachgeschobenes Alibi; denn geschildert wird lediglich die Plünderung von zwei im Baltikum gelegenen Gutshöfen aus der Sicht des kommandierenden schweizerischen Offiziers Thomas Legler. Tatsächlich aber bleibt die russländische Sichtweise – zivil wie militärisch – im gesamten Buch praktisch ausgespart, das sich damit in die ältere Tradition frankozentrischer Darstellungen des Jahres 1812 einreihet.

Das vielleicht interessanteste der zitierten Zeitdokumente sind die nachträglich redigierten Tagebuchaufzeichnungen der Luzernerin Katharina Peyer (1790–1876), die als Frau eines Schweizer Militärmusikers bis nach Polock kam und die Flucht von dort heimwärts schildert. Allerdings sind diese Memoiren bereits 1987 ediert worden, also genauso wenig eine Neuentdeckung wie die übrigen Dokumente (INGE SPRENGER VIOL: Katharina Morel. Die Geschichte einer Luzernerin, die auszog, das Fürchten zu lernen. Luzern 1987).

Stellvertretend für zahlreiche irreführende oder nachgerade grotesk falsche Angaben sei hier nur auf drei Stellen verwiesen. Furrer schreibt, 1812 hätten 296.000 ausländische (also nichtfranzösische) „Söldner“ in Diensten Napoleons gestanden (S. 57); dies stimmt natürlich nur dann, wenn man sämtliche Soldaten der mit Frankreich (zwangs-) verbündeten Staaten als „Söldner“ bezeichnet (tatsächlich handelte es sich aber in der Mehrheit um eingezogene Gestellungspflichtige). Eine Faber-du-Faur-Zeichnung ist mit der Unterschrift „Einquartierung“ versehen (S. 106); tatsächlich aber ist der Einzug von Fourageuren in ein Feldlager aus improvisierten Hütten zu sehen, also eben keine „Einquartierung“ (d.h. Unterbringung bei der Zivilbevölkerung). An anderer Stelle wird bei der zeitgenössischen Beschreibung eines Nahkampfes das Wort *briquets* vom Autor mit „Feuerstein“ erklärt (S. 234);

sollen wir darunter etwa einen Rückfall in das Faustkeitalter verstehen? (In Wahrheit geht es natürlich um den *sabre briquet*, d.h. den Kurzsäbel der Infanterie.)

Fehlende Sachkompetenz ist nicht einmal das Hauptproblem dieses Buches. Es verdirbt den Spaß an der Lektüre und konterkariert den Zweck der Populärwissenschaft, indem es sich nicht zwischen chronologischer und thematischer Anordnung entscheidet und überhaupt völlig desorganisiert ist. Bevor der Autor endlich auf seinen eigentlichen Gegenstand zu sprechen kommt, wird der Leser in zwei weit-schweifigen Kapiteln mit der Entwicklung Europas seit Ausbruch der Französischen Revolution, der Rolle Napoleons und den Koalitionskriegen traktiert. Auch nachdem die *Grande Armée* endlich den Nemen überschritten hat, setzt sich das konfuse Springen zwischen Zeiten und Orten fort. Das geschieht nicht nur innerhalb des Russlandfeldzugs, bei dem Napoleons Truppen ständig zur selben Zeit vorrücken und sich zurückziehen (wenn der geneigte Leser überhaupt noch folgen kann, an welchem Ort und in welcher Zeit er sich gerade befindet). Der thematische Rahmen wird im Zweifelsfall völlig aufgegeben, um willkürliche Hinweise auf andere Kriegsschauplätze (gerne Spanien) und andere Zeiten (gerne den Zweiten Weltkrieg) einzustreuen. Wo eine Deutung aus dem Verständnis des Zeitalters kommen müsste, folgen Platitüden im Stile von: „Wenn Hass keine Grenzen mehr kennt, hat Menschlichkeit keinen Platz“ (S. 154), oder: „Nur wer das Einzelne zu sehen vermag, kann auch das Allgemeine zu erfassen suchen“ (S. 256). Bei allem Gerede über die Tücken der Erinnerung und Mythenbildung sitzt der Autor ihnen selbst auf (Beispiel S. 274: die Russen hätten den Feldzug als „nationalen Krieg“ geführt, Begründung: seine Bezeichnung als „Vaterländischer Krieg“ in der russischen Geschichtsschreibung!). Und wo eine abschließende Bilanz auf der Grundlage der neueren Forschung zu ziehen wäre, führt der Autor sprachlich holprige Spiegelfechtereien über „Heldenverehrung“ oder den „Wert der Erinnerung“ mit Autoren, deren Schriften 1912 oder in den fünfziger Jahren erschienen sind.

Wenn eine Lehre aus diesem völlig missglückten Buch zu ziehen ist, dann die, dass sich deutschsprachige Historiker endlich an ihren anglophonen Kollegen ein Vorbild nehmen und selbst die schwierige populärwissenschaftliche Arbeit in die Hand nehmen sollten. Diese

darf nicht schriftstellernden Laien überlassen bleiben, sondern muss mit demselben Sachverstand betrieben werden wie die akademische Forschung. Alles andere gewinnt unserem Fach keine neuen Leser.

Andreas R. Hofmann, Leipzig

Allgemeine Rezensionen | Nach Perioden, Ländern, Themen

SYLVIA HAHN: Historische Migrationsforschung. Frankfurt a.M., New York: Campus, 2011. 233 S. = Historische Einführungen, 11. ISBN: 978-3-593-39398-8.

Ausgehend von der Überlegung, dass Menschen immer in Bewegung waren und ihre Mobilität dabei weder an regionalen noch nationalstaatlichen Grenzen endete, steht im Mittelpunkt der Untersuchung die Migration von sozialen Gruppen, Familien bzw. Berufsverbänden, ohne dass darüber aber die individuelle Perspektive, das Einzelschicksal aus den Augen verloren würde (S. 13).

Die Darstellung, die ein Plädoyer für die Verzahnung mikro- und makrohistorischer Untersuchungsebenen ist, besteht aus neun Kapiteln. Diese weisen eine – allerdings im Inhaltsverzeichnis nicht ausgewiesene – sehr kleinteilige Binnenstruktur mit bis zu acht Unterpunkten auf. Das erste Kapitel versucht in einem Längsschnitt von den Anfängen menschlicher Zivilisation bis in die Gegenwart die Bedeutung von Mobilität und Migration zu verdeutlichen. Dabei formuliert die Überschrift *Homo* und *femina migrans* eines der Kernanliegen der Verfasserin: Sie plädiert für eine genderspezifische Analyse der Migrationsvorgänge. Die Rolle der Frau, so die These, beschränkte sich keineswegs darauf, bloß an der Seite ihres Mannes mitzuziehen. Im zweiten Abschnitt werden Begriffe, Typologien, Theorien und Definitionen der Migration vorgestellt. Für ihre eigenen Ausführungen rekurriert die Verfasserin zum einen auf die Definition der Vereinten Nationen, die unter Migration einen die Grenzen eines politischen Bezirks überschreitenden dauerhaften Wohnortwechsel mit der Mindestdauer

er von einem Jahr versteht. Zum anderen bezieht sie sich auf den deutschen Historiker Peter Marschalck, der eine weite und eine enge Definition von Migration vorschlägt. Demnach ist unter Migration im engeren Sinne jede Ortsveränderung unter Ausschluss von Dienst-, Erholungs- oder Studienreisen, aber einschließlich des Nomadisierens oder Pendelns zu verstehen oder im weiteren Sinne jede „Ortsveränderung mit dauerhaftem Wechsel des Wohnortes“ (S. 25–26). Darüber hinaus stellt die Verfasserin verschiedene Typologierungsangebote der Migration vor: Dazu zählen die regionale, die sich maximal bis zu 50 km vom Ausgangspunkt entfernende Kurzstrecken-, die Langstrecken-, die Etappen-, die temporäre bzw. saisonale Migration, die Zwangs-, die zirkuläre, die Ketten- oder die Karrieremigration. Sie betont mit Rekurs auf den US-Historiker und Soziologen Charles Tilly die Bedeutung sozialer Netzwerke, die, positiv gewendet, ein Band der Solidarität sein können, negativ aber durch Formen der In- und Exklusion soziale Ungleichheit schaffen respektive zementieren können (S. 27 ff.). Bei den Theorieangeboten zur Migration unterscheidet die Verfasserin zunächst im Wesentlichen zwei Schulen, nämlich eine ökonomische und zweitens eine, die eher auf politische bzw. soziokulturelle Aspekte als Ursachen der Migration abhebt. Dieser Teil leitet zum dritten und umfangreichsten Kapitel über. Unter dem Titel *Schreiben über Migration* geht es einerseits um unterschiedliche Formen des Quellenzugriffs, die für migrationsgeschichtliche Untersuchungen fruchtbar gemacht werden können, von Melderegistern, über Polizey-Ordnungen, Pfarrmatrikel bis hin zu Bevölkerungsstatisti-

ken, sowie um Forschungskonjunkturen und wesentliche Forschungsimpulse. Andererseits wird unter Rückgriff auf Aussagen des zweiten Kapitels die wissenschaftliche Migrationsforschung des 19. und 20. Jahrhunderts mit ihren wichtigsten Exponenten und Hauptströmungen von der der historischen Schule der Nationalökonomie über soziologische bis hin zu bevölkerungswissenschaftlichen Herangehensweisen vorgestellt. Bei diesen Ausführungen handelt es sich um ein Kondensat des zweiten Kapitels der 2008 in Göttingen unter dem Titel *Migration – Arbeit – Geschlecht: Arbeitsmigration in Mitteleuropa vom 17. bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts* erschienenen Salzburger Habilitationsschrift. Die beiden folgenden Kapitel sind zeitlich gerahmt, folgen aber gleichwohl einem systematischen Zugriff. Der vierte Teil widmet sich der Migration unterschiedlicher sozialer Gruppen von den Kaufleuten und ihrem Handel über das Handwerk, den Adel bis hin zu Studenten und Künstlern im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit. Der fünfte Abschnitt behandelt vor allem die ethnokonfessionelle Ausweisung und Vertreibung von Juden und Protestanten, aber auch die politisch motivierten Vertreibungen respektive Emigrationen von Adligen bzw. Radikalen in revolutionären Kontexten von der Frühen Neuzeit bis zum Ende des 19. Jahrhunderts. Das sechste und siebte Kapitel untersuchen die Arbeitsmigration von Kindern und Jugendlichen bzw. von Frauen. Das vorletzte thematisiert die europäische Binnenmigration im 19. Jahrhundert. Die Verfasserin verdeutlicht, dass Migration im Zusammenhang der Industrialisierung und der Erweiterung des Dienstleistungssektors zu einem guten Teil auch in Fabrikdörfer oder Kleinstädte stattfinden konnte. Das Schlusskapitel ist den Migrationen des 20. Jahrhunderts gewidmet: Während die Zwangsrekrutierung von Arbeitskräften durch das Dritte Reich in den Blick rückt, verliert die Verfasserin leider kein Wort über die unterschiedlichen Zwangsmigrationen in der stalinistischen Sowjetunion.

Insgesamt thematisiert die Darstellung im Gefolge von Adam McKeown, Donna Gabaccia und Dirk Hoerder globalgeschichtliche Aspekte der Migration, ohne allerdings *expressis*

verbis einem globalgeschichtlichen Anspruch verpflichtet zu sein. Dieser wäre auch nur schwerlich mit einem deutlich auf Mitteleuropa liegenden Schwergewicht und der besonderen Berücksichtigung Österreichs – die Verfasserin lehrt an der Universität Salzburg – in Einklang zu bringen. Osteuropa im Allgemeinen und Russland im Besonderen werden nur kurz thematisiert, wichtige Literatur, beispielsweise Martin Pollacks bemerkenswerte Studie über die transatlantische Emigration aus Galizien, die einschlägigen Darstellungen von Jeffrey Burds oder Robert Eugene Johnson über die bäuerliche Arbeitsmigration – vor allem in die Metropolen – Angela Rustmeyers Werk über Dienstboten in St. Petersburg und Moskau oder auch die Monographie Donald W. Treadgolds über die transuralische Migration im Zarenreich fehlen. Einmal mehr ist zu bedauern, dass dieser weder kleine noch unbedeutende Teil der Welt keine Berücksichtigung gefunden hat. Dass bei einem Gesamtumfang von 233 Seiten nicht alles behandelt werden kann, ist verständlich. Ob die Österreich akzentuierende Schwerpunktsetzung der Verfasserin den Verzicht, Migrationen in Osteuropa zu erörtern, rechtfertigt, scheint fraglich. In meinen Augen handelt es sich um einen konzeptionellen Fehler.

Dennoch überwiegen die positiven Aspekte: Das Layout ist sehr übersichtlich. Regesten erlauben eine schnelle Orientierung. Darüber hinaus verweist das Werk immer wieder auf vom Verlag im Internet bereitgestellte „Ergänzungen zum Buch“ (vgl. S. 29). Die Darstellung ist ebenso informativ wie konzis und wird – abgesehen von dem bereits erwähnten Monitum – ihrem Anspruch, in die historische Migrationsforschung einzuführen, insgesamt gerecht. Der systematische Zugriff ist allerdings vor Wiederholungen nicht gefeit. Global- bzw. weltgeschichtliche Aspekte finden sich beispielsweise im 3. Kapitel auf den Seiten 56 und 64. Diese jeweils kurzen Ausführungen hätten durchaus zusammengefasst werden können. Dasselbe gilt für die Transkulturalität, die im zweiten, dritten und vierten Kapitel erwähnt wird. Nichtsdestoweniger handelt es sich um eine gut lesbare, informative Darstellung, deren

Lektüre allen, die sich schnell einen Überblick über historische Migrationsforschung verschaf-

fen möchten, zu empfehlen ist.

Lutz Häfner, Göttingen

Rol' gosudarstva v istoričeskom razvitii Rossii – The Role of the State in the Historical Development of Russia. Materialy mezhdunarodnoj naučnoj konferencii budapeštskogo Centra Rusistiki ot 17–18 maja 2010 g. – Materials of the International Historical Conference at the Centre for Russian Studies in Budapest, 17–18 May, 2010. Redaktor Djula Svak – Edited by Gyula Szvák. Budapest – Budapest: Russica Pannonicana, 2011. 345 S., Abb. = Knigi po rusistike, 27. ISBN: 978-963-7730-63-4.

Dass der Staat und seine Ausgestaltung für die Geschichte Russlands nicht nur eine wichtige, sondern eine zentrale Rolle gespielt hat und immer noch spielt, ist wohl unbestritten. Daher darf das Thema des vorliegenden Sammelbandes der Aufmerksamkeit unserer Fachwelt gewiss sein. Er vereinigt dreißig Aufsätze von Russlandhistorikerinnen und -historikern vornehmlich aus Ungarn und Russland, vereinzelt aber auch aus Argentinien, China, Großbritannien, Tunesien und den USA. Publikations-sprachen sind Russisch und Englisch.

Einige Beiträge widmen sich der Begrifflichkeit von Staat (*gosudarstvo*) und Staatlichkeit (*gosudarstvennost'*), wobei insbesondere CLAUDIO INGERFLOM die Problematik hervorhebt, die sich aus der Inkongruenz von moderner Begrifflichkeit und den Herrschaftssystemen der Vergangenheit ergibt (S. 215–232). Eine besondere Stärke der Themenauswahl besteht darin, dass der gesamte Zeitraum vom frühen Mittelalter bis zur Gegenwart ziemlich gleichmäßig abgedeckt wird. Das inhaltliche Spektrum ist breit, doch einige Beiträge können nur mit viel Fantasie dem Kernthema zugerechnet werden. Da die Aufsätze etwas erweiterte Kurzreferate präsentieren, hat dies zur Folge, dass die meisten eher plakativ gehalten sind. Der Redaktor Gyula Szvák hat leider darauf verzichtet, in einer Schlussbilanz so etwas wie einen Ertrag der Konferenz zu formulieren. Vom wissenschaftlichen Gehalt her findet sich unter den Beiträgen zum eigentlichen Thema Belangloses ne-

ben erstaunlich vielen Redundanzen von bereits Bekanntem. Dies gilt vor allem für das Mittelalter. Ich werde daher nur diejenigen Beiträge vorstellen, die aus meiner Sicht wissenschaftlichen Neuwert oder Diskussionsstoff bieten.

Ich beginne gleich mit dem zuletzt genannten Themenbereich: GÁBOR GYÓNI gibt einen Überblick über die widersprüchliche Darstellung Groß-Novgorods in der russländischen Historiographie der letzten fünfundzwanzig Jahre (S. 52–61); allerdings bleibt dieser russozentrische Forschungsbericht wissenschaftlich letztlich unfruchtbar, weil er die Ergebnisse der ungemein reichhaltigen und viel weiter ausgreifenden westlichen Novgorodforschung ausblendet (Granberg, Leffler, Mumenthaler, Sevastyanova). Dafür verdienen drei Beiträge zum Moskauer Verwaltungssystem der frühen Neuzeit Beachtung. D.V. LISEJCEV legt eine quellenbasierte Analyse der viel gescholtenen Umständlichkeit der Moskauer Prikaz-Verwaltungen des frühen 17. Jahrhunderts vor und kommt zu dem Ergebnis, dass sie ihr Arbeitstempo der Dringlichkeit der Fälle anpassten, die sie zu bearbeiten hatten (S. 121–132). A.P. PAVLOV führt das Thema für die erste Hälfte des 17. Jahrhunderts weiter, konzentriert sich aber auf die Verwaltungsebene der Djaken; er vermag zu zeigen, dass mit der starken Vermehrung der Djaken im 17. Jahrhundert und der zunehmenden Berücksichtigung niedrigerer Adelsgruppen und sogar Nichtadliger Sozialprestige und Einfluss des Djakentums zurückgingen und es immer weniger als Sprungbrett für eine Karriere am Moskauer Hof zu dienen vermochte (S. 142–153). Den dritten Beitrag zur Verwaltungsgeschichte steuert D.A. REDIN bei – diesmal zur unteren Ebene der Provinzialverwaltungen vom ausgehenden 17. bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts (S. 190–202); am Beispiel von zwei Kreisstädten verfolgt er die soziale Formierung der unteren Verwaltungskader, die im nordrussischen Chlynov vor allem von Angehörigen der Posadelite mono-

polisiert, im sibirischen Tjumen' mit seiner stärker militärisch geprägten Sozialstruktur hingegen von den unterschiedlichsten Gruppen, auch dem unteren Dienstad, angestrebt wurde; allen gemeinsam war allerdings das Interesse an den Möglichkeiten zur persönlichen Bereicherung, die selbst die schlecht bezahlte Position des Untersekretärs (*pod'jačij*) bot. IRINA GLEBOVA versucht den postsowjetischen Staat mit Kategorien zu beschreiben, die sich in der russischen Staatsgeschichtsschreibung finden lassen. Die passendste Analogie sieht sie im Konzept des «Hof-Staates» (*dvorcovoe gosudarstvo*), welches sich anhand der Beschreibungen des nachpetrinischen russländischen Staatssystems durch Vasilij Ključevskij entwickeln lässt (S. 314–330). Für sie bewegt sich das Putinsche Russland daher weniger zurück in Richtung Sowjetunion, sondern noch weiter rückwärts zum Hofschranzenfilz des 18. Jahrhunderts. TAMÁS KRAUSZ interessiert sich für die unterschiedlichen Konzepte, mit denen Politische und Geschichtswissenschaften den Systemwechsel der Jahre 1989 bis 1991 in den kommunistisch regierten Ländern Europas zu hinterfragen suchen (S. 331–342). Den aus meiner Sicht aufschlussreichsten Beitrag verdanken wir dem Pekinger Politologen HUAN LIFU (S. 292–304). Er analysiert Meinungsumfragen von 2003 in Russland, welche die Einschätzung der Stärken und Schwächen der verschiedenen Perioden Russlands vom späten Zarenreich bis zur Gegenwart erfassen sollten. Dabei herausgekommen ist ein sehr differenziertes Geflecht von Beurteilungen, die schlussendlich in einer widersprüchlichen Bevorzugung von Brežnev- und Putinzeit gipfeln – der ersteren wegen der

sozialen Sicherheit, der letzteren wegen der individuellen beruflichen Entfaltungs- und Verdienstmöglichkeiten. In dieser Paradoxie spiegelt sich, dass die Menschen Russlands immer noch stark sowjetfixiert sind, aber eine Variante des Machtstaates bevorzugen, die ihnen mehr individuelle Möglichkeiten zur materiellen Verbesserung ihrer Lebenssituation bietet; demokratische Werte spielen dabei eine nachgeordnete Rolle.

Bei allem Kreisen um die konkreten Ausprägungen von *gosudarstvo* und *gosudarstvennost'* in der Geschichte Russlands ist den Autorinnen und Autoren (mit gewisser Ausnahme des Beitrags von JU. S. PIVOVAROV: Zur historischen Besonderheit der russischen Macht, S. 203–214) eines entgangen: Sie heben zwar hervor, dass Staatsbegriff und Staatsverständnis in Russland sich vom Herrscher (*gosudar'*) herleiten, während der westeuropäische Begriff des Staates dem lateinischen *status* („Stand“, „Zustand“, „Ordnung“) entspringt und damit etwas Überpersonales meint. Doch die russische Umgangssprache gebraucht für den Staat anstelle von *gosudarstvo* die viel schärfere Bezeichnung *vlast'* (Macht) und für die Staatsträger *vlasti* (Machthaber). Wer seinen Staat aber als Macht kategorisiert, sieht sich selber als machtlos. Dieser politische Dualismus von Macht und Ohnmacht, der die ganze russische Geschichte der Neuzeit durchzieht, hat sich im Putin-Russland wieder akzentuiert – aber wohl nicht mehr für die Ewigkeit, denn zumindest in den Millionenstädten haben die Machtlosen zeitweise begonnen, sich zu wehren.

Carsten Goehrke, Zürich

INKEN DOSE: Nationale Minderheiten im Ostseeraum. Geschichte und Gegenwart, Identität und territoriale Anbindung. Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag, 2011. 490 S., 25 Graph., 20 Tab. = The Baltic Sea Region: Northern Dimensions – European Perspectives / Die Ostseeregion: Nördliche Dimensionen – Europäische Perspektiven, 14. ISBN: 978-3-8305-1879-2.

Die vorliegende Dissertation versucht, ein ambitioniertes Projekt umzusetzen, den Vergleich von nationalen Minderheiten in fünf Ostseerainernstaaten. Hierbei überschreitet die Autorin die Grenzen der Nordischen bzw. der Osteuropastudien, indem sie Dänemark, Estland, Finnland, Lettland und Schweden in ihrem Sample erfasst und unter verschiedenen Aspekten untersucht. Das Ergebnis liest sich stellenweise recht interessant und der Verfasserin sind man-

che wichtigen Beobachtungen gelungen, doch leider ist das Vorhaben insgesamt eher als gescheitert zu betrachten.

Eine Grundlage ihrer Arbeit ist die Auswertung der Fachliteratur, doch die Autorin beherrscht nur zwei von fünf Landessprachen, nämlich Dänisch und Schwedisch, sowie nur zwei von fünf Sprachen der jeweils betrachteten nationalen Minderheiten, Deutsch und Schwedisch. Im Literaturverzeichnis überwiegen englischsprachige Titel, an zweiter Stelle stehen deutschsprachige sowie, weit abgeschlagen, einzelne dänisch- und schwedischsprachige Aufsätze und Bücher. Damit hat die Verfasserin keinen Zugang auf estnisch-, finnisch-, lettisch- oder russischsprachige Literatur oder Quellen wie Regierungsberichte, Zeitungsartikel usw. Aber selbst wichtige Standardwerke auf Englisch hat sie nicht berücksichtigt. Die Ursache liegt natürlich nicht nur an fehlenden sprachlichen Kenntnissen. Wer die Minderheiten in fünf Nationalstaaten in ihrer Geschichte und Gegenwart erforschen möchte, braucht auch ein tiefergehendes landeskundliches Grundlagenwissen. Das Projekt war in der Anlage offenbar viel zu ambitioniert und die fehlenden Sprach- und landeskundlichen Kenntnisse schlagen sich im Fließtext dann in zahllosen Fehlern, Missverständnissen und Oberflächlichkeiten nieder. Dem Rezensenten sind sie besonders bezüglich Estlands und Lettlands aufgefallen, offensichtlich ist der nordische Teil der Arbeit solider recherchiert, wenn auch bezüglich der finnischen Fallstudie gewisse Zweifel aufkommen.

Eine weitere Grundlage der Dissertation war eine gründliche Umfrage unter den Vertretern der Minderheiten in ihrer jeweiligen Muttersprache, von der 143 Fragebögen ausgefüllt wieder zurückkamen und ausgewertet worden sind. Auf diese Umfrage bezieht sich die Autorin wiederholt, um Unterschiede zwischen den Ländern herauszuarbeiten; sie muss aber selbst zugeben, dass die Umfrage bei weitem nicht repräsentativ war und vor allem Personen mit höheren Bildungsabschlüssen übermäßig stark vertreten sind. Lassen sich auf Basis von meist weniger als 30 nichtrepräsentativen Fragebögen je Land tatsächlich weiterführende Schlüs-

se ziehen? Kann man aus diesen ‚Daten‘ wirklich die zahllosen Grafiken und Tabellen ableiten, die auf eine Stelle hinter dem Komma genau Prozentangaben bieten? Die Ergebnisse dieser Umfrage können doch höchstens einen illustrierenden Charakter haben, ebenso wie die ausgesprochen wenigen Experteninterviews, die Dose durchgeführt hat.

Auf der Negativseite finden wir also ein mitunter nicht sehr gelungenes und stark selektives Referieren der Literatur sowie von der Verfasserin erhobene Daten von eher geringem Gebrauchswert. Hinzu kommen Tippfehler, schwer entzifferbare Grafiken und zweifelhafte Transliterationen aus dem Russischen wie Jychvi anstelle von Jõhvi (S. 359). Das Hauptproblem ist allerdings, dass dieses Projekt für eine Dissertation einfach zu umfangreich ist, um es im Laufe einiger Jahre angemessen behandeln zu können. Doch es gibt auch eine positive Seite. Die Autorin hat ihre Arbeit klar strukturiert, sie schreibt eine gut verständliche Prosa und bereitet insgesamt die Materialfülle gelungen auf. Besonders zu loben ist der Vergleich von fünf so unterschiedlichen Staaten mit der kleinen deutschen Minderheit in Nordschleswig, den erst seit etwas mehr als einem Jahrzehnt als Minderheit anerkannten Finnischsprachigen in Schweden, der russischsprachigen Minderheit in Estland und Lettland und schließlich den Finnlandsschweden in Finnland.

Nach einer knappen Einleitung widmet sich die Autorin erst einmal dem Minderheitenbegriff und seinen verschiedenen Definitionen sowie anschließend dem Verhältnis von Staat, Nation und Region. Anschließend geht sie auf die grundsätzliche Fragen der Identität ein. Das folgende Kapitel stellt einen historischen Überblick der untersuchten Länder seit dem Mittelalter dar, der stark von politischer Geschichte, aber auch Fehlern und Ungenauigkeiten geprägt ist. Hier wären weniger historische Ereignisse als vielmehr auch Einblicke in die Sozial- und Kulturgeschichte gefragt, um die Situation der Minderheiten in den untersuchten Ländern besser verstehen zu können. Im umfangreichsten Kapitel stellt die Autorin schließlich die einzelnen Minderheiten, wichtige Regelungen der jeweiligen Minderheitenpolitik so-

wie die Interessenvertretungen der Minoritäten vor. Auch hier gibt es zahlreiche Ungenauigkeiten. Schließlich fragt die Verfasserin nach der territorialen Anbindung der Minderheiten, der Bedeutung der Ostseeregion und der Europäischen Union. Im Anhang finden sich die Ergebnisse der Umfrage.

Inken Dose breitet umfangreiches Material für einen Vergleich aus, das macht die Arbeit interessant. Doch angesichts der zahlreichen Fehler und Ungenauigkeiten sowie der fehlenden Repräsentativität der Umfrage weiß der Leser nicht, wann er der Darstellung und den Folgerungen der Autorin trauen kann und wann nicht. Weiterhin besteht die Frage, ob die russischsprachige Minderheit in Lettland (34 % der Bevölkerung) wirklich mit der deutschen Minderheit in Dänemark mit ihrem Anteil von 0,1–0,2 % vergleichbar ist. Faszinierend ist das Herausarbeiten von Unterschieden innerhalb

der Gruppe der nordischen Länder und innerhalb derjenigen der baltischen Staaten. Explizit verwirft die Autorin die These einer größeren Ähnlichkeit der Minderheitensituation innerhalb der nordischen oder der baltischen Region und verweist beispielsweise auf Gemeinsamkeiten des schwedischen und lettischen Falls (S. 327). Dies wäre ein sehr schönes Ergebnis einer Untersuchung, wenn der empirischen Grundlage weitgehend zu trauen wäre.

Abschließend gesagt ist diese Arbeit nicht für eine studentische Leserschaft zu empfehlen. Ein Fachmann mag an einigen Stellen Neues und Spannendes insbesondere bezüglich des Ländervergleichs finden, sich an anderer Stelle aber über die vielen Unzulänglichkeiten ärgern. Das Thema war zu umfangreich für eine Dissertation.

Olaf Mertelsmann, Tartu

Warfare in Eastern Europe, 1500–1800. Edited by Brian L. Davies. Leiden, Boston: Brill, 2012. VI, 364 S. = History of Warfare, 72. ISBN: 978-90-04-22196-3.

An (west-) deutschen Universitäten gehörte die Militärgeschichte zwei Generationen lang nicht gerade zum Kerncurriculum. Die Militärgeschichte Osteuropas dürfte aber selbst in den diesem Spezialfach aufgeschlosseneren anglophonen Ländern eher unter die selten gelehnten Kurse fallen. Dabei ist es ein Gemeinplatz, dass besonders in den frühneuzeitlichen Staaten nicht nur des östlichen Europa der Staatszweck zentral über Militär und Kriegführung definiert war, ohne die eine Untersuchung der damaligen Gesellschaften und Wirtschaften unvollständig bleibt. Es ist sicher nicht allein deshalb zu begrüßen, dass seit einem guten Jahrzehnt auch hierzulande die Militärgeschichte revitalisiert wird, nun nicht mehr unter dem Primat von Kriegs- und Operationsgeschichte, sondern unter dem von Kultur und Gesellschaft.

Die einschließlich der Einleitung zwölf Beiträge des vorzustellenden Bandes sind überwiegend Synthesen eigenständiger Forschungen,

welche die Autorinnen und Autoren zuvor in monographischer Form vorgelegt haben. Damit wenden sie sich besonders an Studierende und Nichtspezialisten und bieten teilweise gute Einführungen in den jeweiligen Gegenstand.

In seiner Einleitung bemüht sich Herausgeber BRIAN DAVIES um eine Entexotisierung der Thematik, indem er an den Begriff der frühneuzeitlichen *Military Revolution* anknüpft. Dieser wurde ursprünglich 1955 von Michael Roberts eingeführt, seit den 1980er Jahren von Geoffrey Parker weiterentwickelt und ist längst Gegenstand einer regalefüllenden Debatte geworden. Parker fokussierte die im ausgehenden 15. Jahrhundert einsetzende Umstellung des Festungsbaus auf die Erfordernisse der Schwarzpulverartillerie (*trave italienne*). Der Bau ganzer Gürtel solcher Befestigungswerke habe große Besatzungen, noch größere Belagerungsheere und damit insgesamt eine erhebliche Ausweitung des Kriegswesens mit beträchtlichen fiskalischen und volkswirtschaftlichen Folgen gezeitigt. Demnach sei die *Military Revolution* des 16. und 17. Jahrhunderts nicht allein mit der Proliferation der Feuerwaffen, den nassauischen Reformen und den daraus folgenden taktischen Veränderungen gleichzusetzen,

wie sie Roberts ursprünglich in den Mittelpunkt gestellt hatte. Davies bezieht sich insbesondere auf Jeremy Black, der Parkers Konzept nicht ablehnte, aber die *Military Revolution* auf das 18. Jahrhundert verlagerte, weil erst damals die entscheidenden technischen und taktischen Veränderungen durchgeschlagen seien und die europäischen Mächte ihre militärische Überlegenheit gegenüber der außereuropäischen Welt im Zuge der Kolonialisierung hätten zur Geltung bringen können.

Das östliche Europa, so wiederum Davies, bilde einen Prüfstein, an dem Blacks modifizierte These zur *Military Revolution* getestet werden könne, weil es hier zu einer direkten Konfrontation eines außereuropäischen, nämlich des osmanischen Militärwesens mit der aus dem Westen adaptierten Militärtechnik und -taktik gekommen sei. Dabei habe sich während der österreichischen und russischen Kriege mit dem Osmanischen Reich der westliche Entwicklungsvorsprung immer deutlicher gezeigt. Russland als die seit dem 18. Jahrhundert führende Militärmacht der Region habe dabei seine Erfahrungen aus beiden von Davies unterschiedenen osteuropäischen Kriegsschauplätzen nutzen können, nämlich dem baltisch-mitteuropäischen und dem schwarzmeerschdonauländischen. Auf diese Weise gelingt es Davies, die russländische Entwicklung mit der mittel- und westeuropäischen in der Konzeption des „fiskal-militärischen Staates“ engzuführen, die heute an die Stelle des vielfach bereits verworfenen Konzepts des Absolutismus getreten ist.

Der von Davies entworfene konzeptionelle Rahmen wird allerdings in den empirischen Beiträgen des Bandes kaum aufgegriffen. Die geographische Verteilung ist zudem recht ungleichmäßig: Während sich allein sechs Aufsätze mit der Moskauer Rus' und Russland befassen, sind nur zwei dem Habsburgerreich und je einer Polen-Litauen, den Osmanen und den Krimtataren gewidmet. So wird sich unter dem Strich der Nutzen dieses Sammelbandes nicht so sehr an der Stringenz seiner Gesamtkonzeption als an den spezifischen thematischen Interessen seiner Leser bemessen.

In einer Fallstudie zu dem Dienstgutbesitzer

(*pomeščik*) Fedor Lodygin, der um die Mitte des 16. Jahrhunderts lebte, zeigt JANET MARTIN, dass das zuerst von Ivan III. bei der Verteilung der Novgoroder Ländereien Ende des 15. Jahrhunderts eingerichtete *pomest'e*-System bereits zwei Generationen später militärisch wie ökonomisch dysfunktional war. Während theoretisch die *pomest'ja* die ökonomische Grundlage für Ausrüstung und Versorgung einer festgesetzten Anzahl Bewaffneter bilden sollten, waren viele *pomeščiki* wie Lodygin nur mit zusätzlichen staatlichen Zuwendungen in der Lage, die verlangte Zahl von gewappneten Reitern zu stellen. Denn das starre System der Dienstgüter wurde nicht an veränderte ökonomische Bedingungen angepasst und trug Einnahmeausfällen der Gutsbesitzer durch Missernten, Vergrößerung des Haushaltes oder Preiseinbrüche nach Seuchen keine Rechnung.

In seinem Beitrag zum habsburgischen Militärwesen in den ungarländischen Gebieten nach der Schlacht bei Mohács (1526) vertritt GÉZA PÁLFFY die These, dass sich die Kriegsanstrengungen Wiens zunächst weniger gegen die Osmanen als vielmehr gegen den um die ungarische Krone konkurrierenden Wahlkönig János (Johann) I. Szapolyai richteten. Erst nachdem 1542 der Versuch fehlgeschlagen war, Buda zurückzuerobern, hätten die Habsburger den Aufbau einer Verteidigungslinie im eigenen Stammterritorium eingeleitet. Erstaunlicherweise erwähnt Pálffy die Belagerung Wiens von 1529 im gesamten Text mit keinem Wort.

DARIUSZ KUPISZ beschreibt die Entwicklung des polnisch-litauischen Heerwesens zur Zeit der Herrschaft des Königs Stefan Bathory (1576–1586). Dieser hatte sich damit auseinandersetzen, dass die traditionelle adlige Heeresfolge (*pospolite ruszenie*) in vielfacher Hinsicht den neuzeitlichen Anforderungen nicht mehr genügte. Da der Sejm oft für die Anwerbung von Truppen die Mittel verweigerte, wurde das nach westlichen Vorbildern ausgerichtete Söldnerheer zu einem Viertel aus den Einnahmen der königlichen Domänen bezahlt (*wojsko kmiarciane*).

BRIAN DAVIES führt aus, dass die besonders aus den Hussitenkriegen des 15. Jahrhunderts bekannten Wagenburgen und mobilen Feldbe-

festigungen noch im 16. und selbst im 17. Jahrhundert in Moskowien weite Anwendung fanden, dort unter der Bezeichnung *gul'aj gorod*. Den Grund dafür sieht er in der im Vergleich mit Westeuropa stärker defensiven Taktik der moskowitzischen Infanterie, die einerseits auf Pikeniere zur Verteidigung der Musketiere (*strel'cy*) verzichtete, andererseits im typischerweise offenen Gelände der östlichen Kriegsschauplätze gewohnt war, hinter Feldschanzen oder eben mobilen Brustwehren zu kämpfen.

In einer interessanten Fallstudie stellt OLEG A. NOZDRIN den niederländischen Freiherrn Adrian Flodorf vor, der 1613 vergeblich versuchte, mit einer kleinen Söldnertruppe in russische Dienste zu treten. Innerhalb der russländischen Militärgeschichte zwar nur Episode, liefert Flodorf für das frühneuzeitliche Söldnerwesen insgesamt gleichwohl ein bemerkenswertes personengeschichtliches Exempel. In Diensten des schwedischen Königs Gustav II. Adolph galt er später aufgrund seiner Landeskennntnisse als Russlandexperte.

Die besonderen logistischen Herausforderungen der Kriegführung auf russländischem Gebiet sind Gegenstand der Untersuchung von CAROL B. STEVENS. Proportional zur Reichserweiterung wuchsen die Entfernungen und damit die Probleme der Heeresversorgung. Auf den schlechten Wegen versagte die in Westeuropa übliche Verproviantierung per Wagentross. Unter anderem sollten vorgeschobene Siedlungen Abhilfe schaffen.

Einander entgegengesetzte Beispiele für den historiographischen Wert narrativer Quellen führen VICTOR OSTAPCHUK und BRIAN J. BOECK vor. Weil die krimtatarischen Archive infolge der russischen Eroberung vollständig verloren gingen, lässt sich das Heerwesen des Krimchanats nicht aus der Binnenperspektive rekonstruieren. Umso wertvoller ist eine von einem zeitgenössischen osmanischen Autor verfasste Geschichte des Krimchans Sahib Geraj (1535–1551), anhand derer OSTAPCHUK die unter dessen Herrschaft geführten Feldzüge beschreibt. Dagegen versucht BOECK, die in der russländischen Historiographie stark mythisierte Belagerung von Azov (1641) auf den Boden der feststellbaren Tatsachen zurückzu-

holen.

Zwei Beiträge befassen sich mit Aspekten der Professionalisierung des frühneuzeitlichen Offizierskorps. In einem Aufsatz zur „generation of 1683“ zeichnet ERIK A. LUND die Entwicklung des habsburgischen Offizierskorps und der Generalität in der Zeit der Türkenkriege nach. Dabei korrigiert er einige verbreitete Irrtümer: Die Offiziere der Habsburger seien keineswegs überwiegend kosmopolitische Söldner gewesen; auch hätten sich die Offiziere des Ingenieurkorps und der Artillerie nicht ausschließlich aus Bürgerlichen rekrutiert, denen der Aufstieg in den Generalsrang verwehrt geblieben sei. Bei PETER B. BROWN geht es um die russische Heeresführung im 17. Jahrhundert. Er konstatiert die Herausbildung zweier unterschiedlicher Führungsstile, einen westlich orientierten für die Kriege gegen mitteleuropäische Gegner sowie einen auf die Belange des Steppenkriegs ausgerichteten ‚östlichen‘ Stil. Ansätze der Modernisierung des russländischen Heeres durch Adaption westlicher Vorbilder gab es lange vor den petrinischen Reformen; diese Entwicklung, so Brown, verlief aber alles andere als geradlinig und zielstrebig.

Ein Beitrag von VIRGINIA H. AKSAN über die Entwicklung der osmanischen Militärmacht im 18. Jahrhundert schließt den Band ab. Leider verliert sich die Autorin in zahlreichen faktographischen Details und lässt offen, ob sie den Niedergang des noch im vorherigen Jahrhundert so formidablen osmanischen Heeres vorwiegend auf die inneren sozioökonomischen Probleme des osmanischen Reiches oder aber auf den Zugewinn an Erfahrung und Professionalität zuerst der habsburgischen, dann der russländischen Armeen zurückführt – wobei das eine das andere natürlich nicht ausschließt.

Wenn abschließend einige Forschungsdesiderate formuliert werden sollen, dann vielleicht diese: Die hier vorgestellten Einzelbeiträge wählen entschieden nicht den Ansatz der „neuen Militärgeschichte“, sondern fallen überwiegend in den Bereich der Operations- und Institutionengeschichte. Eine kulturgeschichtlich perspektivierte Militärgeschichte, eine Militärgeschichte ‚von unten‘, welche auch nach den

sozialen und politischen Kosten von Militär und Kriegführung fragt, bleibt für das östliche Europa noch zu schreiben; in Anbetracht der über weite Strecken vorherrschenden Quellenarmut der Region eine voraussichtlich schwierige, vielleicht aber nicht unlösbare Aufgabe. Auch in Richtung eines Ost-West-Vergleichs reißt der Band mehr Fragen an, als er beantwortet. Wie z.B. waren die Spezifika des Landkrieges in Osteuropa – genannt seien etwa die anders als im Westen anhaltende Dominanz der Kavallerie, die ganz anders verlaufende Entwicklung der Infanterietaktik und der höl-

zerne Festungsbau – zu erklären, und welche mittel- und langfristigen Auswirkungen hatten sie? Schließlich, um auf Davies' Konzept der *Military Revolution* für das östliche Europa zurückzukommen: Das damit implizierte Modernisierungsparadigma wird in Anbetracht der Verquickung heterogener Modelle und zeitverschobener Entwicklungen im östlichen Europa m. E. eher in Frage gestellt als bestätigt. Gerade in dieser Richtung könnte eine noch sehr fruchtbare Debatte geführt werden.

Andreas R. Hofmann, Leipzig

KEVIN M. F. PLATT: *Terror & Greatness: Ivan and Peter as Russian Myths*. Ithaca, London: Cornell University Press, 2011. xiv, 294 pp. Ill., Bibl. ISBN: 978-0-8014-4813-3.

Written by a literary historian at the University of Pennsylvania, this is a selective and eclectic survey of attitudes toward Ivan the Terrible and Peter the Great from Napoleonic times into the Stalin years, with a contemporary epilogue. The book evolved from essays in PLATT and DAVID BRANDENBERGER (eds.), *Epic Revisionism: Russian History and Literature in Stalinist Propaganda* (2006).

Here the central focus is the manner in which selected imaginings of the two tsars in historical scholarship, literature, and art were transmitted to, and influenced subsequent conceptions. The story begins with the foundational historical texts of Karamzin and Ustrailov, but quickly moves to derivative literary representations, including Pushkin's *Bronze Horseman*. At mid-century focus turned to conflict between fathers and sons, and to the

deaths of Ivan's son Ivan and Peter's son Aleksei, as depicted in print, and later in famous historical paintings by Ge and Repnin. In the Silver Age works by Merezhkovskii and Mil'iukov evidenced the contemporary usefulness of the accumulated interpretations of Ivan IV and Peter I inherited from the past. Final chapters are devoted to the culmination of these threads in revolutionary and Stalinist revisionism, to Pokrovskii and the *Short Course*, and especially to Aleksei N. Tolstoi's novel Peter I and to Eisenstein's film *Ivan the Terrible*. A conclusion surveys some popular representations down to post-Soviet times.

In the end Platt quotes Renan, "For the essence of the nation is that all its members hold many things in common, but also that they have all forgotten many things." This cultural history of successive interrelated myths of Ivan and Peter suggest the many ways in which additions to and erasures from historical memory served the present-day needs of Imperial Russian, Soviet, and post-Soviet society.

Max J. Okenfuss, St. Louis

JULIE GRANDHAYE: *Russie – la république interdite. Le moment décembriste et ses enjeux (XVIIIe – XXIe siècles)*. Seyssel: Champ Vallon, 2012. 377 S., Abb. = La chose publique. ISBN: 978-2-87673-569-9.

Das rezensierte Werk der französischen Historikerin Julie Grandhaye ist eine unmittelbare

und logische Fortsetzung ihres ersten Buches, das 2011 in Paris unter dem Titel *Les décembristes. Une génération républicaine en Russie autocratique* erschien. Dort liegt der inhaltliche Schwerpunkt auf der Untersuchung der Generation der Dekabristen und ihrer politischen Bestrebungen, Projekte und Träume bezüglich der Zukunft Russlands, wobei Grandhaye zur

Generation der Dekabristen nicht nur die jungen Offiziere zählt, die am 14. Dezember 1825 den antimonarchischen Aufstandsversuch in St. Petersburg unternahmen, sondern auch viele von deren Altersgenossen.

Die Besonderheit des zweiten Werks von Julie Grandhaye besteht darin, dass sie ihre Aufmerksamkeit nun auf die Analyse der Ideen der Dekabristen im Kontext der Geschichte des politischen Denkens im Russländischen Reich richtet. Die Autorin will dem heutigen Leser diese Ideen näherbringen und dabei deutlich zu machen, dass sie trotz der zeitlichen Distanz von 200 Jahren für die Gegenwart von Bedeutung sind. In diesem Sinne kann man das Buch von Julie Grandhaye nicht ausschließlich als Beitrag zur historischen Forschung bezeichnen; es gehört vielmehr in den Grenzbereich zwischen Geschichtswissenschaft und Politologie. Dies liegt in einer der konzeptuellen Schlüsselthesen der Autorin begründet, denn ihrer Meinung nach zeugt die Bewegung der Dekabristen vom Eintritt Russlands in die politische Moderne, d.h. sie steht am Anfang politischer Prozesse und Strukturen, die bis heute fortwirken, so dass wir sie noch unmittelbar beobachten und am eigenen Leib erfahren können.

Eine solche Konzeption steht im völligen Widerspruch zu der Interpretation des Aufstandsversuchs der Dekabristen als ‚zufälliges Ereignis‘, das nicht geschehen wäre, wären nicht verschiedene, eher unwahrscheinliche Umstände zusammengetroffen. Julie Grandhaye betont, dass sich die Bewegung der Dekabristen unter nachvollziehbaren Bedingungen entwickelte und sich aus den Ideen speiste, auf welchen die neuen politischen Vorstellungen basierten, die sich seit der Französischen Revolution durch ganz Europa verbreiteten. So könne trotz seiner autokratischen Herrschaftsform in diesem Zusammenhang nicht von einer Rückständigkeit oder einer isolierten Entwicklung Russlands die Rede sein. Die Ideen der Dekabristen stellten eine für das Russländische Reich spezifische Variante des politischen Denkens der Moderne dar, sie seien der ‚russische Beitrag‘ zum gesamteuropäischen Streben nach politischer Selbstbestimmung.

Die Kernidee aller Reformprojekte der Dekabristen war die Republik, aber welche und auf welcher Grundlage? – so die zentralen Fragen der Autorin. Sie hat einen großen Teil ihres Werkes der Forschung über die Entstehung und den Wandel der diesbezüglichen Vorstellungen im Russländischen Reich von der Mitte des 18. bis zum Ende des ersten Viertels des 19. Jahrhunderts gewidmet. Vor allem werden viele staatliche Maßnahmen im Hinblick auf die im aufgeklärten Absolutismus wurzelnden republikanischen Konzeptionen analysiert: die Reformen der Staatsverwaltung durch Katharina II. mit der daraus resultierenden Einführung der ‚Rechtsstaatskonzeption‘ sowie die folgenden konstitutionellen Projekte jener Zeit, die von Michail Speranskij konzipierten grandiosen Reformen inklusive der geplanten Einführung einer Volksvertretung und schließlich die in der Regierungszeit Alexanders I. im Zusammenhang mit den liberalen Umgestaltungen in Polen und der Aufhebung der Leibeigenschaft in den baltischen Provinzen formulierten Entwürfe einer russischen Verfassung. So erscheinen die republikanischen Vorstellungen der Dekabristen nicht nur als eine Folge der politischen Veränderungen, die sich zu Beginn des 19. Jahrhunderts außerhalb Russlands vollzogen, sondern in einem viel höheren Maße als eine Antwort auf jene Herausforderungen, denen man sich in Russland in den zwanziger Jahren des 19. Jahrhunderts infolge der Erfolge und Misserfolge der vorausgegangenen Reformen gegenüber sah.

Die Untersuchung von Julie Grandhaye zeigt eine beträchtliche Vielfalt der von den Dekabristen formulierten republikanischen Konzeptionen: eine föderative, eine zentralstaatliche, eine ethnisch-slawische und sogar eine nicht durch politische Regularien, sondern durch poetische Metaphern definierte Republik. Dabei ist es den Dekabristen in ihrem Diskurs über die richtige republikanische Konzeption gelungen, eine Reihe zentraler Probleme hinsichtlich des Staatsaufbaus Russlands zu formulieren: die große territoriale Ausdehnung, die Schwierigkeit der Definition von Bürgerschaft und Bürgerrechten, die Problematik der für die Einrichtung von Volksvertretungen zu

wählenden Mittel und Wege und schließlich in diesem Zusammenhang die Rolle und der Charakter von Wahlen in Russland. All dies, so die Autorin, sei nicht nur historisch, sondern auch gegenwärtig von Bedeutung.

Deshalb ist es nicht erstaunlich oder unverhältnismäßig, dass das in der Tradition der klassischen Geschichtsschreibung stehende Buch über einen Epilog verfügt, der die neusten politischen Ereignisse in Russland Ende des Jahres 2011 zum Gegenstand hat. Die Autorin kommt zu dem Schluss, dass die Bestrebungen im heutigen Russland, politische Wahlen gegen Fälschung und Korruption zu verteidigen, ihnen so ihre eigentliche Bedeutung zurückzugeben und damit die Grundlagen der demokratischen Republik zu schützen, eng mit den Ideen und Idealen verwandt

sind, die in Russland zum ersten Mal von den Dekabristen vertreten wurden, als da sind das Prinzip der Verantwortlichkeit eines jeden Einzelnen für sein Vaterland, die Priorität des Gesetzes, die Unantastbarkeit der Bürgerrechte. Damit schlägt die Untersuchung von Julie Grandhaye eine Brücke von der historischen Analyse der Frage nach den republikanischen Vorstellungen in Russland zu Beginn des 19. Jahrhunderts und ihren Wurzeln bis zu den politischen Prozessen in Russland zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Die in diesem Buch behandelten historischen Konzeptionen werfen also ein Licht auf die grundsätzlichen Probleme, mit denen das heutige Russland zu tun hat, und darin besteht die große Bedeutung und Aktualität des rezensierten Werkes.

Andrej Andreev, Moskau

ERIC LOHR: *Russian Citizenship. From Empire to Soviet Union*. Cambridge, MA, London: Harvard University Press, 2012. 278 S., 9 Tab. ISBN: 978-0-674-06634-2.

Auf den ersten Blick ist Staatsbürgerschaft wohl ein trockenes juristisches Thema, aber Eric Lohrs Buch räumt mit diesem Vorurteil auf. Dies gilt um so mehr, als dem Thema zu Sowjetzeiten und in der Literatur insgesamt recht wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde und der im Buchtitel verwendete Begriff bzw. die verwendete Wortverbindung „russische Staatsbürgerschaft“ (*Russian citizenship*) im Kontext des Russischen Reiches als Oxymoron wahrgenommen wird, wie der Autor selbst feststellt. Der Autor unternimmt den Versuch, die allgemeine „russische Tradition der Staatsbürgerschaft“ zu definieren und zugleich die Ausnahmen als Reflexion der realen Praxis zu untersuchen. Für die Studie wurden die Migration und Immigration von Gruppen und Individuen sowie die Einbürgerung und die Entlassung aus der Staatsbürgerschaft untersucht. Die Studie stellt eine interessante Mischung aus außenpolitischer und innenpolitischer Analyse des russischen Staates dar; zweifellos ein sehr aktuelles Thema. Behandelt wird der Zeitraum von den 1860er Jahren, der Zeit der Reformen

Aleksanders II., als eine Ära der relativen Offenheit des Landes als Teil der Modernisierungsstrategie begann und sich für Ausländer Geschäftsverhältnisse und Besteuerung verbesserten, bis zu Beginn der 1930er Jahre, als Stalin einen autokratischen Modernisierungskurs wählte und die UdSSR sich der übrigen Welt verschloss. Die ein gutes halbes Jahrhundert umfassende Periode war eine Ära intensiver Wechselwirkung mit dem Ausland. Gleichzeitig wird der chronologische Rahmen im Buch noch weiter gespannt, da sich das erste Kapitel mit den Grenzen des Reiches und der Migration vor 1860 befasst und am Ende ein Ausblick auf die Probleme der Staatsbürgerschaft in der späten Sowjetzeit, während der Perestroika und um die Jahrhundertwende gegeben wird. Der Autor schließt das Buch mit einer Übersicht zur aktuellen Politik. Aktuell ist der Abschnitt über die Bestrebungen im Jahre 2008, den Bewohnern der Krim das russische Bürgerrecht zu verleihen.

Die Monografie basiert auf einer Fülle von Archivmaterial aus historischen Staatsarchiven, auf einem breit gefächerten Kreis einschlägiger Literatur zur Rechtsgeschichte, zu Minderheitenfragen, Migrationsprozessen usw. Das Buch bietet eine Zusammenfassung themenbezogener Beiträge des Autors und ist die vollstän-

digste Untersuchung zu Fragen der Geschichte der russischen Staatsbürgerschaft. Interessant sind u. a. die in der Publikation enthaltenen Tabellen mit konkreten Zahlen zu Migrations- und Immigrationsströmen und die Statistiken zu Grenzübertritten.

Im Buch wird die Frage nach dem Verhältnis der Begriffe „Staatsangehörigkeit“ und „Staatsbürgerschaft“ theoretisch untersucht. Positiv ist die Tatsache zu bewerten, dass analoge Begriffe aus anderen Sprachen einer vergleichenden Analyse unterzogen werden. In den meisten europäischen Sprachen werden die Begriffe *graždanstvo* (*citizenship*, Staatsbürgerschaft) und *poddanstvo* (*subjecthood*, Untertanenschaft oder auch Staatsangehörigkeit) praktisch synonym behandelt. In Russland wurde Begrifflichkeit allerdings durch die gesellschaftliche Wahrnehmung von „Staatsangehörigkeit – Untertanenschaft“ verstärkt. In der imperialen Periode wurde der Begriff „Staatsbürgerschaft“, wie Lohr vermerkt, im oppositionellen Sinne verwendet. Er verkörperte das ideale Modell der Wechselbeziehungen von Staat und Mensch und spiegelte die Ambitionen der Liberalen wider, Staatsbürgerschaft als „das Sollen“ und Untertanenschaft als „das Sein“ zu betrachten. Diese These des Autors bedarf jedoch einer Einschränkung, da die Verwendung von *graždanstvo* (Staatsbürgerschaft) in Russland in Zusammenhang mit dem Begriff *graždanin* (Bürger) steht, den auch Autoren gebrauchten, die nicht unbedingt eine liberale Richtung vertraten. Ein typisches Beispiel dafür ist die eine Zeit lang von F. M. Dostoevskij herausgegebene Zeitschrift *Graždanin* (*Der Bürger*) mit einer konservativen, aristokratischen Ausrichtung.

Die Vorstellung der russischen Zaren, angesichts des riesigen Territoriums die Bevölkerungszahl vergrößern zu müssen, kam nicht von ungefähr. Da die untersuchte Periode eine Zeit der Grenzerweiterungen war, hat der Autor offensichtlich dem Problem der annektierten Territorien und der Einbürgerung ihrer Bewohner „nach dem Prinzip des Bodens“ besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Dargestellt wird aber auch die Gewinnung ausländischer Fachkräfte für das [Russische] Reich. Der Autor arbeitet heraus, dass die russischen Re-

gierung nach der Devise „gewinnen und festhalten“ verfuhr, und sieht diese Politik als nicht besonders erfolgreich an (S. 82).

Die untersuchte Periode war gekennzeichnet durch eine Bifurkation bei der Unifizierung von Normen: Es wurde eine klare Trennlinie zwischen Bürgern und Ausländern („fremden Bürgern“) gezogen. Interessant ist die Analyse der Staatsbürgerschaftsfrage an der deutsch-russischen Grenze. Als Bismarck in den 1880er Jahren über 30.000 russische Staatsangehörige aus Deutschland ausweisen ließ, war dies der Beginn einer politischen Regulierung des „guest worker system“: Das Visumsystem entsteht, Saisonarbeit und Ehen mit Ausländern werden geregelt usw. Diese Politik an der Westgrenze steht, wie der Autor zeigt, im Kontrast zum Umgang mit chinesischen Migranten im Fernen Osten. Sie war ein Spiegelbild der Politik Deutschlands an der Grenze zu Russland: ein Lavieren zwischen dem Verfolgen ethnisch-nationaler Ziele und der Sicherung des Bedarfs an billigen Arbeitskräften.

Ein zweiter außenpolitischer Aspekt der Staatsbürgerschaft sind die Auswanderung und die Denaturalisierung vor dem Hintergrund, dass durch die Befreiung der Bauern und die Entwicklung eines preiswerten Zugverkehrs die Ausreise ganz neue Größenordnungen annahm (S. 113). Eine Tradition im Strafrecht Russlands, die Bestrafung für „eigenmächtiges Verlassen des Vaterlandes“, wird ausgehöhlt. Der Autor untersucht die Gesetzesänderungen und die unterschiedlichen Meinungen zur Reisefreiheit. Hervorgehoben wird der praktische Aspekt der Auswanderung von Gruppen nationaler Minderheiten wie Juden, Muslimen, Deutschen oder Amerikanern in verschiedenen Kombinationen von Rechten und Umständen. Juden beispielsweise war Einwanderung und Einbürgerung versagt, eine Ausreise war leichter möglich. Muslimen war die Rückkehr nach einer Auswanderung verwehrt. Für Deutsche und Polen war es laut Statistik fünfzigmal einfacher auszuwandern als für Russen, für Juden sogar 184 Mal (S. 179). Wie der Autor zu diesen Zahlen kommt, bleibt allerdings unklar. Das alte Regime nutzte die Staatsbürgerschaftspolitik, um die ethnische Dominanz der über-

wiegend slawischen Bevölkerung aufrechtzuerhalten.

Ein besonderes Kapitel ist dem Ersten Weltkrieg und der Revolution gewidmet. Unter den Bedingungen des Krieges verstärkte sich die Kluft zwischen Bürgern und Ausländern. Zur Zeit der Februarrevolution 1917 wurde der Übergang von der offiziellen Anrede „Untertan“ zur Anrede „Bürger“ vollzogen, die Aufhebung aller Beschränkungen für Minderheiten und religiöse Gruppen verkündet und Gesetze für deutsche Kolonisten, Juden u. a. verabschiedet. Besondere Rechtsverhältnisse wurden für Kriegsgefangene aus Feindstaaten geschaffen, wobei Vertreter slawischer Völker, wie Tschechen und Slowaken, eine Sonderstellung erhielten (S. 131).

In der sowjetischen Periode war die Politik „gewinnen und festhalten“ klassenmäßig ausgerichtet. Ein Beispiel dafür sind die „politisch Entrechteten“ (*lišeny*), Personen, denen die bürgerlichen Rechte entzogen worden waren und die der Autor als „ihrer Staatsbürgerschaft Beraubte“ ansieht. Als Ergebnis dieser Periode gab es für Sowjetbürger Einschränkungen im Recht auf Auswanderung und der Wechsel einer Staatsbürgerschaft war außerordentlich erschwert (S. 175). Ausländer wurden auf Industriestellen geholt, aber viele konnten nicht mehr in ihre Heimatländer zurückkehren. Ende der 1930er Jahre (während Stalins „Großem Umbruch“, „Great Break“) tauchte die monolithische „sowjetische Staatsbürgerschaft“ auf. Die Abgeschlossenheit lässt sich mit Zahlen belegen. Gab es am Vorabend des Ersten Weltkrieges noch jährlich ca. zehn Millionen Grenzübertritte, waren es in den 1930er

Jahren nur noch einige Tausend. Die Kontrolle nahm im untersuchten Zeitraum stetig zu, Ausgereiste wurden verdammt, und eine Ausreise galt als Verrat an der Heimat.

Dass der Autor den Schwerpunkt auf den außenpolitischen Aspekt legt, ist klar. Hingegen werden die Verantwortung des Staates gegenüber seinen Bürgern und die Frage, was Staatsbürgerschaft von Staatsangehörigkeit unterscheidet, nicht weiter untersucht. In der imperialen Periode Russlands gab es diese Verantwortung praktisch nicht. Es wäre schon wichtig gewesen darauf hinzuweisen, dass der Staat in anderen europäischen Ländern schon Ende des 19. Jahrhunderts die Verantwortung übernahm, soziale Hilfe für seine Bürger zu organisieren. In Russland entwickelten sich ein Gesetzeswerk in diesem Bereich wie auch eine an paternalistischen Idealen orientierte Praxis, namentlich die kaiserlichen Komitees, erst mit reichlicher Verzögerung. Daher blieben die Untertanen auch Untertanen.

Der Autor kommt zu dem folgerichtigen Schluss, dass die Staatsbürgerschaftspolitik eine unmittelbare Folge wirtschaftlicher und politischer Grundsatzentscheidungen ist. Auch heute steht die Russische Föderation vor der Wahl, entweder den Weg der Rechtsentwicklung der 1860er Jahre oder einen autokratischen Weg zu gehen.

Alles in allem zeichnet sich die Monografie durch einen sorgfältig ausgearbeiteten und mit pointierten Auffassungen des Autors angereicherten wissenschaftlichen Text aus, der sich zudem gut lesen lässt.

Irina P. Pavlova, Krasnojarsk

RUDOLF A. MARK: Im Schatten des „Great Game“. Deutsche „Weltpolitik“ und russischer Imperialismus in Zentralasien 1871–1914. Paderborn [usw.]: Schöningh, 2012. 504 S., Tab., 1 Kte. ISBN: 978-3-506-77579-5.

Als Bundesverteidigungsminister Peter Struck 2002 markig erklärte, im Kampf gegen den globalen islamistischen Terrorismus werde Deutschlands Sicherheit auch am Hindukusch

verteidigt, war wohl nur wenigen, und dem Minister selbst wahrscheinlich auch nicht, bewusst, dass schon einmal, während der Globalisierungsphase in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs, Zentralasien in der deutschen Außenpolitik eine vergleichsweise große Aufmerksamkeit auf sich gezogen hat, wenn auch in einer ganz anderen Weise als zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Rudolf A. Mark kommt mit sei-

ner Hamburger Habilitationsschrift das Verdienst zu, diesen fast vergessenen Aspekt grundlegend aufgearbeitet zu haben.

Nach zwei kleineren Einführungskapiteln über die Errichtung der russischen Herrschaft in Zentralasien und die Anwesenheit von Deutschen in Russisch-Turkestan und Afghanistan ist der eigentliche erste Hauptteil des Buches der Frage gewidmet, in welcher Weise Turkestan und Zentralasien insgesamt in der deutschen Publizistik des 19. Jahrhunderts thematisiert wurden. Als Schauplatz des „Great Game“, des großen Ringens zwischen dem Zarenreich und Großbritannien über einen russischen Zugang zum „warmen Meer“, erregten Nachrichten aus dem fernen Zentralasien, „wo Völker aufeinanderschlagen“, in deutschen Bürgerstuben ein wohliges Schauern. Immerhin ließ sich die beachtliche Zahl von 155 Studien zu Zentralasien ermitteln, die zumeist von Militärs, Diplomaten, Wissenschaftlern, Journalisten und anderen Forschungsreisenden zwischen 1871 und 1914 verfasst worden sind. Mark unterteilt die Publizistik in zwei Phasen. In der ersten stand im Mittelpunkt des Interesses, wie Russland immer weiter nach Zentralasien vordrang und die Gebiete seinem Reich eingliederte oder von sich abhängig machte. Hier hatte Deutschland eher eine Beobachterrolle. Die zweite Phase war dagegen durch die aktive Welt- und Orientpolitik unter Kaiser Wilhelm II. bestimmt. Insgesamt sahen die Autoren Russlands Expansion überwiegend als legitim an und schrieben dem Zarenreich sogar eine zivilisatorische Mission bei den „asiatischen Barbaren“ zu. Für Russland weniger schmeichelhaft war, dass es, anders als etwa England, wegen seiner Nähe zu den asiatischen Völkern als geradezu prädestiniert für eine solche Aufgabe angesehen wurde. Zwar wurde Russland dabei der gesamteuropäischen Zivilisation zugeordnet, doch ist hier die traditionelle Kulturgefälletheorie deutlich erkennbar. Vor allem um die Jahrhundertwende fanden sich in der Publizistik vermehrt auch großartige Visionen von neuen Eisenbahntrassen über den gesamten eurasischen Kontinent und von neuen großen Absatzmärkten im fernen Osten.

Den eigentlichen Schwerpunkt der Studie

bilden jedoch die beiden Kapitel über die deutsche Zentralasienpolitik. Als Zäsuren dienen hierbei zum einen die Entlassung Bismarcks im Jahr 1890 und zum anderen der Beginn des Ersten Weltkrieges. Mark arbeitet präzise Bismarcks Standpunkt zu Zentralasien heraus: Zwar sah der Reichskanzler dort keine unmittelbaren deutschen Interessen involviert, doch hielt er es für nötig, die Lage dort genau zu beobachten. Wie bei der „orientalischen Frage“ verfolgte er dabei die Politik, die Konflikte zwischen Russland und Großbritannien offen zu halten, um auf diese Weise in Europa eine politische Einkreisung Deutschlands zu verhindern und den Frieden aufrechtzuerhalten. Andererseits wollte Bismarck einen bewaffneten Konflikt in beiden Arenen unbedingt vermeiden wissen, denn in einem solchen Fall bestand die Gefahr, dass der Krieg sich ausweitete und auch auf andere Gebiete und gar nach Mitteleuropa überschwappte. Mark zeigt im Zusammenhang mit dem Berliner Kongress von 1878 sehr deutlich die enge Verflechtung der „Orientalischen Frage“ mit der russischen Zentralasienpolitik auf: Konnte Russland seine Ziele auf dem Balkan nicht erreichen, drohte als eine Art Kompensation ein Eindringen in britisches Interessengebiet in Zentralasien. Allerdings war es von Berlin aus nur schwer einzuschätzen, ob ein russischer Vorstoß in Richtung Afghanistan und Indien realistisch war oder ob es sich angesichts der absehbaren erheblichen militärischen Schwierigkeiten einer solchen Operation dabei nur um eine Drohkulisse handelte. 1885 kam es in der Panjdeh-Krise zu einem russisch-afghanischen Scharmützel, doch durch indirektes Eingreifen Deutschlands und anderer Mächte konnte eine Ausweitung des Konflikts vermieden werden. Stattdessen legte anschließend eine russisch-britische Kommission die noch heute gültigen Grenzen fest.

Die Entlassung Bismarcks im März 1890 führte zu einer Neuausrichtung der deutschen Außenpolitik. Kaiser Wilhelm II. zeigte, wie Mark darlegt, ein persönliches Interesse an der Entwicklung in Zentralasien und schien geradezu auf einen russisch-britischen Krieg hinzufiebern („Der Himmel gebe es! Das wäre ja herrlich!“, S. 244, Anm. 29). Großbritannien,

so das Kalkül des Monarchen, wäre dadurch veranlasst worden, eine größere Nähe zu Deutschland zu suchen. Eine andere Option war eine Wiederannäherung an Russland, was auch in Hinblick auf die Handelswege nach China über Land attraktiv war. Auch als weitere russisch-britische Grenzvereinbarungen einen Krieg immer unwahrscheinlicher werden ließen, setzte die deutsche Diplomatie mit dem Kaiser an der Spitze weiterhin eben darauf. Im Ergebnis trug diese auf erstaunlichen Fehleinschätzungen beruhende Haltung mit zur Isolation des deutschen Kaiserreiches bei.

Im letzten Abschnitt dieses Kapitels widmet sich Mark den wirtschaftlichen Beziehungen. Während die deutsche Publizistik Zentralasien als eine wichtige Zukunftsregion für deutsche Handels- und Wirtschaftsinteressen präsentierte, sah die Realität weitaus bescheidener aus. Dies lag auch an russischen Beschränkungen für ausländische Aktivitäten in den neueroberten Kolonien. Aber auch die deutsche Regierung ordnete die Handelspolitik den machtpolitischen Interessen unter. Nicht zuletzt hätten, so Mark, auch die deutschen Diplomaten durch ihr Auftreten und ihre mangelnde Kompetenz dem Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen geschadet. Mark listet aber immerhin knapp vierzig deutsche Unternehmen in den zentralasiatischen Gebieten auf, von denen die Mehrheit der Produktion, Verarbeitung und dem Handel von Baumwolle zuzuordnen ist. Aber letztlich stießen die Handelsaktivitäten auch wegen der noch nicht genügend ausgebauten Infrastruktur an ihre Grenzen.

Rudolf A. Mark hat eine breit recherchierte und sehr materialreiche Studie vorgelegt, die nicht nur auf deutschen, sondern auch auf russischen Archivalien aus Moskau und Taschkent basiert. Obwohl er mit der Darstellung der deutschen Publizistik und der wirtschaftlichen Beziehungen zu Zentralasien auch zwei weitere Aspekte beleuchtet, haben die beiden Hauptka-

pitel eher den Charakter einer traditionellen Diplomatiegeschichte. Hier kommt die inhaltliche Verknüpfung der drei genannten Teile streckenweise zu kurz. Hilfreich wäre es gewesen, wenn zur Visualisierung der manchem Leser wohl nicht geläufigen geographischen Verhältnisse in Zentralasien dem Text etwas großzügiger Karten beigegeben worden wären. Bedauerlich ist darüber hinaus, dass das gestiegene Interesse an Zentralasien nicht in den Kontext der um die Jahrhundertwende entwickelten geopolitischen Konzepte etwa von Friedrich Ratzel und Halford Mackinder gestellt worden ist. Denn beide Autoren hielten die politische Kontrolle Zentralasiens für einen entscheidenden Faktor, um Weltmachtambitionen zu verwirklichen. Dabei sahen sie die Kontinentalmacht Russland gegenüber der Seemacht Großbritannien klar im Vorteil, gerade auch im Hinblick auf das große Potential dieser Region nach einer Durchdringung des eurasischen Kontinents mit einem dichten Netz von Eisenbahnlinien. Es scheint daher zwischen diesen geopolitischen Konzeptionen und dem gestiegenen Interesse an Zentralasien in Publizistik und Diplomatie ein deutlicher Zusammenhang zu bestehen, der weit über die deutschen Grenzen hinausreichte und womöglich eine gesamt-europäische Dimension hatte.

Obwohl Mark keinen spezifisch globalgeschichtlichen Untersuchungsansatz verfolgt, ist in seinem Buch dennoch klar erkennbar, wie eng die europäische Friedensordnung bereits in der Globalisierungsphase des ausgehenden 19. Jahrhunderts mit den Geschehnissen in weit entfernten Regionen verknüpft war, auch wenn dort wie im deutschen Fall keine unmittelbaren nationalen Interessen verfolgt wurden. Gerade deshalb ist Marks Buch, um diese Zusammenhänge nachzuvollziehen, auch über die konkrete Zentralasien-Thematik hinaus sehr lesenswert.

Wolfram von Scheliba, Leipzig

Vene imperium ja Baltikum. Venestus, rahvulus ja moderniseerimine 19. sajandi teisel poolel ja 20. sajandi alguses. 2 [Das Russische Reich und das Baltikum. Russifizierung, Natio-

nalismus und Modernisierung in der zweiten Hälfte des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts. II]. Koostanud Tõnu Tannberg / Bradley Woodworth. Tallinn: Ajaloarhiiv, 2010. 378 S.,

Tab. = Eesti Ajalooarhiivi Toimetised. Acta et Commentationes Archivi Historici Estoniae, 18 (25). ISBN: 978-9985-858-67-7.

Der zu besprechende Band ist der zweite Teil eines Sammelwerkes, das die Spätphase der zarischen Herrschaft in den Ostseeprovinzen insbesondere auf dem späteren Territorium Estlands thematisiert und in diesem Zusammenhang vor allem auf die im Titel genannten Entwicklungen von Russifizierung, Nationalismus und Modernisierung eingeht. Diese Veröffentlichung belegt, dass der *imperial turn* auch in Estland angekommen ist. In älteren Untersuchungen zu diesem Themenkreis stößt der Leser entweder auf eine deutschbaltisch, sowjetisch oder estnisch- bzw. lettisch-national geprägte Sichtweise. Doch die estnische Geschichtsschreibung hat längst begonnen, sich von den alten Paradigmen zu lösen und internationale Entwicklungen aufzugreifen. Dies spiegelt sich auch in den Beiträgen wider. Die beiden Herausgeber, Tõnu Tannberg aus Tartu und Bradley Woodworth aus New Haven, haben alles in allem eine gute Arbeit geleistet. Alle Beiträge sind mit einer längeren englischsprachigen Zusammenfassung versehen, was die Lektüre bei schwächeren Estnischkenntnissen erleichtert, und es lassen sich nur relativ wenige Fehler oder Stilblüten finden.

Zum Konzept dieser Schriftenreihe des Estnischen Historischen Archivs gehört es, bereits publizierte, programmatische Beiträge internationaler Autoren in Übersetzung dem estnischen Lesepublikum vorzustellen. In diesem Fall handelt es sich um Aufsätze von GREGORY VITARBO und MARK VON HAGEN zu Problemen von Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der zarischen Armee. Auf diese Aufsätze wird in der vorliegenden Rezension nicht weiter eingegangen, doch sie passen gut in das Konzept des Bandes.

Die beiden Herausgeber stellen nur eine sehr knappe Einleitung an den Anfang, da sie im ersten Band bereits ausführlich in die Thematik eingeführt haben. INDREK KIVERIK untersucht im ersten Beitrag detailliert die Bemühungen des Staates, Russisch als Verwaltungs- und Bildungssprache in den Ostseeprovinzen

durchzusetzen. Diese waren ein Bestandteil der Reformen zur Unifizierung und Modernisierung des Reiches und stießen auf einen passiven Widerstand der tonangebenden deutschbaltischen Oberschicht. Die höheren Staatsbeamten wollten durch das Russische einerseits ihre Position in den baltischen Provinzen stärken, aber andererseits auf keinen Fall die Stellung des örtlichen Adels unterminieren. Die Reformen wurden von lokalen Institutionen wie den Ritterschaften verschleppt, und im administrativen Bereich war die Russifizierung erfolgreicher als im Bildungssystem.

SIRJE TAMUL untersucht in ihrer Fallstudie die Geschichte der Universität Dorpat/Jur'ev (Tartu) im Zeitraum von 1882 bis 1918 und beschreibt ausführlich sowohl die 1889 einsetzende Russifizierung dieser ursprünglich einzigen deutschsprachigen Hochschule des Zarenreichs als auch die weitere Entwicklung bis zum Ende des Ersten Weltkriegs. Leider ist dieser Aufsatz recht deskriptiv. Mit den deutschbaltischen studentischen Verbindungen dieser Universität und ihren Beziehungen zu anderen sozialen oder ethnischen Gruppen unter den Studenten von den zwanziger bis zu den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts setzt sich der spannende Beitrag von TOOMAS HIIO auseinander. Er führt den Leser in die eher unbekanntere Welt einer multiethnischen osteuropäischen Universität des 19. Jahrhunderts. An dieser bildeten neben den Deutschen Russen, Polen, Juden, Letten und Esten die größten Gruppen, zu verschiedenen Zeitpunkten in unterschiedlichen Proportionen, und das in einer Zeit, als sich nationale Identitäten herausbildeten. Es gab sowohl Konflikte und Spannungen als auch ein friedliches Nebeneinander.

KADRI TOOMING behandelt den Einfluss der Kolonisationspolitik des Reiches, vor allem in Sibirien, auf die Bauernschaft in Nordlivland um die Jahrhundertwende. Im Jahr 1918 lebten immerhin schon 40.000 Esten als Siedler in Sibirien, das waren vier Prozent aller Esten. Hierbei untersucht die Autorin ebenso den legalen Rahmen und die Bemühungen der Verwaltung wie auch die Auswanderungsnetzwerke der Bauern. KERSTI LUST geht auf die Einstellung südestnischer Bauern zum Landkauf

in den Jahren von 1863 bis 1882 ein. Aus Pächtern konnten nun nach Gesetzesreformen Eigentümer werden. Sie widerlegt die Vorstellung, die Bauern seien grundsätzlich skeptisch gewesen, und zeichnet auf breiter Quellenbasis Haltungen und Handlungsstrategien von Bauern nach. Wie die Bauernwirte ihre erworbenen Höfe dann um die Jahrhundertwende vererbten, untersucht ÜLLE TARKIAINEN.

TOOMAS KARJAHÄRM beleuchtet die Diskussion um die mögliche Einführung einer Zemstvo-Verwaltung anstelle der ständisch geprägten Selbstverwaltung, die in den baltischen Provinzen von den deutschbaltischen Ritterschaften dominiert wurde. Estnische und lettische Kreise erhofften sich in der lokalen Politik mehr Mitsprachemöglichkeiten, möglicherweise gar die Gleichberechtigung mit den Deutschbalten. Doch letztlich wurden bis zur Februarrevolution keine tiefgreifenden Reformen der Selbstverwaltung im Baltikum umgesetzt und Esten wie Letten verblieben in einer Position der Diskriminierung. Karjahärm sieht als Ursache des Scheiterns der administrativen Modernisierung die Unfähigkeit der Zentralregierung, zu einem tragfähigen Übereinkommen mit den lokalen Interessenvertretern zu gelangen.

Im hochinteressanten Abschlussbeitrag kritisiert KARSTEN BRÜGGEMANN den Begriff „Russifizierung“ als ein strittiges Forschungsparadigma in der baltischen Geschichte und

greift dabei ältere Kritik an dem Terminus auf. In den westlichen Grenzgebieten des Reiches sei die Politik einer „Russifizierung“ gescheitert, so Brüggemann. Im Gegenteil, im Baltikum können wir in diesem Zeitraum eher von einer Estnisierung und Lettisierung sprechen sowie von einer Stärkung der nationalen Identitäten. Ob „Russifizierung“ nun administrative, sprachliche, kulturelle oder religiöse Praktiken meinte, war keineswegs eindeutig. Auch die Zeitgenossen verfügten über verschiedene Interpretationen für den äußerst komplex verwendeten Begriff. Zwar steigerte das Reich seine Präsenz in den baltischen Provinzen, aber „Russifizierung“ war kein zentrales Ziel der Politik. Am Wirkungsvollsten war wohl die „mentale Russifizierung“ der Ostseeprovinzen; sie wurden im Laufe der Zeit immer stärker als die „unrigen“ angesehen.

Insgesamt bietet dieser Band viel Neues insbesondere in der Diskussion um die Russifizierung, was auch daran liegt, dass die meisten Autoren umfangreiche Archivrecherchen angestellt haben. Einige Aufsätze sind mit jeweils über fünfzig Seiten etwas zu lang und gehen zu sehr ins Detail, doch dem sehr positiven Gesamteindruck leistet dies keinen Abbruch. Es wäre jedenfalls wünschenswert, wenn die besten Beiträge auch einen Weg in eine allgemeiner zugängliche Sprache fänden.

Olaf Mertelsmann, Tartu

PHILIPP THER: Die dunkle Seite der Nationalstaaten. „Ethnische Säuberungen“ im modernen Europa. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2011. 304 S. = Synthesen. Probleme europäischer Geschichte, 5. ISBN: 978-3-525-36806-0.

Der Nationalstaat gilt als politische Errungenschaft der Moderne, weil ihm die Vorstellung zugrunde liegt, dass die Bevölkerung nicht einem den Staat verkörpernden Herrscher untertan ist, sondern eine auf eigenem Recht beruhende, den Staat konstituierende nationale Gemeinschaft bildet. Die Kehrseite dieses Konzepts ist, dass alle, die nicht zur Ethnie der je-

weiligen Nation gehören, von vornherein als Fremdkörper angesehen werden, als außerhalb der nationalen Gemeinschaft stehend gelten und damit bestenfalls als zu ertragendes Element erscheinen. Damit ist – in den multiethnischen Regionen Osteuropas besonders ausgeprägt – ein „Minderheitenproblem“ entstanden, das, wie Philipp Ther darlegt, erst vom Nationalstaat geschaffen wurde und damit eigentlich ein Nationalstaatsproblem ist. Früher hatten in den dynastischen Reichen ethnische Faktoren keine große Rolle gespielt. Parallelgesellschaften konnten friedlich nebeneinander existieren, weil feste Hierarchien das Leben nach ständischen Gesichtspunkten ordneten

und soziale Verhältnisse den Alltag bestimmen, die den ethnischen Unterschieden keine Bedeutung gaben.

Die Logik des Nationalstaates führte dazu, dass die als ethnische Fremdkörper betrachteten Bevölkerungsteile unter Druck gerieten. Die Alternative, vor der diese grundsätzlich standen, lautete Anpassung durch Aufgabe ihrer ethnischen Identität oder Verlassen des Staatsgebiets. Diese Wahl bestand jedoch vielfach nur theoretisch. In der Praxis war die Lage zumeist komplizierter. Wenn es nicht um vereinzelte Individuen, sondern um kompakte Gruppen ging, die bestimmte Gebiete fast allein bewohnten, kam es kaum in Betracht, dass diese in ihrer Gesamtheit zur dominierenden Staatsnation konvertierten oder auswanderten. Wenn daher die Realität dem verinnerlichten Ideal der ethnischen Homogenität widersprach, erschien den Eliten der Staatsnation die Loyalität des betreffenden Bevölkerungsteils zweifelhaft und das von ihm besiedelte Gebiet als fremder, unzuverlässiger Außenposten.

Die daraus erwachsenden Spannung prägten die Situation in Osteuropa, denn dort war – anders als im meist homogenen Westen des Kontinents – die Bevölkerung weithin ethnisch durchmischt. Das war fatal, weil sich die Nationen als Staatskörper definierten, der nicht auf der subjektiven Zustimmung seiner Bürger, sondern dem objektiven Kriterium der ethnischen Einheitlichkeit und Übereinstimmung beruhte. Ethnische Unterschiede galten daher grundsätzlich als staatswidrig – mit der Folge, dass die Herstellung einer ethnischen Homogenität notwendig erschien. Die Habsburgermonarchie scheiterte mit dem Versuch, sich gegen dieses Konzept zu wehren: Sie vermochte ihre multiethnische Existenz nicht durch Regelungen zu sichern, die den ethnisch-kulturellen vom politisch-staatlichen Bereich trennten. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bildeten die Nationalstaaten in Osteuropa ihre Verhaltensmuster heraus: Sie suchten die missliebigen Minderheiten durch Druck entweder zur Assimilation oder zur Abwanderung zu veranlassen. Dahinter stand das Ziel, das eigene Territorium durch ethnische Homogenisierung zu sichern. Zugleich verfolgten viele auch expansi-

ve Absichten, indem sie Ansprüche auf Gebiete jenseits der Grenzen erhoben, die von einer ko-ethnischen Bevölkerung bewohnt wurden.

In den Balkankriegen von 1912/13 praktizierte man erstmals Vertreibungen – vorgeblich auf gegenseitiger Basis, faktisch aber schon damals mit einseitigen Akzenten. Den Betroffenen wurde nicht mehr erlaubt, zwischen Optionen zu wählen, um Einfluss auf ihr Schicksal zu nehmen: Man entfernte sie aufgrund „objektiver“, das heißt von staatlichen Bürokratien nach Kriterien der Sprache oder auch Abstammung fixierter Zuschreibung aus ihrer Heimat. Schon damals zeigte sich so wie später immer wieder, dass die Vertriebenen selbst dann, wenn sie keinen Ausschreitungen ausgesetzt waren und Zusagen bezüglich ihrer Existenz am neuen Lebensort erhalten hatten, einer erheblichen wirtschaftlichen und sozialen Deklassierung unterlagen. Wie sie litten auch die Regionen, die sie verlassen mussten; diese wurden in manchen Fällen sogar zu permanenten Notstandsgebieten. Dennoch fand das Vorgehen international allgemeinen Beifall; vor allem bei den Briten galt es als vorbildliche Lösung ethnischer Probleme. Das war möglich, weil die maßgeblichen Politiker und Meinungsführer von den Verhältnissen vor Ort keine Notiz nahmen und es aufgrund ihrer nationalstaatlichen Denkweise für gut und richtig hielten, dass auf diese Weise der ärgerliche Bevölkerungsmix ‚entzerrt‘ wurde und die staatliche Ordnung damit eine nach ihrer Ansicht sichere Grundlage erhielt. Bei den damaligen wie den späteren Vertreibungen handelte es sich in aller Regel nicht um die Befriedigung aufgestauter Ablehnungs- oder Hassgefühle, sondern um rational geplante und von oben her in Gang gesetzte Aktionen.

Die Überzeugung, dass eine nationalstaatlich bestimmte Ordnung prinzipiell keine Probleme schaffe, und die positiven Resultate, die mit dem „Bevölkerungsaustausch“ angeblich erreicht worden waren, veranlassten die Sieger im Ersten Weltkrieg dazu, die multiethnischen Reiche bedenkenlos in Staaten aufzuspalten, die sich als Nationen gerierten, faktisch aber ihrerseits kleine multiethnische Reiche waren. 1923 befürworteten die Briten, als sie nach

dem Krieg zwischen Griechenland und der Türkei den Frieden vermittelten, „Umsiedlungen“ als eine vermeintlich für alle Seiten gute Regelung. Die vor allem für die Griechen langfristig fatalen Folgen erschütterten auch hinterher nicht die vorgefasste Meinung, dass die Methode heilsam sei. Das bestimmte daher die westliche Politik weiter – mit überaus unheilvollen Folgen vor allem in den Jahren von 1938 bis nach dem Zweiten Weltkrieg. Das zeigte sich, als in den späten dreißiger Jahren die Brüchigkeit der 1919 von den Siegern in Osteuropa etablierten nationalstaatlichen Ordnung zutage trat, die sich aus der offenkundigen Diskrepanz zwischen dem Anspruch der Staaten auf ethnische Homogenität und der Tatsache ihrer ethnischen Heterogenität ergab.

Hitler nutzte die Forderung nach national gerechten ethnischen Verhältnissen erfolgreich als Expansionsinstrument. Die britische Politik war ihm zu Anfang behilflich, weil sie von der Annahme ausging, er wolle den deutschen Nationalstaat vollenden, und zudem hoffte, durch die Bereitschaft zur Konfliktlösung die drohende Verwicklung in einen Krieg abzuwenden. Als Hitler aber durch „Zerschlagung der Resttschechei“ im März 1939 den imperialistischen Charakter seiner Ambitionen zu erkennen gab, änderte Großbritannien seinen Kurs radikal. Als er anschließend erneut mit nationaler Begründung Forderungen erhob, diesmal gegenüber Polen, fand er in London keinen Glauben. Der Weg in den Zweiten Weltkrieg war beschritten. In großem Umfang setzten gewaltsame Bevölkerungsverschiebungen ein. Hitler suchte im Osten den „deutschen Volksboden“ durch Vertreibung von Angehörigen anderer Völker, vor allem von Polen, und durch „Heimholen“ der in Osteuropa verstreuten Deutschen massiv zu erweitern. Die Briten und andere Westmächte hielten daran fest, dass ethnische Separation heilsam und geeignet sei, dem Frieden künftig eine feste Grundlage zu geben. Vor diesem Hintergrund waren die Briten und Amerikaner prinzipiell damit einverstanden, dass Stalin das Verlangen nach territorialen Veränderungen mit dem Standpunkt verband, die Deutschen müssten aus den von ihnen abzutretenden Gebieten entfernt werden.

Bedenken gab es nur bezüglich des Umfangs, wenn dadurch ein Destabilisierungsrisiko entstand. Von ihrer Zustimmung rückten sie erst in der frühen Nachkriegszeit ab (ohne sich freilich um eine Revision der inzwischen geschaffenen Verhältnisse zu bemühen), als UdSSR und Kommunismus zur entscheidenden Herausforderung wurden.

Philipp Thers Monographie besticht dadurch, dass nicht nur so gut wie alle relevanten (unter Einschluss der Vertreibungen 1947 in Indien und Pakistan und Anfang der neunziger Jahre im nachkommunistischen Jugoslawien), sondern auch die zumeist übersehenen bzw. ignorierten Vorgänge aufgeführt werden. Der Text ist ungewöhnlich klar und sowohl für Fachleute wie Laien verständlich formuliert, zudem sehr übersichtlich gegliedert. Hervorzuheben sind auch die überaus fein differenzierende Darstellung und die deutliche Abgrenzung des Phänomens der ethnischen Säuberung von anderen Formen der Gewalt gegenüber Bevölkerungsgruppen. Die – außerordentlich selten vorkommenden – Irrtümer und Defizite sind demgegenüber fast bedeutungslos. Als solche sind mir lediglich aufgefallen, dass die deutsche Heeresleitung im Ersten Weltkrieg als „Führung der Deutschen Reichswehr“ bezeichnet wird (was im Blick auf die 100.000-Mann-Truppe richtig wäre, die 1919 der Weimarer Republik von den Siegern zugebilligt wurde), dass Stalin die Übergabe der deutschen Ostgebiete an Polen nicht von Anfang an bis zur Lausitzer Neiße, sondern zunächst nur bis zur Glatzer Neiße beabsichtigte (so dass Niederschlesien weithin bei Deutschland geblieben wäre), und dass Beneš nur eine teilweise „Aussiedlung“ der deutschen Bewohner des Sudetenlandes gefordert habe. Wie ich in einer Untersuchung zeigen konnte, die *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* 2013 hielt sich Beneš nur gegenüber den Briten zurück, weil er bei diesen mit dem Verlangen nach Totalvertreibung auf Widerstand stieß. Deshalb wandte er sich an Stalin und lieferte ihm gegen die Lizenz, alle Deutschen entfernen zu dürfen, die Tschechoslowakei politisch aus.

Das Buch kann als das führende Werk über

die Zusammenhänge zwischen dem Konzept des Nationalstaats und dem Phänomen der ethnischen Säuberungen gelten – ein Phänomen, das heute zwar in der europäischen Ur-

sprungsregion wenig aktuell zu sein scheint, sich aber von dort auf viele andere Länder vor allem in Afrika verbreitet hat.

Gerhard Wettig, Kommen

Den Blick nach Osten weiten. 50 Jahre Slavisches Seminar der Universität Zürich (1961–2011). Hrsg. von Peter Brang / German Ritz / Sylvia Sasse / Daniel Weiss. Zürich: Chronos, 2011. 220 S., Abb. ISBN: 978-3-0340-1099-3.

Warum sollte man als – im Idealfall von der slavischen Philologie kommender und also mit deren fachlichen wie methodischen Besonderheiten vertrauter – Historiker zur vorliegenden Festschrift greifen? Obwohl die Schweiz insbesondere zu Russland seit Ausgang des 18. Jahrhunderts vielfältige Verbindungen hatte, gelang es der Slavistik lange Zeit nicht, sich in dem Alpenland zu institutionalisieren. Lediglich vereinzelt und gemäß den Vorlieben der jeweiligen Forscher wurde sie in Lehrveranstaltungen vermittelt. Erst zum Sommersemester 1961, angesichts der gewachsenen Bedeutung der osteuropäisch-slavischen Welt auch für die Eidgenossenschaft, wurde aus Anlass der Berufung Peter Brangs (geb. 1924) das Slavische Seminar an der Universität Zürich gegründet. Brang vertrat zunächst sowohl den linguistischen als auch literarischen Zweig, ehe 1974 ein eigener Lehrstuhl für Slavische Sprachwissenschaft geschaffen und mit Robert Zett (1935–2010) besetzt wurde. Brang verstand slavische Philologie als Erforschung der Sprachen und Literaturen vor dem Hintergrund der Geschichte und Kultur der slavischen Völker. Das Seminar kooperierte daher immer wieder mit der Zürcher osteuropäischen Geschichte, die 1971 einen eigenen Lehrstuhl (besetzt mit dem 1937 geborenen Carsten Goehrke) erhielt. Über diese Entwicklungen, darunter auch den Anteil des Seminars an der Förderung des Russischunterrichts in Schweizer Schulen sowie die Einbindung der Schweizer Slavistik in die internationalen Forschungsverbände, weiß der Beitrag BRANGS anschaulich und detailreich zu berichten. Das Interview, das Sylvia Sasse mit dem Nestor der Zürcher

Slavistik zusätzlich geführt hat, ergänzt seine Erinnerungen kurzweilig, aber sinnvoll, und enthält vor allem in den Zwischentönen Details, aus denen der interessierte Historiker die eine oder andere Anregung wird entnehmen können.

Mit dem Umbruch in Osteuropa 1989/90 änderten sich, wie andernorts auch, die Rahmenbedingungen der Zürcher Slavistik. Zudem verließen bis 1993 nacheinander Brang und Zett aus Alters- bzw. gesundheitlichen Gründen ihre Lehrstühle. Über die nun folgende Phase bis heute berichtet GERMAN RITZ, der das Seminar seit seiner Studienzeit kennt und jetzt als Professor dort arbeitet. Ritz schreibt in seiner inhaltlich wenig überraschenden Bestandsaufnahme von der „Normalisierung“ der Slavistik in den neunziger Jahren, von den strukturellen Veränderungen am Seminar und in den Prüfungsordnungen sowie von Gastdozenten aus und Exkursionen in die slavische Welt. Anderes, was man als Historiker jenseits der engeren Fachgrenzen ebenfalls gern (oder lieber?) erführe, bleibt demgegenüber offen, so z.B., ob und wie sich der tiefgreifende politische, gesellschaftliche und kulturelle Wandel in Osteuropa in den neunziger Jahren auf Forschung, Lehre und Studium der interdisziplinär orientierten Slavistik in Zürich ausgewirkt hat. In Ansätzen hilft diesbezüglich nur der Erfahrungsbericht von JOCHEN-ULRICH PETERS weiter, der von 1991 bis 2008 in Zürich wirkte. Sein Beitrag sowie diejenigen von sieben seiner Kollegen runden den Gesamtblick ab und verfolgen den Zweck, die „Perspektive [zu] öffnen und individuell [zu] akzentuieren“ (S. 88). Das ist für künftige historische Forschungen zweifellos inspirierend, auch wenn der Aussagegehalt dieser Memoiren, insoweit den sich anschließenden Interviews nicht unähnlich, naturgemäß von unterschiedlichem Wert ist. Insgesamt aber ist den Herausgebern gleichwohl eine anschauliche

und in weiten Teilen auch inhaltsreiche Dokumentation zu einem halben Jahrhundert Slavis-

tik in Zürich gelungen.

Viktor Nerlich, Berlin

Russlandheimkehrer. Die sowjetische Kriegsgefangenschaft im Gedächtnis der Deutschen. Hrsg. von Elke Scherstjanoi. München: Oldenbourg, 2012. VI, 264 S., zahlr. Abb. = Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Sondernummer. ISBN: 978-3-486-70938-4.

Der Sammelband geht auf ein im Januar 2008 von der Berliner Abteilung des Instituts für Zeitgeschichte und dem Deutschen Historischen Museum veranstaltetes Kolloquium unter dem Titel *Deutsche Kriegsgefangene in sowjetischen Lagern. Bilder – Sprache – Gedenken* zurück. In der Einleitung stellt die Herausgeberin das Projekt als „in der Summe buntes Spektrum historischer ‚Bild‘-Analysen“ vor und erklärt den Bild-Begriff als „Konstrukte aus menschlich verarbeiteten Eindrücken aller Art“ (S. 2), die in einem weiteren Schritt auf ihre „Funktionalität im historisch-politischen Kontext“ (S. 3) befragt werden sollen. Dass hierbei sich der deutsch-deutsche Vergleich geradezu aufdrängt, erscheint einleuchtend. Die Feststellung jedoch, dass ein „derart thematisch fixierter, deutsch-deutsch vergleichender Blick [...] bislang noch auf keinen Aspekt der deutschen Nachkriegs-Vergangenheitsarbeit gerichtet“ worden sei (S. 4), darf zumindest mit Blick auf den Problembereich Flucht, Vertreibung, Integration bezweifelt werden. Der Band verzichtet auf theoretische Erörterungen, und der Anspruch der Beiträge wird als bewusst empirisch beschrieben. So beschäftigt sich die Einleitung nach einer begrifflich stark komprimierten Vorstellung verschiedener Theoreme zu Erinnerung und Bildhaftigkeit in ihrem zweiten Teil dann auch ganz konkret mit dem gegenständlichen Bild, dem Entstehungsprozess und der Verwertung von Fotografien und Zeichnungen aus den Gefangenenlagern der Sowjetunion anhand zahlreicher Beispiele. Bereits hier macht die Herausgeberin auf die politische Funktion der Bilder als anklagende Verwertung, die in die dominante Erinnerungsliteratur der alten Bundesrepublik passte und zu einer

sehr selektiven Auswahl des Bildmaterials führte, aufmerksam mit der Konsequenz, dass interessantes Bildmaterial, das nicht zu den Vorgaben passte, erst nach 1990 an die Öffentlichkeit gelangte und somit durchaus weiterhin mit neuem Material zum Thema gerechnet werden kann.

Der Band umfasst zwölf Beiträge, die das Thema der Kriegsgefangenschaft in der Sowjetunion aus der Perspektive von persönlicher Erinnerung, von Bildern, Filmen und Literatur in der Bundesrepublik, der DDR aber auch der Sowjetunion behandeln. Eine Ausnahme bildet der Beitrag von PHILIP STIASNY über die Kriegsgefangenschaft in Literatur und Film der Weimarer Republik. Insofern muss gefragt werden, ob der Titel gut gewählt ist, denn es geht ja nicht um die Russlandheimkehrer, sondern um ihre Zeit in der Gefangenschaft. Die Herausgeberin beginnt mit einem bemerkenswerten Text zum Problembereich der Zeitzeugenbefragung und dessen aktuellen Aspekten. Im Wesentlichen geht es um die Analyse eines Interviewprojektes, das von der Verfasserin zwischen 2005 und 2008 mit Zeitzeugen zum Thema Kriegsgefangenschaft durchgeführt wurde. Sie stellt das Projekt in den Zusammenhang des Selbstfindungsprozesses der Deutschen nach 1989, dem das Bedürfnis nach einer Normalisierung inhärent ist und der sich mit einem Opfer-Diskurs verbindet als „Teil einer neokonservativen Entdifferenzierung und Entproblematisierung“ (S. 19), ähnlich dem Zustand Anfang der 50er Jahre in der Bundesrepublik. Diesem Trend stehen jedoch die großen Möglichkeiten einer Versachlichung des Diskurses durch fortgeschrittenes Wissen, den breiten Geschichtsdiskurs und die neuen Kommunikationsformen entgegen, deren Früchte sich bereits in der breiteren Wahrnehmung des Schicksals der sowjetischen Kriegsgefangenen in Deutschland und der Verstöße auch westlicher Siegermächte gegen das Kriegsrecht zeigen. Die Darstellung folgt Schlüsselbegriffen der Gefangenschaft wie Gefangennahme,

Viehtransporte, Stacheldraht, usw. Allgemein stellt die Autorin bereits eine Versachlichung fest. Die weit verbreitete Unterscheidung zwischen einfachen, guten Russen und der grausamen Machtelite steht nunmehr eher im Hintergrund, und auch die „Antifa-Schelte“ findet kaum noch statt. Allein das Ärztinnen-Bild, dem die Autorin sich in einem Beitrag am Ende des Bandes noch einmal gesondert zuwendet, erscheint von einer positiven Kontinuität. Den Grund der Versachlichung sieht die Autorin weniger in der unterschiedlichen Prägung durch zwei deutsche Nachkriegsgeschichten als mehr im Alter und im historischen Abstand der Befragten, vor allem aber in der Tatsache, dass nunmehr eher untere Ränge zu Worte kommen, wenn auch klarere Wertungen erst durch Milieustudien zustandekommen würden, die als Aufgabe für die Forschung bestehen.

Vier Beiträge haben die Ausgestaltung der Erinnerungskultur zur Gefangenschaft in der Bundesrepublik des Nachkriegs zum Gegenstand. BIRGIT SCHWELING schreibt unter dem Titel *Verlorene Jahre?* über den Verband der Heimkehrer. Der VdH war, 1950 gegründet, innerhalb weniger Jahre zum mitgliederstärksten und einflussreichsten Veteranenverband der Bundesrepublik geworden. Ein zentrales Feld seiner Tätigkeit war die öffentlichkeitswirksame Darstellung der Erinnerung an die Kriegsgefangenen und die Kriegsgefangenschaft, wobei die Kriegsgefangenschaft in der Sowjetunion von vornherein die beherrschende Rolle spielte. Mit wenigen Symbolen versinnbildlicht und auf detaillierte Schilderungen des Lageralltags, vor allem des Lagerregimes weitgehend verzichtend, wurde die Opferrolle als Gründungsmythos des Verbandes etabliert, aus der die Gemeinschaft der Gefangenen erwuchs als einzig sinnstiftendes Element des Daseins. Aus der Analyse der Tätigkeit des Verbandes und seiner Schriftlichkeit entwickelt die Autorin zwei Hauptrichtungen der Argumentation des Verbandes. Das ist einmal die kulturpessimistische Sicht auf die Konsumgesellschaft der frühen Bundesrepublik und zum anderen die Stoßrichtung gegen die „Anderen“ im Lager, die antifaschistischen Aktivisten und

die Funktionshäftlinge, die die Seite gewechselt hatten. Eben diese Elemente der Grunderzählung des VdH bestimmten die Ausstellungen des Verbandes 1951–1962, die ANDREA VON HEGEL in ihrem Beitrag *Der Sinnlosigkeit einen Sinn geben* beschreibt, und sie sind Gegenstand von Buchillustrationen, die BERTHOLD PETZINNA vorstellt. In diesen allgemeinen Werte- und Bewertungsmaßstab ordnen sich auch *Berichte aus der sowjetischen Kriegsgefangenschaft* ein, die derselbe Autor in einem weiteren Beitrag thematisiert. Gerade diesen „Anderen“ widmet sich der Autor mit der Beschreibung von gegenseitigen Vorwürfen, die in einer regelrechten Prozesswelle in den 50er Jahren mündeten. Er schildert darüber hinaus in einem eigenen Abschnitt ausführlicher die in der Einleitung bereits erwähnten Muster der Bewertung des einfachen Russen und des Apparatschiks. Darauf, dass es bereits zeitgenössische „Gegenerzählungen“ gegeben hat macht HELMUT PEITSCH in seiner literaturwissenschaftlichen Analyse des Romans *Wunschkost* von Hans Bender aufmerksam und verbindet damit eine vergleichende Analyse der Literatur über die Gefangenschaft in den 50er Jahren. LEONORE KRENZLIN widmet sich der Perspektive der anderen Seite und analysiert in ihrem Beitrag unter dem Titel *Lagerfrust und Antifa* die Darstellung des Kriegsgefangenenenschicksals in der DDR-Literatur. Bereits 1949 war im von der sowjetischen Besatzungsmacht gegründeten SWA-Verlag ein Sammelband *Kriegsgefangene in der Sowjetunion* erschienen. Wohl als Entgegnung auf westdeutsche Schreckensberichte über den Lageralltag konzipiert, wurde dieser Publikation ein dokumentarischer Charakter gegeben, um ihre Glaubwürdigkeit zu steigern, die die Verfasserin zurecht in Zweifel zieht allein schon angesichts der Tatsache, dass sämtliche Berichte unter Lagerbedingungen zustande kamen und eben nicht von Heimkehrern unter freien Bedingungen verfasst wurden. Außerdem war es kein Geheimnis, dass Kritik an den Verhältnissen in den sowjetischen Kriegsgefangenenlagern unerwünscht war. Darstellungen des Lagerlebens sind deshalb auch in der DDR-Literatur selten geblieben. Franz Fühmann erregte mit seinem lyrischen Text *Fahrt*

nach *Stalingrad* 1953 einige Aufmerksamkeit und Johannes Bobrowski sah seinen Text *Bericht über die ersten Jahre der Gefangenschaft* gar nicht erst zur Veröffentlichung vor, sondern verstand ihn als Selbstverständigung über den Zerfall der sozialen Beziehungen unter den Bedingungen der Haft. Eine Ausnahme bildet der Roman *Die Lüge* von Herbert Otto, der zwar die Frage der Schuld in den Mittelpunkt rückt, aber durchaus auf die leidvollen Erfahrungen der Lagerhaft hinweist. Deutlicher wird Hermann Kant in seinem Roman *Der Aufenthalt*, der in einer anspruchsvollen Handlung die Frage der Schuld sehr geschickt reflektiert, dennoch keinen Zweifel an den erbärmlichen Bedingungen im sowjetischen Kriegsgefangenenlagern lässt und sie als künstlerisches Mittel benutzt.

Der Band schließt mit Beiträgen über die Kriegsgefangenschaft im Film ab. PETER JAHN gibt Beispiele für die Helden- und Opferrollen anhand von Spielfilmen in der Bundesrepublik

der 50er und frühen 60er Jahre, RALF SCHENK analysiert das DEFA-Kino zum Thema Kriegsgefangenschaft und kommt zu dem Schluss, dass es eigentlich nur zwei Filme, 1970 und 1977, gab, die dieses Thema berücksichtigten, ansonsten der (Anti)Kriegsfilm dominierte, der sich aber nahezu ausschließlich mit dem Krieg im Osten beschäftigte. Einen ähnlichen Befund trifft ELENA MÜLLER für den deutschen Kriegsgefangenen im sowjetischen Film. Er kommt eigentlich nicht vor. Erst durch die Perestroika wird er im Zusammenhang mit einer ersten kritischen Auseinandersetzung mit dem Sowjetsystem als Mensch entdeckt und als Teil des Lagersystems gesehen. Die Darstellungen bleiben aber diffus und eher selten, in der Ära Putin zunehmend mit der Position des Besiegten und Gedemütigten. Eine Dokumentation über Filmbilder schließt den Band ab. Er besitzt ein Autorenverzeichnis.

Ralph Schattkowsky, Rostock/Torun

E. THOMAS EWING: *Separate Schools. Gender, Policy, and Practice in Postwar Soviet Education*. DeKalb, IL: Northern Illinois University Press, 2010. XII, 300 S., 16 Abb. ISBN: 978-0-87580-434-7.

1943, mitten im Krieg, wurde in der Sowjetunion nach einer äußerst kurzen Vorbereitungszeit eine große Anzahl reiner Mädchen- bzw. Knabenschulen geschaffen. In Moskau und Leningrad waren davon fast alle Schüler betroffen, durchschnittlich wurden in den Städten 40 bis 60 Prozent der Schüler erfasst, in den Dörfern hingegen blieb die Koedukation bestehen.

1954, nach einer mehrjährigen Debatte, bei der zahlreiche Bürger diese Form von Geschlechtertrennung kritisiert hatten, beschloss die sowjetische Führung die Rückkehr zur Koedukation. E. Thomas Ewing erklärt in seiner Monographie, was zu den beiden radikalen Kehrtwenden in der Bildungspolitik geführt hat, wie die Maßnahmen umgesetzt wurden und wie die Betroffenen darauf reagierten.

Chronologisch gegliedert, beginnt sein Buch mit den Gründen und Umständen der Abkehr

von der Koedukation. Bereits vor Kriegsbeginn, im Mai 1941, ordnete das Bildungsministerium die Schaffung von „Gymnasien“ an, geschlechtergetrennten Schulen, wie sie im vorrevolutionären Russland bestanden hatten. Begründet wurde sie mit der Aussage, dass in der Sowjetunion die Geschlechtergleichheit verwirklicht sei und man daher den spezifischen Bedürfnissen von Jungen und Mädchen Rechnung tragen könne. Hinter dieser widersprüchlichen Auffassung stand das Gefühl, dass sich mit gemischten Klassen Probleme wie Disziplinmangel nicht in den Griff bekommen ließen und deshalb ein neuer Ansatz gefragt sei. Der Kriegsbeginn im Juni 1941 schuf für die Umstellung einerseits äußerst ungünstige Voraussetzungen, galt es doch Schulen wie Schüler zu evakuieren, Gesellschaft und Armee zu mobilisieren und die gewaltigen menschlichen und materiellen Verluste zu bewältigen. Andererseits gewann nun aber die Meinung, dass Mädchen und Jungen auf besondere Rollen als Mütter bzw. Soldaten vorbereitet werden müssten, weitere Anhänger. Der Vergleich zeigt, dass das Bedürfnis nach geschlechtergetrennt-

ten Schulen auch in anderen Ländern und politischen Systemen in Krisensituationen wuchs.

Laut Ewing führten eher die Umstände des Weltkriegs und weniger die konservative Wende der Stalinjahre zur Abkehr von der Koedukation. Er argumentiert, dass am Ideal der Geschlechtergleichheit immer festgehalten wurde und die geschlechtergetrennten Schulen daran gemessen wurden. Der Widerspruch zwischen Ideal und Praxis hat die Umsetzung der Maßnahme dann wesentlich geprägt. Zum einen machte die Geschlechtertrennung nur Sinn, wenn unterschiedliche Inhalte unterrichtet wurden. Zum andern aber bildete die Vermittlung gleicher Lehrplaninhalte das oberste Ziel. Danach richteten sich auch die Lehrkräfte, weshalb es grundsätzlich nur in Randbereichen zu Abweichungen kam. In der Biologie wurde entweder mehr vom Männer- oder vom Frauenkörper gesprochen, in der Geschichte über heroische Frauengestalten referiert oder der Verlauf von Schlachten analysiert. Mädchen lernten die Kunst der Hauswirtschaft, Knaben hatten militärisches Training. Einzelnen Lehrpersonen und Schulbehörden genügte diese Anpassungen nicht. Sie forderten, dass Mädchen mehr geistes-, Knaben mehr naturwissenschaftliche Inhalte zu vermitteln seien. Damit erreichten sie jedoch eher das Gegenteil, wurden doch nun umgekehrt Befürchtungen laut, dass in geschlechtergetrennten Schulen Mädchen schlechter ausgebildet und die akademischen Standards aufgeweicht würden.

Wie stark sich der Kenntnisstand von Mädchen und Knaben am Ende ihrer Schulzeit tatsächlich unterschied, wurde nie in repräsentativem Umfang gemessen. Stattdessen war die Wahrnehmung der Geschlechtertrennung geprägt von persönlichen Erfahrungen, Spekulationen und Projektionen. Mädchenschulen galten als ruhig, warm und sauber, die Knabenschulen dagegen als lärmig, chaotisch und als Herd von Zerstörung und Gewalt. Umgekehrt hielt man den Knaben genuines Interesse, Vorstellungskraft und analytisches Vermögen zu gute, während man bei den Mädchen versteckte Gemeinheiten und dem Hang zum reinen Auswendiglernen beobachtete. Schulbehörden

berichteten von unkontrollierbaren Knabenschulen. Lehrer, die sich hier behaupteten, galten als gute Pädagogen. Mädchenschulen hingegen wurden mit Sanatorien verglichen.

Die Disziplinprobleme an den Knabenschulen wurden mit zu geringer Betreuung, gemessen an den pädagogischen Bedürfnissen, in Zusammenhang gebracht: die Klassen zählten bis zu 40, die Schulen bis zu 1600 Schüler. Die Behörden reagierten mit der Umverteilung bewährter Lehrer an die Knabenschulen und dem Bau von Turnhallen als Ventil für die überschüssige Energie. Angesichts der angespannten Ressourcenlage führten diese Maßnahmen aber dazu, dass sich die Mädchenschulen benachteiligt fühlten und den Widerspruch zwischen dem Ideal der Gleichheit und der Realität der Schlechterstellung beklagten. 1950 stellte ein Psychologe in der *Literaturnaja Gazeta* sein Unbehagen öffentlich und ausführlich dar. Seine Kritik sprach zahlreichen Lesern und Leserinnen aus dem Herzen. Sie antworteten mit teilweise veröffentlichten Briefen und sprachen sich mehrheitlich gegen die Geschlechtertrennung an den Schulen aus. Es folgten Schul- und Elternversammlungen mit weiteren Plädoyers für die Rückkehr zur Koedukation. Wohl kritisierten die Pädagogen, Eltern und Schülerinnen nur eine spezifische staatliche Maßnahme. Dennoch ist erstaunlich, wie viele Menschen sich nach Jahrzehnten der Repression und inmitten einer neuen Verfolgungswelle getrauten, ihren Unmut direkt zu äußern.

1954 beschloss die sowjetische Regierung, zur Koedukation zurück zu kehren. Was genau zur Entscheidung geführt hat, lässt sich nicht eruieren. Das Beispiel zeigt aber, dass auch Diktatoren die Bedürfnisse der Bevölkerung nicht einfach so ignorieren können. Vom elfjährigen Versuch, durch Geschlechtertrennung bessere Voraussetzungen für die Schulbildung zu schaffen, waren Millionen von Schülern betroffen. Gleichzeitig bestand aber während der ganzen Phase in der Mehrheit der sowjetischen Schulen die Koedukation fort. Langfristige Auswirkungen auf das Schulsystem oder die Gesellschaft sind nicht ersichtlich. Die Bedeutung des Unternehmens sieht Ewing daher vor allem in den gesammelten Erfahrungen. Diese

lohnt es sich überall da zu studieren, wo heute die Einführung geschlechtergetrennter Schulen erwogen wird.

Ewings große Leistung besteht darin, dass er ein umfangreiches und spannendes Quellenmaterial aus neun zentralen Archiven und sieben Bibliotheken aufgearbeitet hat. Darunter sind auch die Staatsarchive von Kasachstan und Usbekistan. Diese galten als rückständige Regionen, wo die Emanzipation der Frauen ein besonderes Ziel wie auch eine besondere Rechtfertigung der sowjetischen Politik bildete. Durch die Vielzahl von Quellen entsteht ein sehr dichtes Bild und Ewing kann seine The-

sen gut belegen. Schade nur, dass er keine Interviews mit Betroffenen geführt hat. Durch sie könnte man besser erfahren, was den damaligen Schülerinnen und Schülern wirklich am Herzen lag. Insbesondere die Sexualität bildete ein Tabuthema, das von den schriftlichen Quellen als Schreckgespenst nur gestreift, in ihrer Bedeutung für den Schüleralltag kaum erfasst wird. Davon abgesehen sei dieses Buch allen empfohlen, die sich für Bildungspolitik, Geschlechterfragen sowie sowjetische Geschichte während und nach dem Weltkrieg interessieren.

Eva Maeder, Winterthur

GERD STRICKER: Geschichte der russischen orthodoxen Kirche in der Diaspora. Berlin: OEZ Berlin-Verlag, 2009. 141 S. ISBN: 978-3-940452-23-8.

Gut zwanzig Jahre nach dem Ende der Sowjetunion ist die Russische Orthodoxe Kirche aus dem gesellschaftlichen und politischen Leben Russlands kaum mehr wegzudenken. Dabei war und ist die kirchenrechtliche Autorität der Moskauer Patriarchatskirche nicht unangefochten, sah sie sich doch nach der russischen Revolution mehreren, einander oft polemisch bekämpfenden Jurisdiktionen im Ausland gegenüber. Gerd Strickers informativer Band bietet eine kompakte und systematische Darstellung der verschiedenen russischen Auslandskirchen seit Anfang der 1920er Jahre; sein eigentliches Interesse aber gilt den Versuchen des Moskauer Patriarchats, diese seit dem Ende der Sowjetunion unter ihr kanonisches Dach zu bringen.

Ihren bislang wesentlichsten Erfolg konnte die Moskauer Patriarchatskirche im Mai 2007 erzielen, als sich ihr, nicht ohne tatkräftige Unterstützung des russischen Präsidenten Putin, die 1921 aus einem Konzil im serbischen Karlowitz hervorgegangene Russische Orthodoxe Auslandskirche (ROKA) unter Beibehaltung einer gewissen Autonomie eingliederte. Geleitet zunächst von dem charismatischen Metropoliten Antonij, stand die ROKA der Sowjetunion stets äußerst kritisch gegenüber, ohne dabei

ihre monarchistischen Sympathien zu verstecken. Ihre dezidiert national-konservative und antikommunistische Haltung behielt sie im Wesentlichen bis in die Gegenwart bei, wodurch sie, so Stricker, die „konsequenteste unter den russischen Emigrantenkirchen“ (S. 11) wurde. Dass die ROKA stärker als andere Exilkirchen stets an ihrem „russischen“ Charakter festhielt und Assimilationsprozessen und ökumenischen Kontakten skeptisch gegenüberstand, war sicherlich eine entscheidende Voraussetzung für die jetzige Vereinigung mit dem Moskauer Patriarchat.

Dadurch unterscheidet sich die ROKA vor allem von dem einst von Metropolit Evlogij in Paris geleiteten Westeuropäischen Erzbistum, das heute dem Konstantinopoler Patriarchen untersteht. Besondere Bedeutung erlangte diese Eparchie durch die aktive Teilnahme an der ökumenischen Bewegung der Zwischenkriegszeit sowie durch das 1925 gegründete St.-Sergius-Institut in Paris, in dem bedeutende russische Theologen und Philosophen im Exil eine geistliche Heimat fanden. Im Unterschied zur ROKA hat dieses Bistum allmählich seinen rein russischen Charakter abgelegt. Ähnliches gilt auch für die Orthodoxe Kirche in Amerika (OCA), die sich 1946 zunächst von der ROKA abgespaltete und dem Moskauer Patriarchat zuwandte, von dem es dann 1971 die Autokephalie erhielt.

Letztendlich, so macht Strickers Darstellung klar, widerspiegeln sich in dem heute oft ge-

spannten Verhältnis des Moskauer Patriarchats zu den verbliebenen Exilkirchen tiefergehende soziale und kulturelle Prozesse. Auf der einen Seite stehen inzwischen kulturell assimilierte Nachkommen der einstigen Emigranten, die weiterhin ein offenes Verhältnis zur Ökumene suchen und die Rolle der Laien auch bei der Bischofswahl beibehalten wollen. Auf der anderen Seite stehen Anhänger des Moskauer Patriarchats, deren Zahl in jüngster Zeit vor allem durch russische Auswanderer zunimmt und die größeren Wert auf die russischen Wurzeln als auf die demokratischen Mechanismen ihrer Kirche legen. Anhänger der Moskauer Patriarchatskirche erfahren neuerdings auch Unterstützung durch den russischen Staat, dessen Präsenz und Einflussnahme in Emigrantenkreisen sich nicht zuletzt in unschönen, öffentlich ausgetragenen Immobilienstreitigkeiten manifestiert hat.

Gegenüber den aktuellen kirchenpolitischen Problemen treten die geschichtlichen Aspekte der russischen Exilkirchen bei Stricker etwas in den Hintergrund. Hier finden sich auch einige Ungenauigkeiten: So unterrichtete am Pariser St.-Sergius-Institut nicht etwa der Philosoph Ivan Il'in, sondern der Theologe Vladimir Il'in

(S. 40). Auch die Gewichtung der einzelnen Unterkapitel überzeugt nicht immer. Die wichtige Frage nach dem Verhältnis der ROKA zum Nationalsozialismus wird beispielsweise auf lediglich zwei knappen Seiten abgehandelt. Dagegen werden eher belanglosen finanziellen Affären in der Führung der OCA fast doppelt so viele Seiten gewidmet.

Schließlich wird auch die neueste, vor allem russische, Forschungsliteratur nur unzureichend rezipiert. Wichtige Arbeiten, beispielsweise von V. I. Kosik zur russischen Kirche in Jugoslawien oder von M. V. Škarovskij zum Problem der russischen Exilkirchen unter dem Nationalsozialismus, sind weder in der Darstellung noch in der allzu kurz geratenen Bibliographie berücksichtigt. Während Strickers Broschüre also für die aktuellen Entwicklungen recht informativ ist, werden Leser, die sich mehr für die historischen Dimensionen der russischen Diasporakirchen interessieren, weiterhin die in den achtziger Jahren in westlichen Sprachen erschienenen Arbeiten von Gernot Seide und Dimitry Pospelovskij beziehungsweise aktuellere russischsprachige Forschungen heranziehen müssen.

Martin Beißwenger, Moskau

JULIA FRANZISKA LANDAU: „Wir bauen den großen Kuzbass!“ Bergarbeiteralltag im Stalinismus 1921–1941. Stuttgart: Steiner, 2012. 381 S., 2 Abb., 37 Tab. = Quellen und Studien zur Geschichte des östlichen Europa, 80. ISBN: 978-3-515-10159-2.

Diese gelungene Fallstudie reiht sich ein in eine Anzahl weiterer Arbeiten zu Großprojekten des Stalinismus, den Lebens- und Arbeitsbedingungen während der brachialen sowjetischen Industrialisierung sowie in regionale Untersuchungen. Die Autorin behandelt das Kuznecker Becken in Westsibirien, wo damals das größte Steinkohlevorkommen Russlands vermutet wurde, und konzentriert sich auf die Vorkriegszeit. Die Ergebnisse ihrer Studie decken sich weitgehend mit dem heutigen Forschungsstand, an mancher Stelle kann die Verfasserin wohl wegen der Quellenlage stärker ins

Detail gehen. Sie liefert vor allem neue Einblicke in die Alltagsgeschichte sowjetischer Bergarbeiter.

Der Text liest sich flüssig bis auf eine mitunter störende Häufung von Abkürzungen. Am Ende eines jeden Kapitels findet sich eine nützliche Zusammenfassung. Zahlreiche Statistiken, ein Glossar und ein Personenverzeichnis mit weiteren Informationen ergänzen das Buch. Landau hat auf einer soliden Literaturgrundlage gearbeitet, nur einige russische Arbeiten zur Sozial- und Arbeitergeschichte des Stalinismus sind ihr offenbar entgangen. Die Quellenbasis ist breit, neben lokalen Archiven nutzt die Verfasserin die zentrale Überlieferung in Moskau sowie die Erinnerungen von Ausländern, die im Kuzbass tätig waren, und einzelne Interviews mit Zeitzeugen.

Nach einer wohl fundierten Einleitung liefert die Autorin einen Überblick über die Regi-

on und die Entwicklung des Kuzbass vor dem Einsetzen des ersten Fünfjahresplanes 1928/29. In dieser Phase waren ausländische Spezialisten und Bergarbeiter vor allem aus den USA, Deutschland und den Niederlanden bei der Erschließung der Kohlevorkommen, die dort besonders energiereich sind, relativ wichtig. Problematisch war die schlechte verkehrstechnische Anbindung, was die Transportkosten in die Höhe trieb. Schon in dieser ersten Entwicklungsphase zeichneten sich spätere Probleme ab wie Schwierigkeiten mit der Arbeitsmoral und der Fluktuation, unzureichende Wohnverhältnisse oder schlechte hygienische Bedingungen.

Im zweiten Kapitel schildert die Verfasserin die wirtschaftliche Entwicklung des Kuznecker Beckens während der Vorkriegs-Fünfjahrespläne. Von 1928 bis 1941 sollte sich die Kohleförderung verzehnfachen, ein wichtiges Ziel bestand in der Versorgung des europäischen Russland mit Koks- und Kohle aus dem Kuzbass. Verschiedene Formen der Anwerbung von Arbeitskräften bestanden parallel, doch wegen der schlechten Lebens-, Arbeits- und Wohnverhältnisse wurde verstärkt zu zwangsweiser Rekrutierung bzw. zu Zwangsarbeit gegriffen. So bestand 1932 ein Fünftel der Belegschaften aus Vertretern des „Sonderkontingents“. Die Einstellung von Arbeitskräften stand in einem Zusammenhang mit den Folgen der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft sowie der daraus resultierenden Hungersnot. Besonders der Fachkräftemangel machte sich spürbar bemerkbar. Doch es fehlte auch an Grubenpferden, so dass diese von Menschen ersetzt werden mussten. Die Angaben zur Fluktuation sind dem Rezensenten allerdings nicht verständlich. So schreibt die Verfasserin, dass 1932 im Monatsmittel 32.308 Arbeiter beschäftigt gewesen seien, es habe 60.072 Neuzugänge und 61.188 Abgänge in diesem Jahr gegeben, demnach betrage die Fluktuation 31,2% (S. 93). Überwiegend stammten die Betriebsangehörigen vom Dorf und meist aus Sibirien.

Im Folgekapitel geht es um die hierarchische Ordnung im Kuzbass. Die Ausländer, die gezielt angeworben wurden, um neue Maschinen oder anspruchsvolle Spezialtätigkeiten aus-

zuüben, besaßen eine privilegierte Position, während sich die unfreien Arbeiter wie deportierte „Kulaken“ ganz unten in der Hierarchie wiederfanden. Für manch einen ausländischen Spezialisten mochte die Tätigkeit im Kuzbass finanziell attraktiv sein, da sie teilweise auch in Valuta vergütet wurde. Die Zwangsarbeiter dagegen sahen sich einer extremen Ausbeutung ausgesetzt. Landau behandelt ebenfalls die Frauenarbeit, die mitunter von emanzipatorischer Propaganda begleitet wurde. In der Regel wurden diese zumeist jungen und schlecht ausgebildeten Frauen für unqualifizierte und gering vergütete Tätigkeiten eingesetzt.

Im vierten Kapitel kommt die Autorin zur konkreten Arbeit unter Tage. Sie beschreibt Arbeitszeiten und -wege, Kleidung, Werkzeug und den eigentlichen Arbeitsprozess. Dies geschieht alles sehr eindringlich; so detailliert wurde in der Stalinismusforschung noch nicht über den Bergbau geschrieben. Allerdings würden wir gerne mehr über die Löhne und die Einkommensentwicklung erfahren, so schwer eine Berechnung von Realeinkommen in dieser Zeit auch fällt. Verwendet wurden vor allem Stücklöhne, bei fehlender Normerfüllung konnte die gesamte Schicht gestrichen werden. Die Mechanisierung nahm zweifelsohne konstant zu, ob aber bereits 1937 schon 95,8 % der Gesamtförderung maschinell geleistet wurden (S. 189), erscheint angesichts des sonstigen Bildes, das die Autorin zeichnet, als zweifelhaft.

Im nächsten Kapitel behandelt die Autorin im Detail die Lebens- und Wohnverhältnisse der Arbeiter. Verständlicherweise bestand eine Hierarchie des Wohnens, aber ob je Einwohner einer Bergbausiedlung nun 1,7 oder 3,3 Quadratmeter an Wohnfläche zur Verfügung stand (S. 231, 237) und das eher in Baracken und Hütten als in Häusern, so bleibt der Befund jedenfalls erschütternd. Es bestanden zwar Überlegungen, sozialistische Mustersiedlungen anzulegen, doch diese blieben auf dem Papier. Die allgemeine Versorgungslage war schlecht, der Kuzbass wurde auch von der Hungersnot Anfang der dreißiger Jahre getroffen, was zu erhöhter Sterblichkeit führte.

Zum Schluss geht die Autorin noch auf den Terror im Alltag sowie die Gefahren der Tätig-

keit im Bergbau ein. „Kulaken“ mochten verhungern, Grubenunfälle bedrohten das Leben und an ihnen konnten „Saboteure“ schuld sein, nach denen die Behörden suchten. Arbeiter vermochten zu helfen, die „Schuldigen“ unter den Vorgesetzten zu finden.

Zu bemängeln wäre, dass die Autorin nicht häufig genug Vergleiche mit anderen, ähnlich angelegten Studien zur stalinistischen UdSSR zieht. Noch stärker vermisst der Leser jedoch die Gegenüberstellung mit nichtsowjetischen Beispielen. Landau liefert eine Unmenge von Zahlen wie die Gesamtfördermenge des Kuzbass. Doch wenn wir diese nicht mit anderen zeitgenössischen Kohlerevieren in Westeuropa oder den USA vergleichen können, sagen diese Daten wenig. Die Geschichtsschreibung zur Sowjetunion sollte über den Tellerrand hinaus-

schauen. Dass die Lebensumstände von Bergleuten in der Sowjetunion ungleich schlechter waren als in Westeuropa, erscheint klar, aber auch in diesem Fall wären einige Vergleichsdaten angebracht. Vor allem gilt es durch einen solchen Vergleich auch die Frage zu klären, ob die halsbrecherische Industrialisierung der Sowjetunion mit ihren ausbeuterischen Methoden wirklich zu positiven wirtschaftlichen Ergebnissen geführt hat.

Insgesamt lässt sich trotzdem festhalten, dass es sich um eine gelungene und lesenswerte Arbeit handelt, der eine weite Verbreitung zu wünschen ist. Was die gewaltsame stalinistische Industrialisierungspolitik für die Bergleute mit sich brachte, wird jedenfalls nachhaltig deutlich gemacht.

Olaf Mertelsmann, Tartu

DAVID BRANDENBERGER: *Propaganda State in Crisis. Soviet Ideology, Indoctrination, and Terror under Stalin, 1927–1941*. New Haven [etc.]: Yale University Press, 2011. XIV, 357 S., 24 Abb. ISBN: 978-0-300-15537-2.

Der Verfasser nimmt die sowjetische Ideologie ernst und zeichnet ihre Entwicklung und die Entfaltung von Propaganda und Indoktrinierung vom Zeitpunkt der Kriegsangst 1927 bis zum Beginn des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion überzeugend nach. Hierbei kritisiert er den sozialgeschichtlichen Zugang, welcher die sowjetische Gesellschaft zu sehr „normalisiert“ und die Bedeutung der Ideologie als einer zentralen Triebkraft des Regimes unterschätzt habe. Brandenberger stützt sich auf einen interdisziplinären Zugang zu Propaganda, Kunst und Kultur. Er nutzt eine umfangreiche Literatur sowie Archivquellen, die sowohl eine Perspektive von oben erhellen als auch in Form von erhaltenen Tagebüchern, Memoiren und Interviews mit emigrierten Sowjetbürgern eine Perspektive von unten gestatten. Neben Printmedien untersucht er ebenso Filme. Brandenberger verwendet den Terminus des Propaganda-Staates nicht abwertend, sondern nach seinen eigenen Worten neutral. Zweifelsohne war der Propaganda-Staat ein wesentliches Ele-

ment des Stalinismus und überhaupt der sowjetischen Geschichte. Somit ist das vorliegende Werk relevant und wichtig.

Während Brandenbergers Arbeit bei der Nachzeichnung der Entwicklung von Ideologie und Propaganda viel Neues liefert, hat sie einen entscheidenden Schwachpunkt, nämlich die weitgehende Ignorierung des sozialgeschichtlichen Kontextes. Der Terror erscheint, aber die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft, die Hungersnot, die allgemeinen Versorgungsengpässe oder gesunkenen Realeinkommen wegen der Industrialisierungspolitik tauchen praktisch nicht auf. Das Leben der Bevölkerungsmehrheit wurde im Untersuchungszeitraum wahrlich auf den Kopf gestellt. Propaganda, Ideologie und Indoktrinierung haben stets zwei Seiten, die Produktion und die Rezeption. Bezüglich der Rezeption genügt es nicht, einzelne Tagebücher oder Spitzelberichte zu zitieren. Damit Propaganda wirken kann, muss sie die Lebenswirklichkeit widerspiegeln, glaubhaft sein und auch geglaubt werden wollen. Die Vorstellung, man könne mit geschickter Propaganda (oder Reklame) einfach jede Botschaft an den Adressaten bringen, ist überaus naiv. Mit anderen Worten, Stalins Propaganda hätte um vieles professioneller sein können; angesichts der Realitäten des Alltags hätte

sie dennoch schwerlich breitere Bevölkerungsschichten mobilisieren können. Brandenberger aber, der den sozialhistorischen Zusammenhang — vermutlich bewusst — weitgehend außer Acht lässt, behauptet gerade, dass eine geschicktere Propagandapolitik ein weitaus höheres Mobilisierungspotenzial eröffnet hätte. Hier hat der Rezensent starke Zweifel.

Die große Stärke des Buches liegt dagegen im detaillierten Darstellen der Entwicklung der Propagandamaßnahmen im Rahmen von elf Kapiteln. Hierbei werden zahlreiche, auch unter Fachleuten vergessene Persönlichkeiten, Bücher, Broschüren und Filme untersucht, was die Lektüre mitunter sehr interessant macht. Im ersten Jahrzehnt ihrer Herrschaft scheiterten die Bol'seviki laut Brandenberger noch daran, dass ihre Botschaften oftmals zu abstrakt und komplex für eine eher ungebildete Bevölkerung waren. Deshalb machten sich Parteihistoriker und Propagandisten auf die Suche nach einer verwertbaren Parteigeschichte. Außerdem galt es, das sowjetische Experiment zu personifizieren. Hier bestand das Problem, die Bedeutung von Persönlichkeiten in einem materialistischen ideologischen Rahmen zu lösen. Aus solchen Quellen erwuchs der detailliert inszenierte Stalin-Kult, auch wenn es nicht leicht war, eine geeignete Biographie des Parteiführers zu verfassen. Weitere Heldenfiguren aus der Parteispitze, der Armee und der Bevölkerung traten an seine Seite, die in Filmen und Printmedien als solche konstruiert wurden. Ein Beispiel wäre der Stachanov-Kult und die daraus resultierende Stoßarbeiterbewegung. Laut dem Verfasser wurde die sowjetische Massenkultur bis Mitte der dreißiger Jahre durch populäre Helden und Vorbilder transformiert. Flankiert wurde diese Entwicklung durch die Konstruktion eines verteidigungsorientierten

sowjetischen Patriotismus, obwohl Marxisten dem Patriotismus eigentlich eher ablehnend gegenüber standen. Da offizielle ideologische Arbeiten oftmals zu farblos waren, wurden Propagandisten gedrängt, populistischer und verständlicher zu schreiben. Der Inszenierung der Propaganda dienten verständlicherweise nicht nur die Medien, sondern auch Museen, Aufmärsche usw.

Einen Wendepunkt in der Entwicklung bedeutete laut dem Verfasser der Terror. Ehemalige Helden verschwanden über Nacht, bisher angesehene Autoren wurden verboten. Im Rahmen der Repressalien wurden auch zahlreiche ideologische Projekte abgebrochen und früher erschienene Texte im Falle einer Neuauflage zensiert. Der ehemals als dynamisch und kraftvoll geplante ideologische Kanon wurde nun zu einem eher langweiligen Gemisch aus Theorie, Dogma und Hagiographie. Der „Kurze Lehrgang“ der Parteigeschichte von 1938 dient in diesem Zusammenhang als gutes Beispiel. Am Ende stand der Propagandastaat, so Brandenberger, in der Krise, er war versteinert und schematisch. Es handelte sich um ein „ideologisches Fiasko“ (S. 258) und es fehlte an Mobilisierungspotenzial.

Insgesamt hat David Brandenberger eine überzeugende Studie zur Produktion von Ideologie und Propaganda in Stalins Sowjetunion vorgelegt. Ihr größter Schwachpunkt ist die Ignorierung des sozialhistorischen Kontextes der möglichen Rezeption dieser Propaganda. Wer elend lebt, lässt sich schwerlich von den utopischen Ideen jener Machthaber begeistern, die wie im Falle der Kollektivierung auch noch selbst für die Probleme verantwortlich waren. Trotz dieses Schwachpunktes ist das vorliegende Werk sehr empfehlenswert.

Olaf Mertelsmann, Tartu

ALASTAIR KOCHO-WILLIAMS: *Russian and Soviet Diplomacy 1900–39*. Houndmills, Basingstoke: Palgrave Macmillan, 2012. XII, 215 S., Graph., Tab. ISBN: 978-0-230-25264-6.

Hinter diesem Titel verbirgt sich eine Kultur-

geschichte der russischen und frühen sowjetischen Diplomatie. Der Ansatz der systemübergreifenden Betrachtung ist verlockend, und er bietet sich gerade für die Diplomatenwelt an, beinhaltet die Diplomatie mit ihren internationalen Normen doch wenig Raum für Abwei-

chungen. So ist die These, dass es zwischen 1900 und 1939 einen großen Anteil an Kontinuität gab (S. 2) zunächst nicht verwunderlich. Der Autor möchte aber, um die politische Kultur der Diplomatie dieser Umbruchszeit darzustellen, tiefer gehen: Wie steht es um die Herkunft und die Qualifikation der Diplomaten im Zarenreich und in der Sowjetunion, wie unterscheidet oder gleicht sich deren Verhalten und Selbstdarstellung, wie ähnlich oder wie unterschiedlich arbeiten die Außenministerien und die jeweils an ihrer Spitze stehenden Minister?

Die Untersuchung ist in vier Zeitabschnitte unterteilt, die jeweils rund 30 Seiten umfassen: das späte Zarenreich bis zur Februarrevolution, die Zeit der Oktoberrevolution und der Macht-sicherung des bolschewistischen Regimes, die 1920er Jahre mit der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen und schließlich die Stalinzeit der 1930er Jahre. Bei diesem Seitenumfang für die einzelnen Abschnitte wird schon eines deutlich: Die Ergebnisse der Arbeit sind recht bescheiden, und sie bietet nicht viel mehr, was nicht schon durch andere Publikationen bekannt wäre.

Die Diplomaten der Zarenzeit, so führt Kocho-Williams aus, kamen vor allem aus der oberen Adelsschicht. Sie hatten die Etikette der oberen Gesellschaftsschicht verinnerlicht und orientierten sich sowohl im Habitus als auch in ihrem Wunsch nach Einsatz vor allem nach Westen (mit Ausnahme der prestigeträchtigen Positionen in Tokio und Teheran). Die Erziehung und die Bildung waren eher Formsache, vor allem war es – anderen Staaten nicht unähnlich – eine Frage des Netzwerkes, auf welche Weise sie in das Außenministerium eintraten. Die Revolution von 1905 leitete auch im Außenministerium Reformen ein. Vor allem Izvoľskij wollte gegen innere Widerstände im Ministerium die Zahl der Abteilungen reduzieren und die Zuständigkeiten klarer benennen. Als Quellen dienten dem Autor Memoiren (auch die in US-amerikanischen Archiven) und die Forschungsliteratur. Das Archiv des Außenministeriums des Russischen Imperiums (AVP RI) wird zwar an einigen Stellen miteinbezogen, aber nicht durch für das Thema essentielle Akten.

Der Bruch mit den alten Vorstellungen von Diplomatie durch die Oktoberrevolution währte nur kurz. Der These des Autors zufolge war mit der Kominterngründung 1919, an der eine Reihe von sowjetischen Diplomaten beteiligt war, der Zwiespalt in der sowjetischen Politik gelöst: Die Komintern war für die revolutionäre Tätigkeit zuständig, die Diplomaten konnten sich den internationalen Regeln des diplomatischen Austausches widmen. Aber erst etwa 1924 hätten sie diese Arbeitsteilung endgültig angenommen und nicht mehr unterlaufen (S. 62). Dass trotzdem die Bevollmächtigten Vertretungen sich mit Geheimdienstarbeit beschäftigten, sei kein Widerspruch dazu, sondern Ausdruck der Normalität, denn auch die anderen Staaten hätten dies getan. Eine Erscheinung, die die Andersartigkeit der sowjetischen Vorstellungen über Diplomatie darlege, sei dagegen die Ernennung Kollontajs als erste weibliche Botschafterin überhaupt gewesen. Auch unter Čičerin, später ebenso unter Litvinov sei die Rekrutierung der Diplomaten aufgrund von Netzwerken und Patronage erfolgt, bei Litvinov wird dies vor allem mit der Berufung von Majskij belegt. Mit der Ablösung Litvinovs, der für das System der kollektiven Sicherheit stand, durch Molotov, der eine Annäherung an Deutschland betrieb, endet der Band. In gewisser Weise hätte sich damit ein Kreis geschlossen von dem zu Beginn des Jahrhunderts dem Zaren hörigen Außenministerium zu dem nach dem Terror wieder machtlos gewordenen Narkomindel unter einem willfähigen Molotov (S. 155). Auch in dem Teil über die Sowjetunion erfolgt die Schwerpunktsetzung vor allem aufgrund von Informationen aus veröffentlichten Memoiren, deshalb wird auch viel an den Beispielen von Kollontaj und Majskij verallgemeinert. Dem Band ist ein fünfseitiger Anhang mit biographischen Angaben zu im Text genannten Diplomaten beigegeben. Diese Auswahl macht auf eindrückliche Weise die Problematik des gesamten Buches deutlich: Das, was bekannt ist, wird als entscheidend bewertet; die Fragen werden nach dem gestellt, was anhand der bestehenden Literatur beantwortet werden kann: ein *circulus vitiosus*. Diese Schwäche ist aber nur zu einem ge-

ringeren Teil dem Autor anzulasten. Die Zeit und die Möglichkeiten für eine darüber hinausgehende Studie sind anscheinend noch nicht gekommen.

Trotz dieser Kritik ist das Erscheinen des Buches sehr zu begrüßen. Es gibt uns eine hilfreiche Zusammenstellung der angloamerikanischen und russischen Forschung bezüglich der Außenministerien und auch eine Übersicht der außerhalb Moskaus liegenden Archivbestände. Und es reizt natürlich dazu, sich der vielen angeschnittenen, aber noch unbearbeiteten Themen anzunehmen; dies dann aber doch lieber einzeln und nicht in einer Vergleichsstudie: etwa in Form einer Kollektivbiographie zarischer Diplomaten (dies wäre ja möglich, sind die Personalakten doch im AVP RI – im Gegensatz zum AVP RF – zugänglich!), von Einzelbiographien (die nicht rezipierte Arbeit über Čičerin von Ludmilla Thomas ist auf Russisch immerhin schon 2010 erschienen), aber auch von einzelnen Aufsätzen über die äußerst leb-

hafte Diskussion im zarischen Außenministerium nach der Februarrevolution über die Umgestaltung des Diplomatendienstes, die mit keiner Silbe erwähnt wird, oder über die immer noch unbekannte Struktur des sowjetischen Außenkommissariats in den verschiedenen historischen Etappen.

Trotzdem noch eine letzte Krittellei: Das Cover ist fast vollständig ausgefüllt mit einem Foto des Nachkriegs-Außenministeriums in Moskau, in Untersicht aufgenommen, sodass die Mächtigkeit dieses Stalinschen Zuckerbäckerbaues noch einschüchternder wirkt. Weder das Außenministerium an der Sängerbücke in Petersburg noch das Narkomindel in unmittelbarer Nähe der Lubjanka in Moskau besaßen dem Urteil des Autors zufolge diese Macht, und sie residierten in völlig anders aussehenden Gebäuden. Warum diese irreführende Assoziation?

Carola Tischler, Berlin

KAREL C. BERKHOFF: *Motherland in Danger. Soviet Propaganda During World War II.* Cambridge, MA, London: Harvard University Press, 2012. 407 S. ISBN: 978-0-674-04924-6.

Karel C. Berkhoff möchte einen Beitrag zur Lösung der Frage leisten, warum die Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg gegen Hitler gewann, indem er sich mit der sowjetischen Propaganda jener Zeit gründlich wie niemand bisher zuvor befasst. Dies ist ein löbliches Unterfangen und der Verfasser stützt sich dabei nicht nur auf eine Auswertung der Medien sowie der Fachliteratur, sondern zieht ebenso sowjetische Archivquellen, die den Hintergrund von Zensur und Propaganda beleuchten, heran. Doch einige Schwachpunkte der Arbeit lassen sich nicht übersehen. Abgesehen vom Schutzumschlag fehlen Illustrationen leider vollkommen. Somit kann der Leser keinen visuellen Eindruck der sowjetischen Propaganda gewinnen. Weiterhin widmet Berkhoff der Rezeption durch die Adressaten wenig Aufmerksamkeit. An einigen Stellen zitiert er Berichte zur Stimmungslage. Warum hat er nicht ver-

sucht, mit Hilfe der wenigen überlieferten Tagebücher und einer weit größeren Zahl von Lebenserinnerungen oder lebensgeschichtlichen Interviews der Wirkung von Propaganda auf die Sowjetbürger nachzuspüren? Ein weiterer Kritikpunkt ist, dass der Verfasser zu sehr als Historiker agiert und kaum Theorien oder Modelle aus den Medien- und Kommunikationswissenschaften aufgreift.

Die Einleitung ist zu knapp gehalten, um wirklich in das Thema einzuführen. Der Verfasser beginnt sie gar mit der überzogenen Behauptung, der Sieg der Sowjetunion über Nazi-Deutschland sei „eine der am wenigsten verstandenen Angelegenheiten in der modernen europäischen Geschichte“ (S. 1). In jeder gut bestückten Fachbibliothek finden sich hierauf ausreichend Antworten. Es geht Berkhoff aber darum zu untersuchen, wie das unpopuläre Regime Stalins die Bevölkerung für den Kriegseinsatz mobilisieren konnte. Dafür waren Medien, Propaganda und schierer Druck von oben notwendig.

Im ersten Kapitel geht der Verfasser detaillierter auf die Propaganda des Stalinismus ein. Sie

sei ein System der Kontrolle und Mobilisierung gewesen. Er liefert einen Einblick in Strukturen und kann auf der Basis von Archivalien einen gewissen Überblick über die sowjetische Medienlandschaft während des Kriegs geben. Hierbei geht er aber kaum auf die Programminhalte des Radios ein, nach den Zeitungen des zweitwichtigsten Medienkanals der UdSSR, und bleibt weitgehend deskriptiv.

Die Darstellung wird interessanter, wenn der Autor sich in den folgenden Kapiteln den konkreten Medienberichten widmet, jedoch bleibt sie oftmals beschreibend. Für den Leser wirkt die fortlaufende Nacherzählung von sowjetischen Propagandainhalten eindeutig ermüdend. Die sowjetische Frontberichterstattung litt unter der strengen Auswahl dessen, was sie erwähnen durfte, und unter dem Zwang zur immerwährenden Betonung des Heroismus an der Front, so dass sie relativ schnell an Glaubwürdigkeit einbüßte. Selbst die eigenen Verlustzahlen waren fiktional, und eigene Niederlagen tauchten in den Medien nicht auf. Ausführlich beschreibt Berkhoff, wie Helden konstruiert wurden, und räumt ein, einige Sowjetbürger könnten davon inspiriert worden sein. Da auch das Hinterland zum Ort der universellen Zwangsarbeit und der Not wurde, kontrastiert der Autor die Maßnahmen der zunehmenden Verschärfung der Lebens- und Arbeitsbedingungen mit den Aufmunterungen zum selbstlosen Arbeitseinsatz oder zum sozialistischen Wettbewerb. Während durch die schnell einsetzende Rationierung des Lebensnotwendigen und die zunehmenden Engpässe die Lebensumstände in der unbesetzten Sowjetunion immer schlechter wurden, setzten die Medien auf die Propagierung von Staatsanleihen. Im Zusammenhang mit dem Alltag des Hinterlandes wären Ego-Dokumente sehr hilfreich gewesen.

Ein gefundenes Futter für die sowjetische Propaganda lieferte Hitler mit den sofort einsetzenden Kriegsverbrechen sowie dem Genozid an den Juden. Diese Taten wurden dem sowjetischen Publikum umfangreich ausgebreitet, wobei sich Realität und Fiktion vermischten. Die Brutalität des deutschen Vorgehens war sicherlich ein Hauptgrund für die Mobilisierung der sowjetischen Bevölkerung auf Seiten des ungeliebten Regimes Stalins. Ausführlich widmet sich Berkhoff auch der Widerspiegelung des Holocaust in sowjetischen Medien. Entgegen verbreiteten Vorstellungen wurde das Schicksal der Juden von sowjetischer Seite nicht verschwiegen. Allerdings bestand keine einheitliche Politik, teilweise wurden Juden als Opfer des Faschismus hervorgehoben, mitunter wurden sie als friedliche Sowjetbürger oder einfache Bürger anderer Staaten dargestellt.

Das siebte Kapitel widmet sich der Konstruktion von Hass auf den Feind, der enthumanisiert werden sollte. Hierbei führt der Autor auch Vergleiche mit Großbritannien und den USA an. Während anfangs noch zwischen den deutschen Aggressoren und der deutschen Zivilbevölkerung unterschieden wurde, radikalisierte sich die sowjetische Propaganda allmählich. 1943 trat dann das „Nationalkomitee Freies Deutschland“ in Erscheinung und komplizierte die Situation. Ausführlich geht Berkhoff auch auf den Fall des Schriftstellers und Propagandisten Il'ja Ehrenburg ein, dessen Artikel ein wesentlicher Teil der Hasspropaganda waren.

Der Krieg führte zu einem Ansteigen des Russozentrismus in den Medien, doch auch für andere sowjetischen Nationalitäten wurde die Propaganda nationalistischer und die Verwendung der entsprechenden Symbole und Mythen immer häufiger. Berkhoff sieht darin eine Tendenz und noch keine gesonderte Politik. Auch die Frage, was mit den Bewohnern der besetzten Gebiete nach der Befreiung zu tun sei, wurde in den sowjetischen Medien behandelt. Wie weit ging die Kooperation oder gar die Kollaboration mit dem Feind? Wobei der letztere Ausdruck noch nicht zum sowjetischen Sprachgebrauch gehörte. Berkhoff zeichnet auch das Bild der Alliierten in den sowjetischen Medien nach, wobei die Rolle der Polen verständlicherweise problematisch war. Die Frage der Zweiten Front stand sicherlich an erster Stelle, und kleinere Unstimmigkeiten mit den Westalliierten führten sofort zu einem scharfen Ton.

Berkhoffs Vorgehensweise kann für den Leser mitunter etwas ermüdend sein. Ein Thema nach dem anderen arbeitet er anhand der

sowjetischen Medienberichterstattung ab. Er zitiert oder paraphrasiert. Er beschreibt, aber er analysiert zu wenig. Seine knappen Schlussfolgerungen können eine gründlichere Interpretation nicht ersetzen. Der Autor kommt selbst zu dem Schluss, dass die sowjetische Propaganda womöglich nicht sehr erfolgreich war und vor allem die deutschen Verbrechen wesentlich zur Mobilisierung der Bevölkerung beitrugen. Angesichts des Verhältnisses von sowjetischen Medieninhalten zur Realität ist

dies kein unerwartetes Ergebnis.

Zusammenfassend gesagt: Das zu besprechende Buch füllt zwar eine Lücke, doch dies erfolgt nicht auf eine rundum gelungene Art und Weise. Der Autor hätte sich intensiver mit der Analyse von sowjetischer Propaganda, auch mit Hilfe von Theorien und Modellen, beschäftigen und weniger Beschreibung liefern sollen.

Olaf Mertelsmann, Tartu

ROBERT GELLATELY: *Stalin's Curse. Battling for Communism in War and Cold War*. Oxford: Oxford University Press, 2013. 464 S., 17 Abb., 3 Ktn. ISBN: 978-0-19-966804-5.

Dieses Buch ist das erste Werk, das Stalins Sowjetisierungspolitik von der Deblockierung der Expansion durch den Pakt mit Hitler 1939 bis zur Einbeziehung Ostasiens in den Export von Herrschaft und System während der letzten Jahre umfassend behandelt. Die knappen, klaren Analysen von Robert Gellately beruhen auf einer überaus breiten Basis von Dokumenten, Quellen und Darstellungen, die in englischer, deutscher, russischer, bulgarischer und rumänischer Sprache erschienen sind. Als Stärken des Werkes sind hervorzuheben, dass der Autor aufgrund dieser Materialien die Wahrnehmungen der Akteure ausführlich und kompetent darstellt, zwischen den verschiedenen Standpunkten genau differenziert und sich nicht auf die Behandlung des Außenverhaltens beschränkt, sondern auch zeigt, wie dieses mit den Propagandakampagnen und Säuberungen im Innern zusammenhängt, durch die das Sowjetregime vor ‚Infektionen‘ aus dem eroberten Ausland geschützt werden sollten.

Stalin konnte die Expansion seiner Herrschaft mittels Sowjetisierung stets durchsetzen, wenn er über die Instrumente der Gewalt verfügte, scheiterte aber regelmäßig, wenn das nicht der Fall war. Tito, Enver Hoxha und Mao waren zwar auf ihn eingeschworen und folgten seinem Kurs, verdankten aber ihre Herrschaft nicht der Roten Armee und unterlagen daher nicht seinem bestimmenden Einfluss. Die Fol-

ge war, dass sie ihre Länder zwar sowjetisierten, dabei aber die Instruktionen aus Moskau ignorierten und sich früher oder später vom Einfluss der UdSSR lösten. Auch die griechischen Kommunisten, die zwar keine Staatsmacht hatten, aber ebenfalls der sowjetischen Militärmacht nicht ausgesetzt waren, handelten nach eigenen Vorstellungen. Angesichts dieser Erfahrungen wurde für Stalin Ende der vierziger Jahre der „nationale Weg zum Sozialismus“, den er zuvor selbst proklamiert hatte, zur schlimmsten, am stärksten bekämpften Verfehlung.

Die Sowjetisierung erfolgte in den Regionen, welche die Rote Armee 1944/45 erobert hatte, auf Initiative und nach Instruktion Stalins, der sich dabei einheimischer, in Moskau geschulter und zu unbedingtem Gehorsam verpflichteter Kommunisten bediente. Überall wurde die Systemtransformation mit den gleichen Maßnahmen eingeleitet und auf die gleiche Weise fortgeführt, wobei man sich den jeweils besonderen Umständen vor Ort taktisch anpasste. Das Vorgehen war stets zweistufig. Um die antiwestliche Ausrichtung vor allem gegenüber den USA zu verschleiern, mit deren gewaltiger Macht Stalin nicht zusammenstoßen wollte und von denen er sich zudem Wirtschaftshilfe für den Wiederaufbau der UdSSR erhoffte, ließ er parlamentarisch-demokratische Fassaden errichten. Es wurden Allparteienregierungen geschaffen, die nach außen hin nicht sichtbar machten, dass die Kommunisten die politische Steuerung in der Hand hatten und ihrerseits den Weisungen der sowjetischen Militärbehörden folgten. Die nächste Stufe, die

unverhüllte Machtergreifung, wurde Mitte 1947 erreicht, als es wegen des Marshall-Plans, den Stalin als feindliche Herausforderung betrachtete, zum Bruch mit den Westmächten kam. Er nahm daraufhin keine Rücksichten mehr, sondern ging offen auf Konfrontationskurs.

Es lässt sich zwar argumentieren, dass Stalin bei der Unterwerfung der eroberten Gebiete wie auch im Umgang mit dem Westen sich von Machtstreben leiten ließ und pragmatisch vorgeing. Zugleich lagen jedoch seinem Handeln unverkennbar ideologische Motivationen zugrunde. Das kam zum Ausdruck nicht nur in der zwanghaften Vorstellung des unveränderlichen Gegensatzes zur kapitalistischen Welt und des Kampfes gegen sie (einschließlich der sozialistischen Transformation, wenn diese möglich erschien), sondern auch in konkreten Konzepten des Vorgehens. Auf dem Kalkül, die UdSSR könne und solle die Konflikte unter den „Imperialisten“ ringsum zum wechselseitig ruinösen Krieg zwischen ihnen steigern, der zum Schluss zum Aufstand des Proletariats und dessen Sieg mit sowjetischer Hilfe führen würde, beruhten sowohl der Nichtangriffspakt mit Hitler, der diesen mit voller Absicht zur militärischen Aggression ermutigte, als auch das spätere Verhalten gegenüber den westlichen Verbündeten, die sich nach Stalins Erwartung künftig in wechselseitig vernichtende Konflikte verstricken sollten. Ideologisch begründete Annahmen waren auch dafür bestimmend, dass der sowjetische Diktator glaubte, die USA müssten nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs aus Eigeninteresse – nämlich zur Abwendung von Massenarbeitslosigkeit - zu wirtschaftlicher Hilfeleistung für die UdSSR genötigt sein, was ihn im Marshall-Plan nicht die seinem notleidenden Land gebotene Chance, sondern eine üble Machenschaft der „amerikanischen Imperialisten“ sehen ließ.

Anders als frühere Autoren ist sich Gellately der großen Bedeutung der Deportationen und ethnischen Säuberungen bewusst. Schon 1939–1941 bei der Annexion der Gebiete, deren sich die UdSSR nach dem Pakt mit Hitler bemächtigte, und 1943/44 bei der Wiederinbesitznahme sowjetischer Territorien, deren Bewohner sich gegenüber den deutschen Erober-

ern allzu freundlich gezeigt hatten, ließ Stalin große Menschenmassen, oft ganze Völker, aus ihren angestammten Siedlungsgebieten auf unerhört brutale Weise entfernen. Als die Rote Armee über die Grenzen nach Westen vordrang, war die ethnische Säuberung der eroberten Länder ein Faktor, der die kommunistische Machtergreifung wesentlich erleichterte. Die Territorien, der Landbesitz, die Industriebetriebe und die sonstigen Vermögenswerte der vertriebenen Deutschen, die von den Parteikadern übernommen wurden, dienten – außer der persönlichen Bereicherung – vor allem dem Ausbau der politischen Position und der mittels Versorgung hergestellten Gefolgschaftsbildung. Es war kein Zufall, dass die früheren sudetendeutschen Regionen in der Tschechoslowakei 1946 bei den Wahlen mit über 92 % für die KPC stimmten.

Gellatelys brillante Darstellung des Transformationsprozesses, den die UdSSR in Osteuropa generell in Gang setzte, lässt nicht deutlich werden, wieso Stalin in zwei Sonderfällen von der Oktroyierung der kommunistischen Herrschaft absah. Seine Politik gegenüber Österreich wird zwar kurz erwähnt, doch kommen weder Einzelheiten seines dortigen Vorgehens zur Sprache noch das zugrunde liegende Motiv, die Bevölkerung dieses Landes, die zwischen den beiden Weltkriegen die Vereinigung mit Deutschland heftig erstrebt hatte, durch Vorzugsbehandlung von den Vorteilen einer dauernden Trennung und Eigenstaatlichkeit zu überzeugen. Von Finnland, das ebenfalls der Unterwerfung unter das Sowjetsystem entging, ist überhaupt keine Rede. Der entscheidende Grund dafür war der Umstand, dass Stalin bei den Verhandlungen im Herbst 1944 zwar auf sehr harten Waffenstillstandsbedingungen bestand, aber auf die Besetzung des Landes verzichtete, die es ihm so wie in den anderen Gebieten ermöglicht hätte, die Sowjetisierung mittels Lenkung und Unterstützung ergebener kommunistischer Kader voranzutreiben. In Anbetracht des heftigen militärischen Widerstandes, den die Finnen in weit unterlegener Lage geleistet hatten, war klar, dass er ohne weitere erbitterte Kämpfe keine Okkupation durchsetzen konnte. Er wollte jedoch seine

Streitkräfte für die Offensive gegen Berlin freibekommen, denn an der Mitte Europas war er weit stärker interessiert als an dessen Peripherie.

Insgesamt ist das Werk von Gellately eine

inhaltlich überzeugende, hervorragend formulierte Gesamtdarstellung der auf die Ausbreitung des Kommunismus abzielenden Politik Stalins.

Gerhard Wettig, *Kommen*

ELENA L. ZBEROVSKAJA: *Specposelency v Sibiri (1940–1950-e gg.)*. Krasnojarsk: Krasnojarskij Gosudarstvennyj Agrarnyj Universitet, 2010. 179 S., 13 Tab. ISBN: 978-5-94617-222-6.

Elena Zberovskaja lehrt allgemeine Geschichte an der Krasnojarsker Pädagogischen Universität „V. P. Astaf’ev“. In ihrer Dissertation und in einer Reihe von Aufsätzen hat sie sich bereits früher mit der Geschichte der *specposelency* („Spezialverschickte“ bzw. „Sondersiedler“) im Krasnojarsker Gebiet auseinandergesetzt. In vorliegender Monographie, im Verlag der Krasnojarsker Universität für Agrikultur in einer kleinen Auflage von 500 Exemplaren erschienen, zieht sie jetzt das Resümee aus ihren bisherigen Forschungen. Die „Spezialverschickten“ umfassten mit Stand vom 1. Januar 1945 in Sibirien reichlich 2.200.000 Menschen. Von ihnen waren ca. 630.000 Menschen (28,5 %) frühere „Kulaken“, welche die erste Welle der „Spezialverschickten“ vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs bildeten. Ihnen folgten ab 1939/40 als zweite Welle Polen, Westukrainer und Balten, die aus politischen Gründen als „sozial gefährliche Elemente“ aus den damals an die Sowjetunion neu angegliederten Territorien nach Sibirien deportiert wurden. Als dritte Welle folgte im Verlauf des „Großen Vaterländischen Krieges“ ethnische Minderheiten aus den Völkern, mit denen die Sowjetunion zu dieser Zeit im Krieg befindlich war (Wolgadeutsche, Finnen) und Völkern, welche man der politischen Illoyalität verdächtigte (Kalmyken). Als einziger Kategorie der „Spezialverschickten“ wurden den Polen aus bündnispolitischen Rücksichten ab 1943/44 eine Rückkehr aus Sibirien zugestanden. Als vierte Welle der Spezialverschickten folgten bei und vor allem kurz nach Kriegsende 1945 der politischen Illoyalität verdächtigte

Ukrainer (nach der Organisation OUN *Onnovy* genannt), ca. 76.000 an der Zahl, sowie „Vlasov-Leute“. Dieser ca. 137.000 Personen starken Gruppe gehörten im krassen Unterschied zu den sonstigen „Spezialverschickten“ fast ausschließlich Männer an, darunter nicht wenige frühere Soldaten, Unteroffiziere und Offizieren der Roten Armee. Ethnisch war diese Gruppe sehr gemischt und umfasste von Belorussen über Georgier, Armenier bis hin zu Taren fast alle Völkern der Sowjetunion. Ab 1948 folgten als fünfte und letzte Welle der „Spezialverschickten“ die sogenannten *ukazniki*, die als „parasitäre“ und „gesellschaftsfeindliche Elemente“ gemäß einer Verfügung des Obersten Sowjets der UdSSR vom 21. Februar 1948 nach Sibirien verbannt wurden. Die Institution der „Spezialverschickten“ gab es in der Sowjetunion juristisch bis in das Jahr 1958 hinein; damals lebten von den noch ca. 147.000 diesen Status innehabenden Personen über 100.000 in Sibirien. Zur Beaufsichtigung und Betreuung dieses Personenkreises entwickelte sich, beginnend mit der Verschickung der „Kulaken“ in den 30er Jahren, ein vom NKWD unterhaltenes Netz von Spezialkommandanturen über ganz Sibirien, von wo man auch mittels der gebräuchlichen *agentura* (geheimer Informanten) alle „Spezialverschickten“ geheimpolizeilich überwachte. Auf Grund des in Sibirien stets herrschenden großen Mangels an Arbeitskräften wurden alle „Spezialverschickten“ ohne Rücksicht auf Beruf, Alter, Geschlecht und Gesundheitszustand exzessiv zu allen anfallenden wirtschaftlichen Tätigkeiten herangezogen. Hierbei ging es weniger um den Einsatz in der Industrie bzw. beim Bau von Industrie- oder Eisenbahnanlagen, als vielmehr um Tätigkeiten in der Holzwirtschaft, Landwirtschaft, bei der Rohstoff- und Lebensmittelgewinnung (Einsatz in den während des Kriegs geschaffenen großen Flussfischereibetrieben). Letzteren

Einsatz schildert die Verfasserin auf quellenmäßiger Grundlage besonders detailliert. Die Lebens- und Ernährungsbedingungen waren, wie nicht anders zu erwarten war, sehr schlecht. Volkskommissar Lavrenti Berija meldete an Stalin wahrheitsgemäß, dass die Spezialverschickten während des Krieges nur ca. die Hälfte ihres Lebensminimums erarbeiten konnten und davon auch noch ihre nicht arbeitsfähigen Familienangehörigen unterhalten mussten. Elena Zebrovskaja weist gesondert

auf eine spezielle soziologische Folge jener Zwangsarbeit der „Spezialverschickten“ hin, denn sie gewöhnten sich an die sibirischen Bedingungen und neigten im Verlaufe der Jahre immer mehr dazu, ihre Verschickungsorte als neue „zweite Heimat“ zu betrachten. Die Verfasserin hat dieses bislang nur wenig bekannte Kapitel sowjetischer Geschichte auf Grundlage vor allem lokaler, sibirischer Quellen tiefgründig erforscht und beschrieben.

Jürgen W. Schmidt, Berlin

CHRISTIANE POST: Künstlermuseen. Die russische Avantgarde und ihre Museen für Moderne Kunst. Berlin: Reimer, 2012. 336 S., zahlr. Abb. ISBN: 978-3-496-01470-6.

Nicht nur für die Zeitgenossen stand der Oktober 1917 für das Neue, das Bessere, das Schöne oder auch das Gerechtere. Unabhängig aber davon, ob man diese Sicht der Dinge tatsächlich teilte, bestimmte sich der eigentliche Modus der Revolution, zumindest in ihrer Anfangsphase, weniger durch solche plakativen Schlagworte, die sich nur allzu oft als leere Versprechungen herausstellen sollten, sondern er nahm eher auf einer Wahrnehmungsebene Gestalt an, die sich vielleicht am besten mit dem bedingungslosen Hereinbrechen der Gegenwart und ihrer kontinuierlichen, fast schon gewaltsamen Ausweitung beschreiben ließe. Das Neue war neu, nicht weil es neuartig war, sondern weil es vor allem jetzt war. Gerade die Musealisierung moderner, avantgardistischer Kunst in der Sowjetunion der zwanziger Jahre ist ein beredter Ausweis dafür, wie sehr die Gegenwart – vor allem von Seiten der Künstler, aber auch seitens des Narkompros, des Volkskommissariats für Aufklärung – eine Aufwertung erfuhr und zeitweilig sogar verabsolutiert wurde. Die Kunsthistorikern Christiane Post untersucht nun in ihrer Habilitationsschrift am Verhältnis zwischen zeitgenössischer Kunst, ihrer Ausstellung und der Institution Museum die Umstände, die gerade dieses Phänomen der ästhetischen Überhöhung der Gegenwart bedingten. Ihre Arbeit zielt auf eine Rekonstruktion der Geschichte der russischen Museen für moderne Kunst im Zeitraum von 1918 bis 1928

und stellt das Moskauer Museum für malerische Kultur (*Muzej živopisnoj kultury, MŽK*) in das Zentrum ihrer Untersuchung.

Mit der Abschaffung des freien Kunsthandels, dem Verbot privaten Kunstbesitzes und der zügigen Verstaatlichung der russischen Museen umreißt Post zunächst knapp die Auswirkungen der Oktoberrevolution auf das Museums- und Sammlungswesen, bevor sie, ebenfalls sehr gedrängt, die Grundzüge der frühsowjetischen Kulturpolitik darstellt. Hierbei beschränkt sie sich auf die Abteilung für bildende Künste (IZO) des Narkompros (*Narodnyj komissariat prosveščeniija*) und auf den Einfluss, den Avantgardekünstler wie Kandinskij, Malevič, Rodčenko, Šagal (Marc Chagall) oder Tatlin, die die wichtigen Schaltstellen der Abteilung besetzten, auf das staatliche Ausstellungswesen nahmen. In dieser Funktion initiierten sie die Gründung einer Reihe von neuen Museen, die sich ausschließlich um moderne Kunst zu kümmern hätten und in Selbstverwaltung von Avantgardekünstlern geleitet würden: Sie waren für die Bildankäufe verantwortlich wie auch für die Konzeption und Umsetzung der musealen Ausstellungen. In diesem Zusammenhang wird auch 1920 das MŽK in Moskau unter der Leitung von Kandinskij eröffnet, das vor allem mit neuen Hängungsprinzipien experimentierte und die übliche, nach kunsthistorischen Einteilungen vorgenommene chronologische Ordnung zugunsten einer technischen, formal-ästhetischen Hängung über Bord warf. Die Entwicklung und Verwissenschaftlichung dieses neuen Verständnisses von Kunst, ihrer materialen Bedeutung und ihrer entsprechenden musealen Präsentation wurde in

dem zeitgleich im Narkompros eingerichteten Institut für künstlerische Kultur (INChUK) vorangetrieben, wo Kandinskij ebenfalls federführend war. Bis 1928, als das MŽK der neu installierten Hauptverwaltung für Literatur und Kunst (*Glaviskusstvo*) unterstellt und kurz darauf, angeblich wegen Platzmangels, geschlossen wurde, präsentierten die Kuratoren in den Räumen des MŽK neben der Dauerausstellung zahlreiche Einzel- oder Werkschauen von größtenteils berühmten Vertretern der zeitgenössischen sowjetischen Avantgarde. Die Einrichtung solcher Kunst- und Künstlermuseen blieb allerdings nicht auf die Hauptstadt beschränkt: In Petrograd wurde 1919 etwa das berühmte Museum für künstlerische Kultur gegründet, das Mitte der 1920er Jahre zeitweise von Malevič geleitet wurde und zu einem Brennpunkt für experimentelle Ästhetik avancierte. Aber auch in der Provinz erfolgten zahlreiche Neugründungen, deren berühmteste wohl das Museum für moderne Kunst in Vitebsk unter Šagal und später auch unter Malevič war. Der Museumskongress von 1930 setzte jedoch dem bunten Treiben ein Ende und schwor die Museen – wie andere Kultureinrichtungen zuvor auch – auf die Errichtung des Sozialismus ein.

Die von Post verfolgten Debatten um das neue Verständnis sowohl von moderner Kunst als auch ihrer Präsentation zeigen eindrücklich, mit welcher Radikalität, aber auch mit welcher Beharrlichkeit die Avantgardisten ihre Positionen formulierten. Post zitiert dafür ausführlich aus den bekannten Traktaten und Aufsätzen von Kandinskij, Malevič, Tatlin oder Rodčenko zur neuen Kunst und zu den Aufgaben des neuen Museums. Folgt man aber der Argumentation von Post, so gewinnt man den Eindruck, dass hier tatsächlich etwas gänzlich Neues postuliert wurde, was so vorher noch nicht da war, gerade weil Post sich in ihrer Untersuchung ausschließlich auf Quellenmaterial aus dem Zeitraum zwischen 1917 bis ca. 1930 stützt. Aber diese Positionen waren so neu nicht: Mit Blick auf die Kunst ohnehin nicht, aber auch in Bezug auf das Museum werden in der frühen Sowjetunion lediglich die Ansätze der spätimperialen Amateur-museologen aufgegriffen, weitergesponnen und erst durch ihre Politisierung letztlich radika-

lisiert. Daher rührt auch der starke Kontrast, wenn das gleichsam im Bergsonschen Vokabular gehaltene Eintreten für das unbedingt Bewegliche, Lebendige der neuen Kunstwerke und für das Schöpferische des Museums – einschlägige Denkfiguren, die bereits Ende des 19. Jahrhunderts unter russischen Ethnografen-Museologen oder Historikern kursierten – dabei in einem eigentümlichem Widerspruch zu der Auffassung von einer gleichsam oberflächlichen, rein formal und nur technisch zu würdigenden Kunst steht. Der Kontext, in den die Autorin ihren Untersuchungsgegenstand stellt, ist auch unter kunsthistorischen Gesichtspunkten viel zu eng gefasst, als dass die Kontinuitäten, die es über die Wasserscheide 1917 hinweg gerade in diesem Fall mehr als genügend gibt, in den Blick geraten könnten. Wenn man sich mit frühsowjetischen Museen beschäftigt, ist es auch unter dem Aspekt, dass sich die Institution Museum tatsächlich erst in der Sowjetunion zu voller Blüte entfaltete, dennoch unbefriedigend, diese Geschichte erst mit 1917 beginnen zu lassen. Selbst Malevičs Traktat über das Museum von 1919, den Post als Ausgangspunkt für ihre Überlegungen nimmt, bezieht sich ja offensichtlich auf eine Vorgeschichte. Diese auszublenden, trübt den Blick und verkennt mitunter die historischen Wahlverwandtschaften. Letztlich folgt Post einem älteren, gewissermaßen heroischen Narrativ, das die Singularität der Avantgarde herausstreicht und zunächst politisch motiviert, in deren Praxis aber nicht die konkreten geschichtlichen Zusammenhänge berücksichtigt, die nämlich in der Tat auf Vergangenen aufruhen und somit den Ruf der Avantgardisten als absolute Neuerer mitunter gefährden könnten.

Obwohl Post immer wieder größere Quellenabschnitte – zumeist aus den Traktaten der Künstler – zitiert und erfreulicherweise dem Buch einen beachtlichen Fundus an Bildmaterialien beigelegt hat, bleibt der eigentliche analytische Zugriff der Autorin auf den Themenkomplex weithin unsichtbar, was nicht zuletzt daran liegt, dass sie nur selten Erklärungen liefert oder gar Bewertungen vornimmt. Sehr häufig findet man diese leider nur in den ebenfalls reichlich zitierten Passagen aus der aktuellen Forschungsliteratur, hinter denen sich die Autorin ein wenig

zu verbergen scheint. Auch wenn Posts Arbeit in ihrem darstellerischen Zugang durchaus zu würdigen ist, irritieren mitunter ein wenig die seitenlangen Passagen, in denen die Autorin die Ankäufe der jeweiligen Museen kommentarlos wiedergibt. Besonders bei den Einrichtungen in der Provinz – Post hat sich hier Informationen zu fast drei (!) Dutzend Museen aus dem europäischen Teil Russlands beschafft – springt dies ins Auge: Die bloße Aufzählung der erworbenen Kunstwerke allein bietet wenig Erkenntnisgewinn. Schade ist auch, dass die sowjetische Museologie, und diese war zu jener Zeit europaweit

eine tatsächlich avantgardistische Bewegung, auf nur wenigen Seiten abgehandelt wird; auch die Darstellung der internationalen Rezeption der neuen sowjetischen Kunstmuseen – auf gerade einmal fünf Seiten komprimiert –, die lediglich Meinungen aus einigen einschlägigen ausländischen Zeitschriften- und Zeitungsartikeln wiedergibt, lässt zumindest den historisch geschulten Leser eher befremdet zurück.

Post gebührt Lob, dass sie reichlich die Quellen sprechen lässt; eine andere, neue Sicht der Dinge versagt sie uns aber leider.

Roland Cvetkovski, Köln

Euphoria and Exhaustion. Modern Sport in Soviet Culture and Society. Hrsg. von Nikolaus Katzer / Sandra Budy / Alexandra Köhring / Manfred Zeller. Frankfurt a.M. [etc.]: Campus, 2010. 363 S., Abb. ISBN: 978-3-593-39290-5.

Die Sportgeschichte der Sowjetunion ist ein dankbares Feld zur Untersuchung der russischen Moderne. An der Schnittstelle des gesellschaftlichen und des kulturellen Wandels gibt der moderne Sport Auskunft über die Transformation der sowjetischen Gesellschaft, über die „Technologien der Macht“, die Repräsentationen von Herrschaft und deren Inszenierung, Wahrnehmung und Internalisierung. Der vorliegende Sammelband ist diesen Fragestellungen verpflichtet, um die vom Kalten Krieg bekannte Erzählung einer *Sportmacht Sowjetunion* (Riordan) neu zu interpretieren. Angestrebt wird eine allumfassende Darstellung, die die Inszenierung und Konstruktion sowjetischer „Sportkörper“ umfasst, nach dem Wechselverhältnis von sportlicher und medialer Inszenierung und nach den Grenzen der Räume des Sports fragt und diese mit der Perspektive von unten ergänzt. Das Werk bündelt Beiträge international renommierter Sporthistoriker, die im Herbst 2008 auf einer Tagung des DFG-Forschungsprojektes *Gesellschafts- und Kulturgeschichte des Sportes und der Körperkultur in der Sowjetunion* aufgetreten sind.

Unterteilt in drei zusammenhängende Oberthemen *Orte und Medien*, *Milieus und Erinnerung*, *Gender und Naturwissenschaften* kommt ein allumfassendes Konzept zur Wirkung, das die Beiträge

systematisch ordnen und interdisziplinär verorten möchte.

Eingeleitet durch MIKE O'MAHONY, geht der erste Themenblock der medialen Inszenierung des Sportes in der Stadtopographie, in der Architektur der Stadien und Sportstätten, aber auch in der zeitgenössischen Kunst, Skulptur, und Fotografie nach. EKATERINA EMELJANTSEVA untersucht anhand der zeitgenössischen Fotografie die Sozialtopographie des Sports in St. Petersburg vor 1917. Es gelingt ihr zu schildern, wie die ständische Gesellschaft die Neuerung einer sportlichen Landkarte der Stadt zur Reproduktion von sozialer Differenz benutzte. SANDRA BUDY gibt anhand der Pressefotografie die Debatten über die Neugestaltung einer sozialistischen Gesellschaft wieder. Waren die Bildmotive der 1920er Jahre von Diversität und Spontanität geprägt, so wurde das bunte Nebeneinander in den 1930er Jahren von einer offiziellen Vision des Sozialistischen Realismus überschrieben. ALEXANDRA KÖHRING gibt anhand der Projektierungsdebatten des Internationalen Roten Stadions und anderer Stadien in Moskau den Wandel der Körperkonzepte in den 1920er und 1930er Jahren wieder. Wenn noch in den 1920er Jahren der Körper an die Natur gebunden wurde, so bewegten sich die Körperbilder Ende der 1930er Jahre in Richtung einer Rationalisierung mittels Monumentalarchitektur. BETTINA JUNGEN konfrontiert die gegensätzlichen Darstellungen von Sport in der sowjetischen Skulptur der 1930er Jahre als Versuche der Disziplinierung und Überwachung des Körpers im Fou-

caultschen Sinne. Der in Gips gegossene „Neue Mensch“ bildete starke, trainierte, athletische Körper ab. Die elegantere und filigranere Sportart Ballett war ideologisch weniger komplementär. CHRISTINA KIAER vergleicht die Gemälde des sowjetischen Künstlers Alexandr Dejneka mit den persönlichen Fotografien der Schwimmerinnen Ljudmila und Evgenija Vtorova. Die Ablichtungen der Schwestern zeigen, wie das sowjetische Subjekt sich an das ideologische Bild vom Sport anpasste. BURCU DOGRAMACI veranschaulicht die Neuerfindung des Sports in der jungen nationalisierenden Türkischen Republik. Würde noch im Ottomanischen Imperium Sport für kriegerische Zwecke benutzt, so förderte Kemal Atatürk abendländische Sportkulturen und eine Selbsteuropäisierung, um das Bild eines „kranken Mannes am Bosphorus“ abzuschütteln.

Das zweite Themengebiet behandelt den sozialen Raum des Sportes, indem es nach der Autonomie und den Grenzen des Sports für soziale Milieus im erinnerungskulturellen Kontext fragt. LOUIS MCREYNOLDS betont in der Einleitung, auf diese Weise werde die Meistererzählung einer linearen Sportgeschichte der UdSSR aufgebrochen und durch alternative Deutungsebenen ergänzt. KARSTEN BRÜGGEMANN untersucht die Erinnerungsfiguren Georg Lurich, Georg Hackenschmidt und Kristjan Palusalu im imperialen und regionalen Kontext des Russischen Zarenreiches. Die Ringer haben auf den „emanzipativen Nationalismus“ der Esten gewirkt. Durch eine geglückte Selbstinszenierung der Sporthelden und die Zunahme der Vereinstätigkeit wurde Sport am Anfang des 20. Jahrhunderts gesellschaftsfähig gemacht. VOLODYMYR GINDA zeigt die Entstehung einer Parallelgesellschaft ohne Angst und Schrecken unter nationalsozialistischer Herrschaft in der Ukraine 1941–1944 auf. Die Nationalsozialisten benutzten Sport als stabilisierendes Kontrollinstrument und als antisowjetisches und antisemitisches Propagandamittel. Den Ukrainern fiel bei der Organisation und der Finanzierung des Sports eine verantwortungsvolle Rolle zu, die nicht zuletzt auch Freiräume für die Verbreitung von nationalistischen Ideen bot. ROBERT EDELMAN hinterfragt die Beschreibungen des Stalinismus als ein totalitäres System. Der an den Rand gedrängte

Fußballverein *Spartak* hat im Gegensatz zum russisch dominierten Fußballclub *Dinamo Moskau* und zum Armeeverein CDKA die sozial und politisch Ausgegrenzten angesprochen. In zeitgenössischen Kontext einer allgemeinen Xenophobie und des Sowjetpatriotismus hat der Griff nach nichtrussischen Spielern den Verein *Spartak* zu einem „Arbeitsmodell des sowjetischen Traumes der Multikulturalität, des Internationalismus und Verbrüderung“ gemacht. MANFRED ZELLER kontrastiert private sportbezogene Erinnerung an die Stalinzeit mit der offiziellen Erinnerungskultur in der Periode der Entstalinisierung. Anhand biographischer Interviews stellt Zeller fest, dass Sport nach 1953 einen neutralen Raum für Meinungsaustausch geboten habe, in dem die Erinnerung an die Gewaltgeschichte des Stalinismus selektiert und bewusst verdrängt wurde. EVA MAURER untersucht den sowjetischen Bergsteigertourismus in Kontrast zur offiziellen Ideologie. Als eine alternative Urlaubsgestaltung bot Bergsteigen Möglichkeiten zur sozialen und kulturellen Distanzierung für eine kleine Gruppe von Akademikern, Lehrern und Ingenieuren. Obwohl Bergsteigen durchaus als systemkonform eingestuft wurde, war der besondere, eigensinnige Charakter dieser Sportart als Rückzugsort bekannt.

Unter dem Obertitel *Gender und Naturwissenschaften* wird die Konstruktion und Inszenierung von „Sportkörpern“ durch körperkulturelle Konzepte und Praktiken behandelt. Am Beispiel der *fizkultura*-Bewegung geht KATERINA KOBCHENKO der Frauenemanzipation der 1920er und 1930er Jahre nach. Das sowjetische Regime versuchte durch Sport Frauen zu erreichen, zu vorbildlichen Arbeiterinnen und „Soldaten der Revolution“ zu erziehen, eine Gleichheit der Geschlechter herzustellen. Das Bild einer weiblichen Sportlerin ordnete sich gleichwohl den dominierenden männlichen Körpervorstellungen im Sport unter. Die Emanzipation der Frauen führte zu Generationenkonflikten und kollidierte mit der traditionellen Rollenverteilung der Geschlechter. ANKE HILBRENNER untersucht anhand der Sportzeitschriften die sowjetischen Vorstellungen von *ženstvennost'* in der Brežnev-Ära. Das sowjetische Konzept der Feminität war sowohl von technischen Attributen als auch von

geschlechertypischen Stereotypen geprägt. STEFAN WIEDERKEHR untersucht die Wahrnehmung des Frauenbildes auf beiden Seiten des Eisernen Vorhanges. Sowohl in der westlichen als auch in der östlichen Presse gestalteten sich die Normen über weibliche Körper ähnlich. Mit Abweichungen von diesem Ideal ging man unterschiedlich um. HANS-JOACHIM BRAUN und NIKOLAUS KATZER untersuchen rationalisierte Körperdiskurse am Beispiel der „Verwissenschaftlichung“ des sowjetischen Fußballs in der Nachkriegszeit. Die enge Verknüpfung zwischen Wissenschaft und Training nährte sich sowohl aus Biomechanik, Kybernetik, Tanz, Motorisierung und Psychologie. Nicht zuletzt dürfe der sowjetische Fußball nicht als ein kalter, vorprogrammierter Mechanismus verstanden werden. IRINA BYKHOVSKAJA betont, dass die ideologisch vorherrschende Doktrin und der Wertekanon der Zeitzeugen keine „parallelen Phänome-

ne“ seien. Private Sphären könnten mit offiziellen Diskursen kongruent sein, müssten es aber nicht. Es sei dieser Perspektive mehr Forschung zu wünschen. Um das Wechselverhältnis von sportlicher und medialer Inszenierung zu untersuchen, sollte zudem eine Analyse der Entwicklung der (Sport-)Medien in der Sowjetunion, der Medialisierung des Sportes, aber auch der Reproduktion von Sportbildern erfolgen.

Die Beiträge zeugen insgesamt auf eine vielfältige Weise von der Entfaltung des modernen Sportes in der Sowjetunion und binden ihn in mikro- und makrohistorische Kontexte ein, indem sie kulturelle Deutungsmuster, Inszenierungen und Praktiken mit einbeziehen. Somit erfüllt der Sammelband bestens den Anspruch, eine universale und bunte Grundlagenarbeit über die moderne Geschichte des sowjetischen Sportes zu leisten.

Carol Marmor-Drews, Passau

ROBERT KINDLER: *Stalins Nomaden. Herrschaft und Hunger in Kasachstan*. Hamburg: Hamburger Edition, 2014. 381 S., 1 Kte., Abb., Tab. = Studien zur Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts. ISBN: 978-3-86854-277-6.

Die an der Humboldt-Universität entstandene Dissertation über *Stalins Nomaden* stützt sich in hohem Maße auf Archivalien, vor allem auf amtliche Dokumente der für die kasachischen Nomaden zuständigen Instanzen in Moskau und Ksyl-Orda. Als besonders wichtig bezeichnet der Autor Unterlagen der Parteikontrollkommission im Archiv des Präsidenten der Republik Kasachstan. Ego-Dokumente von Nomaden ließen sich aus naheliegenden Gründen kaum finden. Ihre Wahrnehmungen seien nur in der Brechung amtlicher Zeugnisse oder derjenigen von Parteiaktivisten zugänglich (S. 28–29).

Stalins Nomaden lässt sich nicht nur als Beschreibung von Herrschaft durch Hunger sondern auch als Paradigma sowjetischer Herrschaftstechniken lesen. Der Autor versteht seine Studie als Beispiel für eine Nationsbildung in der Katastrophe. Gegenstand der Arbeit ist die sowjetische Politik gegenüber den nomadisierenden Kasachen. Es geht um die durch Requisitionen,

Klassenkampf, Sesshaftmachung und Kollektivierung produzierte Hungersnot in Kasachstan, zu dieser Zeit noch eine autonome Republik in der RSFSR. 1932 bis 1934 sind zwischen 1,5 und 2 Millionen Menschen umgekommen, ca. ein Drittel der Kasachen und ein Viertel der multinationalen Bevölkerung (S. 11, 232, 238, 310).

Die Studie wird strukturiert durch eine Reihe von Annahmen über den Typus sowjetischer Herrschaftspraktiken der Stalinzeit, die auch für Kasachstan gelten. Hervorstechend ist anormisches Regieren als Norm. Seit Ende der zwanziger Jahre äußerte sie sich in anhaltender Gewalt-Eskalation, in die fast alle Bevölkerungsgruppen involviert waren. Neben der Gewalt wurde der Hunger zum zentralen Instrument gegenüber der ansässigen und besonders der (halb-)nomadischen Bevölkerung. 65 % der Kasachen galten 1926 als Halbnomaden, im Sommer in begrenzten Räumen wandernd, und nur noch 6 % als weiträumig umherziehende Vollnomaden (S. 34).

Gegen die neuere kasachische Historiographie hebt Kindler hervor, dass die Konfliktlinien selbst um 1930 nicht einfach zwischen russisch-europäischer Herrschaft und einheimischen Kasachen verliefen (S. 134). Er hebt die Involvierung auch kasachischer Bevölkerungsgruppen in

die Gewaltpolitik hervor, wenn auch, was er weniger betont, als die zumeist schwächeren Akteure. Denn der von den Bolševiki betriebene „Klassenkampf“ wurde in eine Gesellschaft hineingetragen, die noch weniger als das ländliche Russland von Klassen strukturiert wurde. Die auf Konfrontation setzende Politik mobilisierte bestenfalls marginalisierte Gruppen einer in Clans, Netzwerken und Familienverbänden organisierten Gesellschaft. Diese Strukturen waren selbst in der Partei wirksam. Die teils patriarchalen, teils klientelistischen Netzwerke ließen sich nicht ohne weiteres in Arm und Reich oder gar in Ausbeuter und Ausgebeutete aufspalten. In den von oben und außen in die Gesellschaft hineingetragenen Konflikten ging es um Positionen, Patronage und um materielle Ressourcen. Diese Auseinandersetzungen erfolgten weniger zwischen ‚oben und unten‘ als vielmehr zwischen Clans und zwischen Netzwerken mit ihrem Rückhalt oder mit ausbleibender oder unzureichender Unterstützung in den Patronagesystemen der Partei.

In der bolschewistischen Imagination entsprachen die Beis, Clanführer, Familienoberhäupter oder Autoritätspersonen den Kulaken im russischen Dorf. Die Stigmatisierung, exzessive Besteuerung und schließlich die Enteignung und Deportation zielten wie im russischen Dorf nicht immer ohne Erfolg auf Entsolidarisierung und stürzten ganze Verbände und Clans ins Elend.

Eskalierende Gewalt wurde im Gebiet Semipalatinsk eingeübt durch die forcierten Requisitionen nach dem ural-sibirischen Modell Stalins, durch eine wüste Stigmatisierung und schließlich die „Ausschaltung“ der Beis. Die *debaizacija* geriet zum „groß angelegten Raubzug“ (S. 139). Er kannte viele Verlierer, aber auch, was nicht zu vergessen sei, Gewinner wie Angehörige marginalisierter Gruppen, rivalisierende Clans oder Kader, die sich geraubtes Vermögen aneigneten, oder auch Siedler, die von der Ausplünderung und Vertreibung der Nomaden profitierten. Besonders infam war, dass im Zuge der *debaizacija*, der folgenden allgemeinen Requisitionen bei den (Halb-)Nomaden und im Laufe der „Kollektivierung“ des Viehbestandes nicht Vieh, sondern Getreide requiriert wurde: Die (halb-)nomadi-

schen Kasachen mussten deshalb ihr Vieh zu fallenden Preisen verkaufen, um Getreide zu steigenden Preisen einzukaufen und an den Staat abzuliefern. Die chaotische Kollektivierung und Sesshaftmachung der Nomaden bedeutete zudem eine fast schon systematische Dezimierung des Viehbestandes. Die Folgen waren Fluchtbewegungen innerhalb Kasachstans, in benachbarte Sowjetrepubliken und auch ins chinesische Ost-Turkestan. Eindrucksvoll werden diese Vorgänge, der „fragmentierte Bürgerkrieg“ (S. 182), die Auffanglager, die Sterbe- und „Müllzonen“ (S. 255) geschildert. Dies ist ein weiterer Beleg dafür, wie dysfunktional – nach Kriterien rationalen Wirtschaftens – die bolschewistische Politik Prozesse in Gang setzte, die sich selbst mit Gewalt kaum beherrschen ließen. Darüber hinaus machte sie auch ihre Opfer zu Gewaltakteuren. In manchen Regionen wurden die Exekutoren selbst zu Opfern der Gewalt. „Während wir früher die Banditen suchen mussten, so suchen sie uns jetzt“, beschwerte sich ein Parteigenosse (S. 180).

Ein Aspekt wird immer wieder angesprochen, aber nicht systematisch erörtert: Kindler lehnt offensichtlich Thesen ab, die Stalin und seiner Entourage Absichten und Praktiken eines ethnischen Genozids unterstellen (S. 26–27). Er zitiert hingegen Äußerungen in der Partei, die – wie bei Stalin selbst – auf ein verbreitetes sozialdarwinistisches Verständnis von Wirtschaft und Politik hinauslaufen: Vermeintlich unproduktive, dem Fortschritt im Wege stehende Menschen und Menschengruppen könne man ungehört verhungern lassen oder sonst wie entfernen (S. 79, 226, 262, 301) (DIETRICH BEYRAU: *The Long Shadow of the Revolution. Violence in War and Peace in the Soviet Union*, in: *Legacies of Violence. Eastern Europe's First World War*. Ed. by Jochen Böhrer [u.a.]. München 2014, S. 285–316, 304–305). Anstelle der Umerziehung, Zivilisierung und Modernisierung ‚kulturell rückständiger‘ Menschengruppen und Völker, wie sie auch gegenüber den Kasachen in den zwanziger Jahren propagiert worden waren, wurden diese nun einfach dezimiert. Dass hierbei auch ethnische Aspekte eine Rolle gespielt haben müssen, bleibt bei Kindler vielleicht etwas zu sehr unterbelichtet. Er zitiert aber die Be-

schwerde eines Mitarbeiters der OGPU: Die Čekisten erpressten Aussagen gegen kasachische Genossen. Sie hätten „jährlich zu Dutzenden arme Kasachen“ ermordet, „um die armen und mittleren Kasachen von den kasachischen Funktionären zu isolieren, und wenn wir sie nicht selbst umbringen, dann agieren wir durch russische Hooligans“ (S. 105). Kindler nimmt diese Beschwerde als Beleg dafür, dass die im Zuge der Requisitionen, Sesshaftmachung und Kollektivierung entstandenen Gewaltgemeinschaften der kommunistischen Kader sich gegenseitig misstrauten, wie spätestens mit Beginn des sog. großen Terrors allzu deutlich werden sollte. Ein solches Zitat lässt sich freilich auch anders interpretieren – als Zeichen des Überlegenheitsgefühls der russischen Kader, die mit den kasachischen Genossen Katz und Maus spielten.

Die Schilderungen von Hunger, Flucht und Gewaltexzessen machen den zentralen Teil der bedrückenden und auch eindrucksvollen Darstellung aus. Diese Geschehnisse sind umso gespenstischer, als nach Ablösung des Ersten Parteisekretärs Filipp Gološčekin im April 1933 der Nachfolger L. I. Mirzojan im Rahmen des sog. *neonép* ein nun als sowjetisch bezeichnetes Nomadentum mit eingeschränkten Wanderungsräumen zuließ. Die neu etablierten Ansiedlungspunkte der Kasachen wurden allerdings bald wieder wie die übrige Landbevölkerung durch die MTS politischer Kontrolle und ökonomischer Ausbeutung unterworfen.

Sesshaftmachung und Kollektivierung waren ein „verheerender Fehlschlag“ (S. 178). Mit extremen Mitteln wurde nur ein Prozess beschleunigt, der seit Ende des 19. Jahrhunderts in der Steppe ohnehin im Gang war. Die Maßnahmen dienten auch der Raumgewinnung für die Lager und Sondersiedlungen der aus dem europäischen Russland deportierten Kulaken, der politischen und kriminellen Häftlinge, die in den riesigen Lagerkomplexen zu Zwangsarbeiten eingesetzt wurden.

Es wäre wünschenswert gewesen, wenn mit Blick auf die Entleerung des Raumes und seine Auffüllung durch Deportierte Kindler nicht nur im Schlusskapitel auf die demographischen Implikationen dieser ‚Zuwanderung‘ und damit auch etwas ausführlicher auf die Frage nach dem

Status Kasachstans in der Zeit Stalins eingegangen wäre. Mit Blick auf die Beteiligung von Kasachen an der stalinschen Gewaltpolitik lehnt er mit guten Gründen eine ethnische Gegenüberstellung von (russisch-europäischen) Tätern und (kasachischen) Opfern ab. Thesen, die Kasachstan – ähnlich wie Usbekistan mit seiner Baumwoll-Monokultur – entgegen den Anfängen in den zwanziger Jahren doch wieder auf den Status einer Kolonie gedrückt sehen, werden nicht ausführlicher erörtert. Diese Annahme wird implizit abgelehnt, obwohl auch ‚klassische‘ Kolonialpolitik nicht ohne einheimische Erfüllungsgehilfen und Profiteure ausgekommen ist. Gegen eine These von Kasachstan als sowjetischer Kolonie könnte eingewandt werden, dass die erste Generation von kasachischen Nationalisten – eine einheimische Subelite, sozialisiert durch russische Bildung und Positionen in der russischen Verwaltung – seit Ende des 19. Jahrhunderts ebenfalls vom absehbaren Ende des Nomadentums ausgegangen ist. Aber auch Kindler bezweifelt nicht, dass das „bolschewistische Tempo“ der Sesshaftmachung wie alle damit zusammenhängenden Strukturmaßnahmen von Moskau vorgegeben wurden, Kasachstan sich mithin in einer subalternen Position befand. Sie unterschied sich allerdings nicht grundsätzlich von derjenigen anderer sowjetischer Regionen. Besonders deutlich wird diese Abhängigkeit vom Moskauer Zentralismus bei der Ablehnung kasachischer Forderungen nach einer autonomen Bevölkerungspolitik, d.h. der Forderung, dass Einwanderung von Ksyl-Orda und nicht von Moskau aus festgelegt werde, um die ethnische Dominanz in dem 1936 zur Unionsrepublik beförderten Kasachstan zu erhalten (S. 84 ff., S. 93).

Eher essayistisch wird vor allem im Schlusskapitel *Auswege* die Frage nach dem Stellenwert der Katastrophen der dreißiger Jahre in der heutigen Erinnerungs- und Geschichtspolitik Kasachstans erörtert. Einerseits sieht der Autor die kasachische Nationswerdung „objektiv“ durch die Erfahrung der Katastrophe bestimmt. Andererseits räumt er ein, dass im heute zumindest amtlich propagierten Geschichtsbild heroische und sowjetische Perspektiven auf die frühere und jüngere Geschichte wie die Beteiligung am *Großen Vaterländischen Krieg* vorherrschen. Sie ha-

ben die Katastrophen-Erfahrung eher marginalisiert – sei es aus grundsätzlichen, sei es aus taktischen Gründen mit Blick auf den mächtigen russischen Nachbarn. Ob das ‚Vergessen‘ als

Verdrängung oder als heilender Vorgang zu interpretieren sei, wird offen gelassen.

Dietrich Beyrau, Tübingen

MATEUSZ J. HARTWICH: Das schlesische Riesengebirge. Die Polonisierung einer Landschaft nach 1945. Mit einem Geleitwort von Karl Schlögel. Köln, Weimar, Wien: Böhlau, 2012. XII, 285 S. = Neue Forschungen zur schlesischen Geschichte, 23. ISBN: 978-3-412-20753-3.

Flucht und Vertreibung der Deutschen aus dem östlichen Europa gehören zu den etablierten Themen in der deutschen Geschichtswissenschaft. Zwangsmigration und Neubesiedlung dieser Regionen, Heimatverlust der alten und Aneignung durch die neuen Bewohner aber als eng miteinander verflochtene Prozesse zu begreifen, hat erst seit einigen Jahren Konjunktur. Insbesondere bei Karl Schlögel an der Viadrina sind mehrere Arbeiten entstanden, die sich unter dieser Prämisse vorwiegend Städten wie Breslau/Wrocław oder Stettin/Szczecin widmen. Auch Mateusz J. Hartwachs Dissertation entstammt dieser „Schlögel-Schule“, setzt sich aber zum Ziel, den Ansatz auf eine Landschaft zu übertragen. Er beschäftigt sich mit der Aneignung der schlesischen Riesengebirgsregion durch die polnischen Neuankömmlinge nach dem Zweiten Weltkrieg bis etwa 1970. Als zentrales strukturelles wie kulturelles Merkmal des Gebiets stellt er den Tourismus ins Zentrum seiner Untersuchung. Der Autor kann sich auf einen umfangreichen Forschungsstand stützen, der sich einerseits auf seine Untersuchungsregion Niederschlesien, andererseits auf den Verlust- und Aneignungsprozess des ehemaligen deutschen Ostens nach dem Zweiten Weltkrieg bezieht. Mit seinem Quellenkorpus, der neben zentralen und regionalen Archivbeständen auch touristische Medien wie Postkarten, Reiseführer oder Landkarten umfasst, nimmt Hartwich aber eine bisher ungewohnte Perspektive ein. Im Mittelpunkt steht die Frage, welche Rolle die touristische Prägung der Region nach 1945 spielte, ob sie den Übergang gar erleichtert hat.

Dieser Frage geht er in fünf weitgehend

chronologisch angeordneten Kapiteln nach. Darin schildert er den Wandel einer tief im deutschen kulturellen Gedächtnis verankerten Landschaft zu einem integralen Bestandteil der polnischen Staatlichkeit in ihren heutigen Grenzen. Zunächst liegt der Fokus auf der Entwicklung des Tourismuswesens bis 1945. Dabei hebt er die nationale Überformung sowohl der Landschaft (durch Bebauung und Benennung ebenso wie diskursiv etwa durch den Rübezahmythos) als auch der im Riesengebirgsverein zusammengeschlossenen Akteure hervor. Während diese die Region am Ende des Zweiten Weltkriegs verlassen mussten, blieb die deutsch geprägte Kulturlandschaft erhalten. In den folgenden Kapiteln beschreibt der Autor, wie sich die polnischen Neusiedler mit der vorgefundenen Umgebung arrangierten. Dicht beschreibt er die ersten Versuche, die deutsche Prägung durch polnische Kontexte zu ersetzen. Die Spannweite reicht von der Neuorganisation des Vereinswesens bis zur Neukodierung des Gebirges durch Umbenennungen und Änderung der Grenzmarkierung. Dabei erwies sich die Landschaft als sehr viel sperriger als Stadträume.

Auf die strikt gegen das deutsche Erbe gerichteten Polonisierungs- und Zentralisierungsbemühungen der vierziger Jahre folgte ab Mitte der fünfziger Jahre das langsame Aufkeimen einer regionalen Identität. Von zentraler Bedeutung war die Liberalisierung des Grenzregimes, die eine wachsende Anzahl von Besuchern ost- wie westdeutscher Provenienz ins Land spülte. Die Implikationen dieser Entwicklung, die im Spannungsfeld zwischen Devisenbeschaffung, sozialistischer Freundschaft und Revisionismus-ängsten stand, macht Hartwich anschaulich. Als zweiten markanten Prozess in diesem Zeitraum benennt er regionale Reformbestrebungen, die zu einer Aufwertung der Traditionen im Fremdenverkehr und zu einem neu entstehenden regionalen Selbstbewusstsein führten. Komplementär zum polnischen Aneignungsprozess lief

der Heimatdiskurs im Vertriebenenmilieu, dem ein eigenes Kapitel gewidmet ist. Zwar bietet es für sich genommen wenig neue Erkenntnisse, dieses ‚virtuelle‘ Riesengebirge stellt aber eine wichtige Ergänzung zu den Vorgängen vor Ort dar. Denn so wird deutlich, dass letztlich auf dieselben Motive rekurriert wurde – die Gebirgslandschaft selbst ebenso wie Rübezahl und andere Symbole wurden damit zu geteilten Erinnerungsorten (S. 192). In einem sehr kurz gehaltenen Ausblick skizziert Hartwich schließlich die Konjunkturen von Tourismus und Regionalbestrebungen im Riesengebirge nach 1970 bis heute.

Mit seiner Arbeit stellt Hartwich unter Beweis, welcher Gewinn darin liegt, das Alltagsphänomen Tourismus als Faktor historischen Wandels in Ostmitteleuropa ernstzunehmen. Auch dessen Rolle bei der Herausbildung einer neuen Regionalidentität, die vielfach von den touristischen Traditionen der Region ausging, wird deutlich. Ebenso erreicht der Autor sein Ziel, seine Regionalgeschichte grenzüberschreitend zu erweitern. Das geschieht in diesem Fall leider nur punktuell nach Süden, ins böhmische Riesengebirge. Dafür rückt die Beziehungsgeschichte Polens zur Bundesrepublik und der DDR, die hier erzählt wird, kulturelle und infrastrukturelle Kontinuitäten über die politischen Brüche hinweg in den Vordergrund. Zudem macht sie mit den Auswirkungen auf die „Bereisten“ eine in der Tourismusgeschichte meist vernachlässigte Perspektive stark.

Kritisieren lässt sich vor allem, dass der nüch-

terne, angenehm zu lesende Stil bisweilen arg verkürzt daherkommt, Dinge dadurch eher behauptet denn diskutiert werden (beispielsweise bei der Begründung des transnationalen Zuschnitts der Studie, S. 6, 8). Das gleiche gilt auch für Quellenbeispiele: Hartwich hat faszinierendes Material ausgewertet, das reich ist an ebenso interessanten wie kurzweiligen Anekdoten. Immer wieder geht jedoch ihre Analyse kaum über die Bewertung als „bemerkenswert“ oder „charakteristisch“ hinaus oder sie werden in die Fußnoten verbannt. In solchen Fällen hätten die Ausführungen gerne ausführlicher ausfallen können. Zudem irritiert der häufige Gebrauch des Attributs „totalitär“, das in Widerspruch zu dem theoretischen Zugang über Aushandlungs- und Aneignungsprozesse steht (besonders deutlich, wenn von einer NGO in einem totalitären Staat die Rede ist, S. 146).

Diese Punkte schmälern das Verdienst der Studie jedoch nicht grundsätzlich. Hartwich ist es gelungen, auf verschiedenen Forschungsfeldern einen spannenden Beitrag zur Osteuropäischen wie zu einer integrierten europäischen Geschichte zu leisten, in dem er auch deutlich auf offene Fragen und weitere Forschungsmöglichkeiten hinweist. Die bisher auf städtische Milieus konzentrierte Forschung zu Neubesiedlung und Aneignung des kulturellen Erbes sowie die Tourismusgeschichte zu Ostmitteleuropa haben einen Impuls erhalten, auf den es nun zu reagieren gilt.

Bianca Hoenig, Basel

TILMAN PLATH: Zwischen Schonung und Menschenjagden. Die Arbeitseinsatzpolitik in den baltischen Generalbezirken des Reichskommissariats Ostland 1941–1944. Essen: Klartext, 2012. 502 S., Tab. ISBN: 978-3-8375-0796-6.

Diese auf breiter Quellen- und Literaturbasis verfasste Dissertation zum Arbeitseinsatz in den deutsch besetzten baltischen Staaten während des Zweiten Weltkrieges hat das Potenzial, zu einem Standardwerk zu werden. Der Autor Tilman Plath ist einerseits in der Lage, den Kenner

der baltischen Zeitgeschichte durch unbekanntere Tatsachen wie den Einsatz von „Ostarbeitern“ und evakuierten Russen, den sogenannten „Evarussen“, im Baltikum zu verblüffen, und vermag andererseits seine gut durchdachte und wohl strukturierte Arbeit auch für eine breitere Leserschaft, die sich für deutsche Okkupation und NS-Geschichte interessiert, attraktiv zu gestalten.

In seiner umfangreichen Einleitung entwirft der Autor den Rahmen seiner Arbeit und hält sich im nachfolgenden Text an seine Vorgaben, was oftmals ja nicht der Fall ist. Plath betont den menschenverachtenden Charakter der deutschen

Arbeitseinsatzpolitik, bei dem es vor allem darum ging, den größtmöglichen Nutzen aus dem „Menschenmaterial“ zu gewinnen. Weiterhin war der Arbeitseinsatz im Falle von Juden oder Roma auch mit „Vernichtung durch Arbeit“ gepaart. Die bedeutendsten jüdischen „Arbeitslager“ waren das KZ Kaiserwald bei Riga und das KZ-System Vaivara im Ölschieferbecken in Nordostestland. Die landeseigenen Verwaltungen verfügten im Rahmen des Arbeitseinsatzes immerhin über gewisse Handlungsspielräume. Beständig kam es zu machtpolitischen Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen beteiligten Institutionen. Es galt auch eine Balance zwischen Rassenideologie und der Arbeitseinsatzpolitik zu halten. Der Autor sieht vor allem vier Parameter als wichtig an, auf die er in seinem Text immer wieder eingeht: 1. Die Frage des Ortes des Arbeitseinsatzes, ob im Reich oder vor Ort; 2. Die Art des Einsatzes, ob freiwillig oder zwangsweise; 3. Die Bedeutung der Rassenideologie, welche den „Wert“ der betroffenen Bevölkerung und eine mögliche Eindeutschung nach dem Krieg mit einbezog; 4. Die Bewertung der Durchsetzbarkeit dieser Arbeitseinsatzpolitik (S. 19–20).

Die deutsche Arbeitseinsatzpolitik war eindeutig improvisiert. Einen Einschnitt stellte das Scheitern des deutschen Vormarsches an der Ostfront Ende 1941/Anfang 1942 dar; nun wurden mehr und örtliche Arbeitskräfte benötigt. Das nach dem Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz, Fritz Sauckel, benannte Sauckel-Programm sollte 1942 neue (Zwangs-)Arbeitskräfte ins Reich bringen. Es bestand stets ein gewisser Widerspruch zwischen Ökonomie und Ideologie sowie zwischen Planung und Umsetzung von Maßnahmen.

In einem ersten umfangreichen Kapitel beschäftigt sich der Verfasser mit den Akteuren der „Arbeitseinsatzpolitik“ im Baltikum, also den beteiligten Institutionen. Er stellt zuerst kenntnisreich die Struktur jeder Institution vor und geht dann auf deren Vorstellungen zum Ort des Arbeitseinsatzes ein, wobei sie sich gegen Ansprüche von außen zu wehren hatte. Dann analysiert er die Überlegungen zur Art des Arbeitseinsatzes, bevor er zu den rassenideologischen Zielvorstellungen kommt. Hierbei kann mitunter

noch zwischen Nah- und Fernzielen differenziert werden. Schließlich fasst er das Verhalten der jeweiligen Institution zusammen. Für den wichtigsten Akteur hält Plath in diesem Zusammenhang die deutschen Zivilverwaltungen in den drei Generalbezirken, wenn sie auch eher „kraftlos“ agierten. An zweiter Stelle steht der Polizei- und Sicherheitsapparat, dessen Rolle im Laufe der Zeit an Bedeutung zunahm. Schließlich dienten zehntausende von Balten erst in Polizeibataillonen, und später gab es eigene Verbände der Waffen-SS für Esten und Letten. Die Polizei sorgte oftmals auch für die Umsetzung von Zwangsmaßnahmen, eben die im Titel angeführten Menschenjagden. An dritter Position verortet Plath die Wehrmacht, die baltische Hilfswillige und auch Panje-Fahrer einsetzte, an baltischen Arbeitskräften für die Rüstung interessiert war sowie an der Versorgung der Heeresgruppe Nord aus dem Baltikum. Der Autor rundet das Bild ab mit den unterschiedlichen Wirtschaftsbehörden und den landeseigenen Verwaltungen, die versuchten, eine antislawische Politik zu betreiben, also vor allem die slawischen Minderheiten für die Zwangsarbeit rekrutieren zu lassen.

Über die Reihenfolge der Institutionen ließe sich diskutieren, doch generell entwirft der Autor ein gelungenes Bild. Jedoch kommen bei seinem Ansatz die agierenden Persönlichkeiten wie der Reichskommissar Hinrich Lohse oder ein bestimmter Generalkommissar nicht sehr zu Geltung. Auf jeden Fall stand der Arbeitseinsatz für die Deutschen stets in Konkurrenz mit dem Wehr- oder Polizeidienst auf deutscher Seite, denn dieser wurde angemessen vergütet. Als Alternative bestand auch der Rückzug in eine Subsistenzwirtschaft auf dem Lande. Die Vorstellungen vom Arbeitseinsatz wandelten sich mit der Zeit, Pragmatismus und Ideologie konnten in starkem Widerspruch zueinander stehen.

Der Autor belässt es nicht bei den handelnden Institutionen, sondern er untersucht in seinem zweiten Großkapitel die Perspektive der vom Arbeitseinsatz Betroffenen. Hierbei nutzt der Verfasser eine chronologische Darstellungsweise, denn die Situation unterschied sich von Jahr zu Jahr. So herrschte 1941 noch Arbeitslosigkeit, oder die Front stand 1944 bereits so

nahe, dass die Mobilisierung für den Fronteinsatz Priorität hatte. Am ausführlichsten geht er auf die baltische Mehrheitsbevölkerung ein, wobei er hier immer wieder zwischen dem Schicksal von Esten und Letten auf der einen Seite und Litauern, die als „rassisch“ weniger wertvoll galten, auf der anderen Seite unterscheiden muss. Auch innerhalb Lettlands wurde differenziert, wurde die Bevölkerung Lettgallens doch ebenfalls als „rassisch“ weniger wertvoll eingeschätzt. Die slawischen Minderheiten wie Russen, Polen und Weißrussen stehen an zweiter Stelle des Kapitels. Offiziell wurden sie gleich behandelt wie die Mehrheitsbevölkerung, tatsächlich jedoch wegen des Stereotyps der Illoyalität diskriminiert und häufiger zu Formen der Zwangsarbeit herangezogen. Erst die Aufstellung russischer Polizeiabteilungen führte zu einer gewissen Verbesserung der Lage. Anschließend geht Plath auf die Situation der sowjetischen Kriegsgefangenen ein: Balten und Ukrainer wurden freigelassen, die anderen litten unter massivem Hunger und es kam zu einem Massensterben in den Lagern. Erst die verzweifelte Lage an der Front führte zu ihrem Arbeitseinsatz und somit zu gewissen Verbesserungen. Ostarbeiter aus der ‚alten‘ Sowjetunion wurden ebenfalls im Baltikum eingesetzt und zwar zu deutlich schlechteren Bedingungen als die Einheimischen. Evakuierte Russen, die zu meist zwangsweise aus Partisanengebieten deportiert worden waren, stellten eine weitere Kategorie. Schließlich behandelt der Autor Juden und Roma. Der größte Teil des Holocaust hatte im Baltikum bereits 1941 stattgefunden; seit 1942 wurden Juden dann verstärkt zur Zwangsarbeit eingesetzt und es wurden schließlich sogar Juden aus anderen Regionen Europas ins Baltikum zum Arbeitseinsatz verbracht. Knapp untersucht der Verfasser auch die Rolle von Deutschen und anderen „Ariern“ beim Arbeitseinsatz.

Ein Fazit rundet die Arbeit ab. Lobenswert ist, dass der Verfasser sich stets bemüht, differenziert zu argumentieren. Er verfügt über eine hervorragende Kenntnis der Literatur und hat umfangreich in baltischen und deutschen Archiven zum Thema gearbeitet. Aufgrund seiner lettischen Sprachkenntnisse führt er wohl häufiger Beispiele aus Lettland an, doch weder

Estland noch Litauen kommen zu kurz. Plath schreibt einen gut lesbaren Stil, hätte aber mitunter etwas weniger Fremdwörter gebrauchen sollen.

Der Rezensent sieht nur zwei wesentliche Kritikpunkte. Erstens ist der historische Überblick für die Zeit vor der deutschen Okkupation mit zweieinhalb Seiten viel zu kurz. Wer die baltische Zeitgeschichte kaum kennt, findet an dieser Stelle praktisch keine Orientierung oder wichtiges landeskundliches Wissen. Dies wäre aber nötig, um die baltischen Gesellschaften und ihr Verhalten unter deutscher Herrschaft besser verstehen zu können. Weiterhin spielte die Erfahrung der einjährigen sowjetischen Herrschaft eine Schlüsselrolle für die weitere Entwicklung.

Zweitens geht Plath viel zu wenig auf den wirtschaftlichen Rahmen in den baltischen Generalbezirken ein, doch die Ökonomie liefert die Bedingungen für den Arbeitseinsatz zumindest jener Gruppen, die nicht eindeutig wie die Juden als „rassisch minderwertig“ gebrandmarkt waren. Estland, Lettland und Litauen waren Agrarstaaten, in denen die Mehrheit der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig war. Die Sowjets schädigten den Handel 1940–1941 durch Nationalisierung und Preiskontrollen enorm, sie hielten den Lebensstandard niedrig, beuteten die Bevölkerung aus und führten eine überhastete Agrarreform durch. Im Frühjahr 1941 wurden Zwangsablieferungen für die Bauern zu viel zu niedrigen Preisen eingeführt. All dies und weitere Maßnahmen führten zu einem erheblichen Rückgang der Wirtschaftsleistung. Die Deutschen übernahmen die meisten Elemente der sowjetischen Wirtschaftspolitik und erwiesen sich sogar als noch marktfeindlicher. Eben weil die Wirtschaft deshalb darniederlag und die Bauern, die den größten Teil des BSP erwirtschafteten, unter diesen Rahmenbedingungen demotiviert waren, musste die deutsche Besatzungsherrschaft beim Arbeitseinsatz zu Zwang greifen. Denn Anreize wie höhere Realeinkommen oder eine bessere Versorgung standen ihr wegen der desolaten Wirtschaftslage nicht zur Verfügung. Doch diese Probleme waren teilweise hausgemacht.

Trotz der vorgebrachten Kritik handelt es sich

um eine insgesamt überaus gelungene Studie, der eine weite Verbreitung über den engen Kreis der baltischen Geschichte hinaus zu

wünschen ist.

Olaf Mertelsmann, Tartu

JAN SALM: Ostpreußische Städte im Ersten Weltkrieg. Wiederaufbau und Neuerfindung. Aus dem Polnischen übersetzt von Katrin Adler. München: Oldenbourg, 2012. 304 S., 266 Abb., 2 Ktn., zahlr. Pläne. = Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 46. ISBN: 978-3-486-71209-4.

Jan Salm's Publikation beschreibt den Wiederaufbau der ostpreussischen Orte nach den Zerstörungen vom Sommer-Herbst 1914. Dabei untersucht der in Łódź lehrende Architekturhistoriker, inwieweit ideologische und ästhetische Tendenzen eine Rolle in diesem Prozess spielten. Die lesenswerte Studie erlaubt über das konkrete Untersuchungsgebiet und den Untersuchungszeitraum hinausgehende Schlüsse auf das Themenfeld Stadtentwicklung und regionale Identitätsdiskurse. Insbesondere kann die vorliegende Forschungsliteratur zur Aneignung von ehemals deutschen Städten in Ostmitteleuropa nach 1945 um eine hochinteressante Vergleichsebene ergänzt werden.

Zugegeben, die Arbeit braucht etwas, um in Fahrt zu kommen – neben einer methodischen Einleitung und einer kurzen Einführung zu „Architektur und Städtebau in Ostpreußen vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs“, schickt Salm der eigentlichen Darstellung von 16 Fallstudien noch ein Überblickskapitel zu den Kriegsergebnissen und zum Hintergrund des Wiederaufbaus vorweg. Ergänzt wird die Untersuchung durch einen Seitenblick auf das Geschehen in vier weiteren europäischen Staaten (darunter Polen) sowie durch Schlussfolgerungen. Besonders der Versuch einer vergleichenden Betrachtungsebene ist lobend hervorzuheben. Er fällt zwar arg kurz aus, aber allein schon das Bemühen, die Auswirkungen des Ersten Weltkriegs auf den erst 1918 wiedererrichteten polnischen Staat im Vergleich zu Belgien oder Frankreich zu untersuchen, stellt eine Herausforderung für den nationalen Geschichtskanon dar. Im polnischen histori-

schen Bewusstsein findet der „Große Krieg“ tendenziell ‚woanders‘ statt, was angesichts der Tatsache, dass sich eine seiner größten Schlachten bei Stębark (Tannenberg) in den Masuren, seit 1945 einem Teil Polens, abspielte, etwas verwundern mag.

Vor diesem Hintergrund und im Bewusstsein des – auch geschichtspolitisch motivierten – fehlenden Interesses an sozialhistorischen Untersuchungen zu den preussischen Ostprovinzen in der Zwischenkriegszeit, ist die vorurteilsfreie Auseinandersetzung mit dem Thema hoch einzuschätzen. Mehr noch – wiederholt vergleicht Salm den Wiederaufbau nach dem Ersten Weltkrieg, durchgeführt von deutschen Behörden und Architekten, mit dem nach dem Zweiten Weltkrieg, nicht immer zum Vorteil polnischer Planer und Entscheider. Er verfolgt mit dem Buch aber auch ein ‚politisches‘ Ziel: Er möchte die nach 1914 errichteten Gebäude und geschaffenen Stadtstrukturen ins Bewusstsein der regionalen Öffentlichkeit rücken, ihren historischen Rang herausstellen und damit bewahren helfen. „Die anstehenden Veränderungen sollten behutsam vollzogen werden und nicht nur von den Richtlinien der EU-Fördermittel [!] abhängen, sondern vom Bewusstsein und dem Engagement der lokalen Bevölkerung zum Schutz des historischen Erbes getragen sein“ (S. 18). Wie andernorts bereits analysiert, gelten etwa lokale Gebirgsvereine als Vorläufer einer ausgewogenen, mit indigenen Kräften betriebenen Tourismusentwicklung in Westpolen, oder es dient das Breslauer Stadtbürgertum von vor 1939 als Vorbild einer selbstbewussten, auf regionale Eigenheiten fokussierten urbanen Elite. Damit sollen die deutschen Leistungen vor dem Zweiten Weltkrieg in die heutige Identität der in den früheren Ostgebieten lebenden Polen Eingang finden und infrastrukturelle Entscheidungen beeinflussen.

Das Kapitel „Der Wiederaufbau in Ostpreußen nach den Kriegszerstörungen“ stellt gewissermaßen ein *abstract* der gesamten Arbeit dar,

werden darin doch die wesentlichen Leitideen und Erkenntnisse zusammengefasst. Salm führt auf, wie verheerend die Verwüstungen nach den Kämpfen im Sommer und Herbst 1914 waren – sie „betrafen zwei Drittel des Territoriums“ (S. 53) und hatten zur Zerstörung und Beschädigung von über 30.000 Gebäuden geführt. Die Entscheidung zum schnellen Wiederaufbau war auch politisch motiviert, man hatte nämlich befürchtet, die periphere, im heutigen Duktus „strukturschwache“ Region, würde zum Unsicherheitsfaktor im laufenden Krieg. Für einige Zeitgenossen stellten die Kriegszerstörungen dafür eine Chance dar, vermeintlich überkommene städtische Strukturen durch „moderne“ zu ersetzen (S. 78), was nach dem Zweiten Weltkrieg noch viel stärker zum Durchbruch kam, wie unlängst eine Hamburger Ausstellung zeigte. Die Architekten und Planer, die seit 1915 in Ostpreußen zum Zuge kamen, hatten – unter anderem beeinflusst durch die Ideen des Deutschen Bundes Heimatschutz – ein idealtypisches Bild einer „kleinbürgerlichen“ Stadt „um 1800“ vor Augen (S. 61–62). Moderne „raumplanerische Überlegungen zur Verbesserung der städtischen Wohn- und Lebensbedingungen“ (S. 67) fanden allerdings ebenfalls Eingang in die Planungen. Auch wenn nirgendwo zwischen Alle und Memel eine „Gartenstadt“ entstand, wurden doch einige Ideen von Verfechtern dieser urbanen Erneuerung auf die preußische Provinz übertragen.

Die nachfolgend detailreich aufgeführten Fallbeispiele lassen sich in einigen wesentlichen Punkten zusammen fassen. Wichtig waren 1. die handelnden Personen, d.h. die Architekten, 2. der organisatorische Rahmen, insbesondere die Einstellung der lokalen Behörden, 3. die ästhetischen Leitbilder, die immer auch Fragen von Nutzung und Bezug zum Gesamtensemble berührten. Wiederholt kam es dabei zu Konflikten zwischen örtlichen Baubehörden und zugezogenen Architekten, zu Umlagungen im innerstädtischen Bereich, zur übertriebenen Romantisierung der Neubauten (v.a. in Gerdauen), aber auch zu präventiven Anlagen, die der Skala ei-

ner Kleinstadt nicht gerecht waren. Man hätte in diesem Punkt gerne mehr zu möglichen Interessenkonflikten zwischen Architekten, Behörden und Eigentümern erfahren, da sich Letztere nicht bloß von patriotischen Gefühlen und zeitgenössischer Ästhetik leiten lassen mochten. Auf Grundlage der ausgewerteten Quellen – Verwaltungsakten einerseits und Architektenzeitschriften und -memoiren andererseits – lassen sich die geschilderten Auseinandersetzungen lediglich auf diese zwei Ebenen beziehen, mit punktuellen Verweisen auf die Bauherrenperspektive (z. B. S. 159).

Zu den wichtigsten Schlussfolgerungen des Kapitels zu den europäischen Vergleichsfällen gehört die Feststellung, dass nirgends der Wiederaufbau so konsequent und so einheitlich im Ergebnis verlaufen sei wie in Ostpreußen (S. 236). Trotz der Leitidee eines „nationalen Baustils“, die in ganz Europa damals vertreten wurde, erfolgte der Aufbau unter modernen Gesichtspunkten. Diese Verbindung von Tradition und Regionalismus mit reformerischem Ansatz gehört ohnehin zu den prägenden Phänomenen jener Zeit, und sie war auch leitend für den Heimatschutzgedanken. Vermutlich macht dieser Ansatz das Thema so attraktiv für den aktuellen architektonischen Diskurs in Polen, wird doch derzeit der allgemeine ästhetische Verfall von Neubauten und das planerische Chaos von vielen Kommentatoren bemängelt. Dass nun ausgerechnet der Wiederaufbau in Ostpreußen, das sich in der Zwischenkriegszeit vor allem über die negative Abgrenzung zum wiedererstandenen Polen definierte, wie Robert Traba einst in seinem brillanten Buch ausführte, als positive Referenz genutzt wird, mag auf den ersten Blick verwundern, zeugt aber vom zunehmend affirmativen Umgang mit den historischen Schichten aus deutscher Zeit, der die Identitätsdebatten jenseits von Warschau charakterisiert. Jan Salm's fundierte Studie ist dabei mehr als Regionalgeschichte, sie ist ein wertvoller Beitrag zur Europäisierung der polnischen Zeitgeschichtsschreibung.

Mateusz J. Hartwich, Berlin

NIKOLAUS LOBKOWICZ / LEONID LUKS / ALEXEI RYBAKOV, ANDREAS UMLAND (Hrsg.): Die deutsche Frage im Ost-West-Geflecht. Zum 20. Jahrestag der Öffnung der Berliner Mauer. Köln [usw.]: Böhlau, 2010. 199 S., Tab. = Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte, 14 (2010), 1. ISBN: 978-3-415-20518-8.

Die Hälfte des Heftes ist acht Vorträgen gewidmet, die im November 2009 auf einer Eichstätter internationalen Konferenz über deutsch-russische Beziehungen gehalten wurden. Weit gefasst ist der Zeitrahmen von 1870 bis 1990, disparat erscheint auch das Themenfeld: GERHARD WETTIGs Beitrag über die westdeutsche „neue Ostpolitik“ analysiert das deutschlandpolitische Konzept Egon Bahrs. ROLAND CERNY-WERNER von der Salzburger Universität untersucht das gleichermaßen vorsichtige wie pragmatisch-realistische Agieren der vatikanischen Diplomatie nach den bundesdeutschen Verträgen mit Moskau und Warschau (1970) und die kirchenrechtliche Regelung für die katholischen Sprengel in der DDR. Den durch den Konflikt der katholischen Kirche Polens mit dem Regime in den 1960er Jahren ausgelösten Diskussionen der polnischen unabhängige Presse über die „deutsche Einheit“ in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre schenkt LEONID LUKS seine Aufmerksamkeit. Er konstatiert eine „Ernüchterung“ in der informellen polnischen Debatte nach Verhängung des Kriegsrechts in Polen 1981, die er als Reaktion auf die mangelnde westdeutsche Rezeption bewertet. Damit eröffnet Luks einen neuen Blick auf die „deutschlandpolitische“ Abstinenz der *Solidarność*, die sowohl in Polen als auch in Deutschland für Irritationen sorgte. In der Politik sei jedoch die Wirkung entscheidend, lautet das Motto des Erlebnisberichts von HORST TELTSCHIK über die Deutschlandpolitik Kohls in den letzten Monaten des Jahres 1989 und den Anfangsmonaten des folgenden Jahres. Der mit Spannung geladene Bericht enthält zahlreiche Details, die man in Akten vergeblich sucht. Insbesondere fällt das Bild der agilen sowjetischen Deutschlanddiplomatie auf, das sich deutlich von der langatmigen Besserwissererei der sowjetischen DDR-Diploma-

tie abhebt. Beruhigend wirken daher die von TATIANA TIMOFEEVA vorgestellten Ergebnisse russischer Meinungsumfragen zum deutsch-russischen Verhältnis: 58 % der Befragten wussten 2009 nicht, was die „Berliner Mauer“ war.

„Erinnerungspolitik“ thematisiert auch JÜRGEN ZARUSKY in seinem Aufsatz über *Die historische Debatte über die Stalin-Note im Lichte sowjetischer Quellen*. Im einleitenden Satz schreibt er, dass in der Note „die Schaffung eines vereinten, souveränen, neutralen und demokratisch verfaßten Deutschlands [...] vorgeschlagen wurde“. Von einer „Souveränität des deutschen Volkes“ war aber nur im Noten-Entwurf vom 6. März 1952 die Rede, die Endfassung vom 8. März 1952 berührte das Thema der Souveränität nicht, nachdem Molotov diese Passage aus dem Entwurf herausgestrichen hatte. Ob er wusste, dass nach damaligem Völkerrecht – auch nach sowjetischer Auffassung – nur Staaten und nicht Völkern äußere Souveränität zustand, oder aber die innere Souveränität, also das Legalitätsprinzip gemeint war, ist schon deshalb nachrangig, weil der damalige US-Botschafter in Moskau gerade diesen Schwachpunkt gezielt ansprach und vom amtierenden sowjetischen Außenminister Vyšinskij nur eine Beleidigung zur Antwort erhielt.

Zarusky hat anhand der Literatur recht minutiös den Glaubenskrieg der Historiker nachgezeichnet und eindrucksvoll belegt, dass in der Zeitgeschichtsschreibung die „verpassten Chancen“ proportional zum zeitlichen Abstand vom historischen Ereignis wachsen. Dass 1951/52 weder die sowjetische Diplomatie noch der mytisierte „Geheimdienst“ hinter der Initiative standen und sogar ihre politischen Gefahren erkannten, haben inzwischen russische Archive preisgegeben. In Moskau wusste man damals auch, dass in der DDR „ein bedeutender Teil der Arbeiterschaft“ und der SED-Mitglieder „nicht an die Möglichkeit der Einheit Deutschlands auf friedlichem Weg glaubte“. Und dass schließlich „aus marxistischer Sicht [...] ein bürgerliches Deutschland niemals friedliebend“ sein kann, gaben 1953 Malenkov, Molotov, Bulganin und Chruščev zu Protokoll ... Da sich die Sowjetunion bis 1955 im Kriegszustand mit Deutschland befand und in der DDR real bis 1955 und for-

mal bis 1957 sowjetisches politisches Strafrecht angewandt wurde, bestand das eigentliche wirkungsgeschichtliche Geheimnis der „Stalin-Note“ darin, dass sie die Preisgabe der DDR als politische Alternative denkbar erscheinen ließ und diese außerdem mit dem Namen Stalins ‚legitimierte‘. Als geschichtspolitisches Konstrukt verdient sie zweifellos Interesse, denn Historiker können auch Geschichte machen.

Andere „verpasste Chancen“ des „deutschen Russland-Komplexes“ (Gerd Koenen) streift der Vortrag von VLADIMIR KANTOR über *Fedor Stepun über Deutschland*. Eine gewisse „mystische Dunkelheit“ entsteht beim Lesen aufgrund der säkularisierenden Wirkung der Vergesslichkeit, weil das Erlösungsversprechen von Slawophilie, Orthodoxie und Protestantismus nur noch Fach-

historiker ‚erinnern‘ können. Einen ‚katholischen‘ Kontrapunkt setzt MAREK WITTBROT mit seinem Essay über *Die Berliner Mauer, Johannes Paul II., Höhen und Tiefen des europäischen Geistes*. Sicherlich handelt es sich um Zufälle, doch sie machen neugierig: Nicht nur auf die informativen Berichte von NIKOLAUS LOBKOWICZ und LEONID LUKS über Entstehung und Geschichte des *Zentralinstituts für Mittel- und Osteuropastudien* (ZIMOS) der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt, sondern auch auf das Konzept einer Katholischen Universität und nach dem katholischen Wissenschaftsverständnis in einer religiös und kulturell tief zerklüfteten historischen Landschaft.

Jan Foitzik, Berlin

ANDREW DEMSHUK: *The Lost German East. Forced Migration and the Politics of Memory, 1945–1970*. Cambridge, New York [usw.]: Cambridge University Press, 2012. XXII, 302 S., 10 Abb., 2 Ktn. ISBN: 978-1-107-02073-3.

Knapp 20 Prozent der deutschen Nachkriegsbevölkerung setzte sich aus Flüchtlingen und Vertriebenen der ehemaligen Ostgebiete zusammen. Aller reversionistischen Rhetorik der Vertriebenenfunktionäre zum Trotz stellten diese jedoch kein Sicherheitsrisiko für die bundesrepublikanische Ordnung dar. Auch nicht, als die sozial-liberale Koalition mit den Ostverträgen (1970) die Oder-Neiße-Grenze faktisch anerkannte. In der Vergangenheit hat die Forschung diese Apathie der Vertriebenen vorwiegend mit den sich wandelnden ökonomischen und außenpolitischen Rahmenbedingungen im Kalten Krieg erklärt. Lastenausgleich und Blockbildung hätten das Interesse an den Ostgebieten schwinden lassen. Lediglich in den Vertriebenenverbänden habe sich ein gesellschaftlich zunehmend marginalisierter, reversionistischer Kern erhalten.

Dieser Ansicht tritt der US-amerikanische Historiker Andrew Demshuk mit seiner an der Universität Illinois vorgelegten Dissertation entgegen. Demshuk sieht in dem Desinteresse vieler Vertriebener an Grenzrevisionen in erster Li-

nie eine Folge des von diesen geführten Erinnerungsdiskurses. Zugleich verwahrt er sich gegen eine monolithischen Betrachtung des Vertriebenenmilieus und versucht große inhaltliche Differenzen zwischen Funktionären und Mitgliedern aufzuzeigen. Der Verfasser konnte sich in der Vergangenheit mit zahlreichen Veröffentlichungen zu Schlesien sowie den schlesischen Vertriebenen profilieren und bleibt auch in dieser Publikation seinem Forschungsobjekt treu. Anderen Vertriebenenengruppen und Vertreibungsgebieten berücksichtigt er nicht, sodass der Titel des Werkes ein wenig irreführend ist. Gleichwohl sollen und dürfen die Schlesier in diesem Kontext als *pars pro toto* für die östlichen Reichsprovinzen gesehen werden.

Das Herzstück der Betrachtungen bildet dabei die These von der Existenz zweier differierender Heimatbilder, die maßgeblichen Anteil am Desinteresse der Vertriebenen an Rückkehr und Grenzrevision gehabt hätten. Zum einen habe sich die Vorstellung einer Heimat der Erinnerung (*Heimat of Memory*) herausgebildet, welche die Vergangenheit bewusst glorifizierte und die losgelöst von den real existierenden Orten der Gegenwart war. Zum anderen habe sich aber auch das Konzept einer physisch gewandelten Heimat (*Heimat transformed*) entwickelt, die nach Flucht, Vertreibung und polnischer Neuansiedlung zu einem fremden, mitunter lebensfeindli-

chen Ort geworden sei. Das sukzessive Auseinanderdriften der beiden Sichtweisen habe schon früh viele Schlesier mit der Aussichtslosigkeit einer Rückkehr in die zunehmend polnischer werdende (*transformierte*) Heimat konfrontiert und zu einer verstärkten Zuwendung zur erinnerten Heimat geführt.

Die Arbeit gliedert sich in sieben Kapitel und widmet sich, meist chronologisch, den verschiedenen Themenbereichen der Vertriebenenkultur. Diese reichen von den Agenden der Verbände über Heimattreffen bis hin zu privaten Reisen in die einstigen Wohnorte. Mit detaillierter Kenntnis ist der erste Abschnitt zur Vergangenheit der Deutschen in Schlesien geschrieben. Auf engem Raum schafft es Demshuk, der vielschichtigen Geschichte des Landes, gerade auch mit Hinblick auf den Nationalitätenkonflikt in Oberschlesien, gerecht zu werden. In den darauffolgenden Kapiteln erläutert der Verfasser anhand eines umfangreichen Quellenkorpus, zu dem beispielsweise auch in kleiner Auflage erschienene kirchliche Rundbriefe gehören, die Entfremdung zwischen Vertriebenen und Verbandsfunktionären. Ihren Zenit hätten die Vertriebenenverbände in den fünfziger Jahren erreicht. Als wirksame politische Plattform hätten sie jedoch nur so lange fungiert, bis durch den Lastenausgleich ökonomische Ungleichgewichte in der Gesellschaft ausgeglichen waren. Dabei wird argumentiert, dass das Gedenken an und der Wunsch nach Rückkehr in die Heimat nicht deckungsgleich waren. Auf diese Weise lasse sich die lange Lebensdauer der Landsmannschaften als Orte des Erinnerungsaustausches erklären, während genuin politische Plattformen wie der „Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ (BHE) rasch in der Bedeutungslosigkeit verschwanden.

Demshuk zeichnet ein etwas zu manichäisches Bild einer kleinen Funktionärskaste, die faktisch ohne Rückhalt bei den Massen dastand. Als Beispiel führt er ins Feld, dass beim *Schlesierentreffen* 1970 nur 25.000 von 150.000 Besuchern an der politischen Kundgebung teilnahmen. Eigene Erfahrungen im Zuge der Vertreibung, Reportagen aus den Ostgebieten, sowie Briefe von in Schlesien verbliebenen Deutschen, die in weiten Kreisen zirkulierten, hätten nur allzu sehr illustriert, dass die erinnerte Heimat kaum noch

Kongruenz mit der real existierenden aufwies. Gerade die verbliebenen Deutschen in Nieder- und Oberschlesien, klagten in ihren Briefen an Verwandte im Westen über „Heimatverlust“ und Entfremdung, sodass viele von ihnen die Ausreisemöglichkeiten nach dem Ende der stalinistischen Ära wahrnahmen und „nach Deutschland“ gingen. Solche Erfahrungen hätten die Aussagen der Funktionäre, dass der Osten noch immer deutsch sei, konterkariert. Dies führte dazu, dass man sich noch intensiver auf das Bild der erinnerten Heimat bezog. Zudem hätten die Städtepartnerschaften westdeutscher Städte einen Rahmen für Zusammenkünfte der Schlesier geboten und „Ersatzheimaten“ geschaffen. Überdies habe sich der Heimatbegriff langsam auch von einem einstigen geographischen Ort auf einen Personenkreis verlagert, mit dem man gemeinsame Erfahrungen teilte. Dieser Personenkreis pflegte gemeinsame „Therapiepraktiken“, zu denen neben der Edition von Bildbänden und dem Malen von Bildern auch die Heimattreffen gehörten, unabhängig davon, ob sie sich offiziell als politisch definierten oder nicht. Darüber hinaus habe auch die Zunahme der Reisetätigkeit in die Volksrepublik Polen zu einer Anerkennung des territorialen Status quo beigetragen. Diese Vielzahl an Faktoren mündete dann in der (trotzdem wehleidigen) Passivität des Gros der Vertriebenen während der „Neuen Ostpolitik“ der Regierung Brandt. Eine Welle der Empörung, wie sie von den Vertriebenenfunktionären beschworen wurde, blieb aus. Lediglich einige Randgruppierungen, wie die *Aktion Oder-Neiße*, hätten die Grenzankennung durch (gewaltsamen) Protest zu torpedieren gesucht.

Diese Überlegungen selbst sind innovativ; gänzlich schlüssig ist die von Demshuk verfolgte Linie indes nicht. Wenn die Vertriebenentreffen primär apolitische Plattformen für den gemeinsamen Austausch und die Aufrechterhaltung der *erinnerten Heimat* gewesen sind, wie erklärt sich dann beispielsweise der signifikante Besucherrückgang bei den Schlesierentreffen (1967: 230.000, 1970: 150.000; S. 250)? Darüber hinaus finden sich auch kleine inhaltliche Fehler wieder. So beziehen sich die Daten zur deutschen Minderheit in Polen auf den Zensus von 2002 und

nicht von 1990 (S. 261).

Insgesamt legt Demshuk dennoch eine solide, gut lesbare und neue Akzente in der Vertriebenenforschung setzende Arbeit vor, die dem Leser bislang kaum berücksichtigtes Archivmate-

rial vorlegt und es auf diese Weise erst ermöglicht, die untersuchte Gruppe in ihrer Pluralität wahrzunehmen.

Matthias E. Cichon, *Bergkamen*

Finland in World War II. History, Memory, Interpretations. Ed. by Tiina Kinnunen / Ville Kivimäki. Leiden, Boston: Brill, 2012. XIX, 576 S., 30 Abb., 8 Ktn., 2 Tab. = History of Warfare, 69. ISBN: 978-90-04-20894-0.

Nicht allein eine Dokumentation der Geschehnisse des Zweiten Weltkriegs in Finnland, sondern ebenso die Frage nach Interpretation, Bewertung und Nachwirken des Krieges in Finnland sind Anliegen des vorliegenden Sammelbandes. Bereits die Einführung von V. Kivimäki eröffnet dabei mit einer Gesamtschau der Kriegereignisse und einer Übersicht über grundlegende Werke der finnischen Geschichtsschreibung in ihrem zeitgeschichtlichen Kontext überzeugend das Spektrum der Aufsätze. Sein Titel *Three Wars and their Epitaphs* verweist dabei auf die Chronologie der Kriegereignisse in Finnland: Mit dem „Winterkrieg“ 1939–1940, dem „Fortsetzungskrieg“ 1941–1944 und dem „Laplandkrieg“ 1944–1945 reihen sich in der finnischen Geschichte drei kriegerische Zeiträume aneinander, die je nach politischer Ausrichtung, historischer Gewichtung und nach Blickwinkel als mehr oder weniger separat von den Ereignissen des Zweiten Weltkriegs dargestellt werden.

Die zwölf Beiträge des Buches nähern sich dieser Problematik von unterschiedlichen Fragestellungen her. Unterteilt sind sie in vier Teile: I. *Politics and the Military* bietet mit seinen drei Beiträgen auf den ersten Blick einen traditionell ereignisgeschichtlichen Zugang zur Epoche des zweiten Weltkriegs. Der Aufsatz von H. MEINANDER über den Platz Finnlands im Mächtegefüge der Großmächte entwirft jedoch mit der Einbettung in Ideologien, kulturgeschichtliche und machtpolitische Entwicklungen in Europa in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts und einem Ausblick auf die Entwicklungen des Kalten Krieges zusätzlich ein umfassendes Bild

des Krieges selbst. Im folgenden Beitrag zeigt M. JONAS überzeugend Parallelen und Unterschiede zwischen dem südlichen Verbündeten des Deutschen Reichs, Rumänien, und Finnland als Verbündeten am nördlichen Rand der Ostfront auf. Dieser Vergleich bietet neue Einblicke in die Frage, ob Finnland eigenen Handlungsspielraum neben dem „Waffenbruder“ Deutschland genoss, oder ob die in Finnland lange verfochtene These des „Separatkrieges“ unabhängig vom Vernichtungskrieg der Deutschen ein Mythos ist. Der nächste Aufsatz stellt nach einer Darstellung der Frontentwicklungen und militärischen Operationen in den drei Kriegsetappen die soziologische und psychologische Einschätzung der finnischen Armee in den Mittelpunkt. Die oft als lax eingeschätzte Disziplin der finnischen Soldaten setzt P. TUUNAINEN dabei überzeugend in den Kontext einer demokratisch organisierten „Volksarmee“, zu der sich die finnische Armee im Laufe der dreißiger Jahre zunehmend entwickelt hatte. Gerade das Charakteristikum der flachen Hierarchien und eines funktionierenden Mikroklimas in den einzelnen Armeeeinheiten macht er mit für die gute Kampfmoral und das Durchhaltevermögen der finnischen Armee verantwortlich.

In Teil II. *Social Frameworks, Cultural Meanings* widmet sich die Autorin des ersten Beitrags M. JUNILA der Frage nach der Situation an der „Heimatfront“. Deutlich werden dabei die Unterschiede zwischen den drei Kriegsphasen. Während im Winterkrieg aufgrund seiner kurzen Dauer viele negative Aspekte wie Schwarzmarkt, moralische Ermüdung, Problematik der Kriegswirtschaft und Lebensmittelrationierungen die Bevölkerung nicht beschwerten, führte der Fortsetzungskrieg in seiner langen Dauer zu deutlicheren Problemen im gesellschaftlichen Leben Finnlands. Dabei zeichneten sich starke Unterschiede des Kriegserlebens in der Stadt und auf dem Land ab. Die Flüchtlingswellen mit insge-

samt über 400.000 Menschen aus den östlichen Gebieten Finnlands führten zu zusätzlichen Problemen. Vor allem aus dieser Bevölkerungsgruppe wurden dann auch die so genannten „Kriegskinder“ – insgesamt über 80.000 finnische Kinder – insbesondere nach Schweden gebracht, um sie vor den weiteren Auswirkungen des Krieges in Sicherheit zu bringen. Im nächsten Beitrag gehen V. KIVIMÄKI und T. TEPORA der Frage nach, wie die Gewalterfahrung des Zweiten Weltkriegs in das Selbstbild der finnischen Gesellschaft integriert wurde. Das „Wunder des Winterkriegs“, in dem das kleine Finnland dem Angreifer Sowjetunion praktisch ohne Hilfe Widerstand leistete und eine Okkupation verhinderte, wurde dabei als große nationale Einigung, wenn nicht gar staatsbegründend mythisiert. Die vereinende Kraft eines gerechtfertigten Verteidigungskrieges überdeckte so die blutigen Geschehnisse des Bürgerkrieges in der eigentlichen Gründungsphase der finnischen Republik 1918. Die Bedeutung des privaten Briefwechsels zwischen den Frontsoldaten und ihren Familien untersucht S. HAGELSTAM. Sie belegt exemplarisch anhand von vier Briefsammlungen unterschiedlichster Soldaten, dass bei aller emotionalen Entfremdung der Soldaten von ihren Familien, die oft in soziologischen Untersuchungen betont wird, die gegenseitige Anteilnahme und Kontinuität des sozialen Miteinanders von Daheimgebliebenen und Soldaten an der Front bestimmend war, nicht zuletzt aufgrund des relativ guten und schnellen Funktionierens der finnischen Feldpost (Transportdauer in der Regel weniger als eine Woche) und der aktiven Korrespondenz – insgesamt wurden über eine Milliarde Briefe zwischen der Front und dem Mutterland hin- und hertransportiert.

Im folgenden Aufsatz von H. LAURENT, dem ersten in Teil III. *Ideologies in Practice*, weist die Autorin nach, dass wichtige Entwicklungen des finnischen Sozialstaats wie die bessere Unterstützung und medizinische Betreuung von Schwangeren und Kindern gerade in den Kriegsjahren vorangetrieben wurden. Lebensmittelrationierungen, kostenlose Schulspeisungen und Gesundheitsdienste führten zu einer Einebnung sozialer Unterschiede. Die Verlierer der auch ideologisch begründeten Familienfreundlichkeit des

Staates waren die als „unnützlich“ betrachteten Mitglieder der Gesellschaft – in diesem Aufsatz werden Patienten von Nervenheilstätten und Gefängnisinsassen genannt. Im Krieg standen außerhalb sozialstaatlicher Obhut auch sowjetische Kriegsgefangene und die Zivilbevölkerung der eroberten Gebiete Ostkareliens, deren Schicksal im Beitrag O. SILVENNOINENS thematisiert wird. Ein weiterer, wenig beachteter Aspekt der finnischen Kriegsgeschichte ist der Umgang finnischer Wissenschaftler mit dem Kulturgut der eroberten Gebiete (T. PIMLÄ, Kapitel 9). In Ostkareliens, traditionell als „Wiege der finnischen Kultur“ betrachtet, sahen Volkskundler, Sprachwissenschaftler und Archäologen in den vierziger Jahren die Möglichkeit, im Gefolge und mit Unterstützung der Armee weitreichende Studien unter den ostseefinnischen Völkern eines „Großfinnland“ zu betreiben.

Die drei Aufsätze, die im letzten Teil unter dem Titel *Wars of Memory* zusammengefasst sind, thematisieren den Umgang mit verschiedenen Aspekten des Krieges nach 1945. Die allgemeine Erinnerungskultur behandeln T. KINNUNEN und M. JOKISIPILÄ und weisen dabei auf „neopatriotische“ Entwicklungen der Kriegserinnerung seit den 1990er Jahren hin. Dabei versuchen sie zu belegen, dass der in diesem Zuge oft zu hörende Vorwurf des politisch gewollten Verschweigens positiver Kriegserinnerungen aus Rücksicht auf den sowjetischen Nachbarn in der Zeit der Blockkonfrontation so nicht haltbar ist. Die spezielle Bedeutung der Karelienerinnerung von Flüchtlingen aus den an die Sowjetunion verlorenen Gebieten Finnlands ist Thema des nächsten Beitrags. O. FINGERROOS unterscheidet dabei deutlich zwischen einer politischen, revanchistischen Kareliennostalgie und den persönlichen Bezügen der Flüchtlinge und ihrer Nachkommen, die teilweise utopische und religiöse Züge aufweisen. Im letzten Aufsatz *Varieties of Silence* zeichnet A. HOLMILÄ das Verschweigen und Marginalisieren des Holocaust im finnischen Umgang mit der eigenen Kriegsgeschichte nach und geht dabei auch auf das Schicksal der kleinen jüdischen Gemeinde Finnlands ein, deren Mitglieder teilweise in direkter Nachbarschaft zu deutschen Einheiten an der finnischen Front kämpften.

Die Beiträge des Bandes lassen sich unabhängig voneinander lesen. Grundlegende Informationen zum Kriegsverlauf und zentralen Ereignissen finden sich wiederholt. Gleichzeitig sind die einzelnen Beiträge aber mit Verweisen auf inhaltlich anknüpfende Teile des Bandes versehen, so dass sich insgesamt ein facettenreiches Gesamtbild von Finnland im Zweiten Weltkrieg ergibt. Dabei wird deutlich, wo Finnlands Sonderentwicklungen und spezifische Probleme liegen, und wo die These des vermeintlich ehrenhafteren „Separatkrieges“ unhaltbar ist.

In dem Sammelband finden sich insgesamt 40 Bilder und Karten. Zum Großteil sind es Bilder aus finnischen Militärarchiven, die oft zu Propagandazwecken aufgenommen worden waren – als „Geschichten über den Zweiten Weltkrieg“ sind sie so selbst Teil der Kriegsgeschichte, worauf in der Einführung hingewiesen wird. Gemeinsam mit Kartenmaterial und einigen Tabellen tragen sie zusätzlich sinnvoll zum Gesamtverständnis der jeweiligen Aufsätze bei.

Ein Index der Fachbegriffe, Orts- und Personennamen findet sich am Ende des Werkes, ebenso eine Auswahlbibliographie englischsprachiger Werke zum Thema.

Die Literaturverweise zu den einzelnen Kapiteln finden sich in den jeweiligen Fußnoten. Auch hier weisen die Autoren explizit auf englischsprachige Titel hin. Finnische Titel werden nur dann übersetzt, wenn die Kenntnis des Titels für den Aufsatzinhalt von Bedeutung ist. Eine Gesamtbibliographie aller erwähnten Werke wäre für die wissenschaftliche Nutzung des Werkes eine hilfreiche Ergänzung gewesen.

Das Anliegen der Herausgeber, ein international zugängliches, aktuelles Gesamtwerk zu Finnland im Zweiten Weltkrieg zu schaffen, ist jedoch gelungen. Die Bezeichnung der durchnummerierten Beiträge als „Kapitel“ („Chapter“) verdeutlicht dabei die Intention der Herausgeber, eine stringente Gesamtschau zu Finnland im Zweiten Weltkrieg zu schaffen. Allerdings stellt sich die Frage, ob nicht die Stimmen unterschiedlichster Autoren vorrangig den Anspruch erfüllen, die verschiedenen Facetten des Kriegsbildes möglichst umfassend zu beleuchten, ohne unbedingt zu einer monolithischen Gesamtheit zusammengefügt werden zu müssen.

Thekla Musäus, Greifswald

Außerdem wurden in *recensio.net* Besprechungen in rein elektronischer Form als *jgo.e-reviews* 2015, 1 zu folgenden Büchern veröffentlicht:

BÜLENT BAKAR: *Esir Şehrin Misafirleri Beyaz Ruslar*. (Zaur Gasimov)

DIETER BINGEN, MARIA JAROSZ, PETER OLIVER LOEW: *Legitimation und Protest. Gesellschaftliche Unruhe in Polen, Ostdeutschland und anderen Transformationsländern nach 1989*. (Stephan Merl)

HANS-JÜRGEN BÖMELBURG, ANDREAS GESTRICH, HELGA SCHNABEL-SCHÜLE: *Die Teilungen Polen-Litauens. Inklusions- und Exklusionsmechanismen – Traditionsbildung – Vergleichsebenen*. (Claus Scharf)

KEES BOTERBLOEM: *Moderniser of Russia. Andrei Vinius, 1641–1716*. (Matthew P. Romaniello)

ERICH DONNERT: *Das altostslavische Groß-*

reich Kiev. Gesellschaft, Staat, Kultur, Kunst und Literatur vom 9. Jahrhundert bis zur Mitte des 13. Jahrhunderts. (Christophe von Werdt)

ANDREW FELDHER, GRANT HARDY: *The Oxford History of Historical Writing*. (Zaur Gasimov)

SARAH FOOT, CHASE F. ROBINSON: *The Oxford History of Historical Writing*. (Zaur Gasimov)

ALFRED GALL: *Schreiben und Extremerfahrung – die polnische Gulag-Literatur in komparatistischer Perspektive*. (Wladislaw Hedeler)

ANNA GRZEŚKOWIAK-KRWAWICZ: *Queen Liberty. The Concept of Freedom in the Polish-Lithuanian Commonwealth*. (Christophe von Werdt)

ROBERT HORNSBY: *Protest, Reform and Repression in Khrushchev's Soviet Union*. (Alexandra Oberländer)

ANDREAS KAPPELER: *Die Kosaken. Geschich-*

- te und Legenden. (Jana Bürgers)
- SERGEI KHRUSHCHEV, TIMOTHY S. BENSON: Drawing the Curtain. The Cold War in Cartoons. (Ernst Wawra)
- BOHDAN KLID, ALEXANDER J. MOTYL: The Holodomor Reader. A Sourcebook on the Famine of 1932–1933 in Ukraine. (Rudolf Augustinus Mark)
- HELMUT KONRAD, GERHARD BOTZ, STEFAN KARNER: Terror und Geschichte. (Robert Kindler)
- OTA KONRÁD, RENÉ KÜPPER: Edvard Beneš – Vorbild und Feindbild. Politische, historiographische und mediale Deutungen. (Martina Winkler)
- MARCELI KOSMAN: Krzyżem i mieczem. Chrześcijaństwo w historii i propagandzie politycznej. (Paul Srodecki)
- ANDREJ KUŠKO, VIKTOR TAKI: Bessarabija v sostave Rossijskoj imperii (1812–1917). (Wim P. van Meurs)
- DAVID LANE: Elites and Classes in the Transformation of State Socialism. (Stephan Merl)
- ION LIHACIU: Czernowitz 1848–1918. Das kulturelle Leben einer Provinzmetropole. (Christoph Augustynowicz)
- A. M. LUKAŠEVIČ, D. L. JACKEVIČ, V. I. ADAMUŠKO: Belarus' i vojna 1812 goda. Sbornik dokumentov. (Eva Mäder)
- STUART MACINTYRE, JUAN MAIGUASHCA, ATILA PÓK: The Oxford History of Historical Writing. (Zaur Gasimov)
- ROGER D. MARKWICK, EURIDICE CHARON CARDONA: Soviet Women on the Frontline in the Second World War. (Carmen Scheide)
- DAVID MOON: The Plough that Broke the Steppes. Agriculture and Environment on Russia's Grasslands, 1700–1914. (Katja Bruisch)
- LÁSZLÓ PÉTER: Hungary's Long Nineteenth Century. Constitutional and Democratic Traditions in a European Perspective. Collected Studies. (Katalin Gönczi)
- BIANKA PIETROW-ENNKER: Präventivkrieg? Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion. (Hiroaki Kuromiya)
- MARK PITTAWAY: The Workers' State. Industrial Labor and the Making of Socialist Hungary 1944–1958. (Peter Heumos)
- JOSÉ RABASA, MASAYUKI SATO, EDOARDO TORTAROLO: The Oxford History of Historical Writing. (Zaur Gasimov)
- DAN SANDU: Ashes and Flames. Orthodoxy as Faith in Romania. (Kurt Scharf)
- SVETLANA SAVRANSKAYA, THOMAS BLANTON, VLADISLAV ZUBOK: Masterpieces of History. The Peaceful End of the Cold War in Europe, 1989. (Gerhard Wettig)
- AXEL SCHNEIDER, DANIEL WOOLF: The Oxford History of Historical Writing. (Zaur Gasimov)
- DAVID STAHEL: Kiev 1941. Hitler's Battle for Supremacy in the East. (Mark Edele)
- RONALD GREGOR SUNI, TERRY MARTIN: Gosudarstvo nacij. Imperija i nacional'noe stroitel'stvo v epochu Lenina i Stalina. (Konstantin Tsimbaev)
- EWA SZYMANI: Deutsche und Polen in der Aufklärung und in der Romantik. Verweigerung des Transfers? (Paul Srodecki)
- ELENA TEMPER: Belarus verbildlichen. Staatsymbolik und Nationsbildung seit 1990. (Christophe von Werdt)
- VLADIMIR TISMANEANU, BOGDAN C. IACOB: The End and the Beginning. The Revolutions of 1989 and the Resurgence of History. (Gerhard Wettig)
- TATJANA TÖNSMEYER: Adelige Moderne. Großgrundbesitz und ländliche Gesellschaft in England und Böhmen 1848–1918. (Marija Wakounig)
- SCOTT URY: Barricades and Banners. The Revolution of 1905 and the Transformation of Warsaw Jewry. (Hanna Koziańska-Witt)
- PETER ULRICH WEISS: Kulturarbeit als diplomatischer Zankapfel. Die kulturellen Auslandsbeziehungen im Dreiecksverhältnis der beiden deutschen Staaten und Rumäniens von 1950 bis 1972. (Gerald Volkmer)
- JULIANE C. WILMANN, DIETRICH VON ENGELHARDT, GERRIT HOHENDORF: Im Kampf gegen die Cholera. Der jüdische Arzt Martin Hahn (1865–1934) als Forschungsreisender in Russland. (Ruth Leisero-witz)